

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Inserions-Bedingungen
betragt für die sechsstündige Monatszeit
oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Inserate
und Veranlassungen 20 Pf.,
„kleine Inserate“ jedes Wort 5 Pf.,
für die erste Nummer 10 Pf.,
Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 5. Februar 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Der Zoll-Kanal.

Der Kanalkampf hat die preussische Regierung von Niederlage zu Niederlage und die Junker von Sieg zu Sieg geführt. Die jetzige erste Lesung der in erweiterter Gestalt vorgelegten großen Kulturvorlage, die am Montag im Abgeordnetenhaus begann, bedeutet, soweit sich bis jetzt Schlüsse aus dem Verlauf der Debatte ziehen lassen, die endgültige Kapitulation der Regierung vor dem Trost der Junker. Es wird nur das aus der Vorlage Gesetz werden, was den Junkern vorteilhaft erscheint, und wenn etwa noch ein wenig mehr, so nur dann, wenn die Regierung sich vollends unter das ostelbische Joch gebeugt haben wird.

Nicht nur die Regierung, sondern auch die Krone ist zum Rückgeben gezwungen worden. Der unbedingte Wille, den einmal als richtig erkannten Weg allem Widerstand zum Trotz unbeirrt weiter zu gehen — ist gescheitert an dem mächtigeren Willen einer jahrhundertlang in Preußen gebärdelten, einer durch das ungerechteste und elendeste aller Wahlssysteme in der Herrschaft gefestigten Klasse. Was kümmert es die künftigen Junker, daß der König erklärt hat, er werde dafür stehen, daß seine Macht mit voller Macht für das große Werk eingesetzt wird? Was macht es ihnen aus, daß in einem führenden Blatt der Großindustrie, in den „Berliner Neuesten Nachrichten“ nach Ablehnung der ersten Vorlage im Jahre 1899 geschrieben werden konnte:

„In dem Verhalten der konservativen Partei zur Kanalvorlage erblickt der König eine persönliche Herausforderung und eine völlige Verschiebung des Grundverhältnisses zwischen der Krone und der konservativen Partei. Der König ist entschlossen, den hingeworfenen Feindhandschuh aufzunehmen und den Kampf rücksichtslos durchzuführen.“

Die Junker haben bewiesen, daß kein Wille in Preußen stärker ist als der ihre. Jeder Versuch, sie zu zügeln, schlug nur zu ihrem Vorteil aus. Durch die Maßregelung der kanalgegnerischen Landräte gab ihnen Miquel selbst die angenehme Möglichkeit, als Mitglieder und Verfassungsschützer zu glücken. Die Maßregelungs-Lomodie endete mit der Beförderung der Kanalrebellin in höhere Stellen. Die Junker forderten vor 2 Jahren endlose Kompensationen, um die Vorlage zu verschleppen. Sie haben den Zweck der Verschleppung erreicht, die Regierung bringt jetzt die gewünschten Kompensationen und — die Vorlage wird von den Konservativen unter ungeschuldboldestem Lächeln als ebenso unannehmbar erklärt als vor 2 Jahren!

Die Junker forderten vor allem die Garantie erhöhten Karnzolls. Graf Bälou hat ihnen zugesichert, was sie forderten, und — die Junker wollen die Vorlage in „wohlwollende Erwägung“ ziehen und sich überlegen, ob sie sich durch Bewilligung irgend eines Teils derselben gegengefällig bezeigen wollen.

Die Junker hatten sich belagert, daß die Regierung die Kanalvorlage als eine politische Frage behandle.

Graf Bälou erklärt, daß für ihn die Kanalvorlage keine politische, sondern eine rein wirtschaftliche Bedeutung habe und dieser Auffassung entspricht die Haltung, die die Regierung in der jetzigen Verhandlung beobachtet. Es war kein Zufall, daß nur die Ressortminister v. Thielen, v. Miquel, Briesel und Freiherr von Hammerstein, nicht aber auch der Ministerpräsident am Ministerium erschienen waren. Graf Bälou blieb absichtlich fern, um nur nicht den Schein zu erwecken, als handle es sich um eine politische Aktion.

Trotzen und geschäftsmäßig, wie wenn die gleichgültigste Vorlage zur Beratung stände, leitete Minister v. Thielen die Debatte ein. Sein Wort über die politische Bedeutung des Gesetzes, kein Wort gegen die Landtagsmehrheit, die sich harmlos gegen die Regierung aufgelegt hatte. Statistische Daten über das Anwachsen des Verkehrs und über die Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen, noch dazu so langweilig vorgetragen, daß die Mitglieder sich laut unterhielten! Kein Zeichen des Weils oder Mißfalls! Nur einmal, als Herr v. Thielen das Wort eines Docenten der Charlottenburger Hochschule citierte, wonach Deutschland nach Fertigstellung des Kanals an der Spitze der Kultur stehen würde, antworteten die Junker mit lautem Gelächter.

Und in demselben trockenen Ton verließ die ganze Debatte. Der Sprecher des Centrums, Abg. Am Behnhoff erging sich im üblichen einerseits — andererseits seiner Partei, die sich alle Möglichkeiten, aus dem Handel etwas herauszuschlagen, offen halten will. Er entdeckte mancherlei gutes in der Vorlage, aber seine Partei will sie nicht bewilligen, wenn nicht auch Mosel und Lippe kanalisiert werden und Schlesien genügende Vorteile zugeteilt werden.

Graf Limburg-Sturum, der Redner der Konservativen, sprach in dem selbstbewußten Tone des Parteiführers, der sich als Beherrscher der Situation fühlt. Seine Freunde sind fest entschlossen, den Mittelkanal abzulehnen, wollen aber unter Umständen für einzelne Teile des großen Projekts stimmen, das heißt, sie werden sich, wie ihnen zugeworfen wurde, die Knochen aus dem Auen pöhlen. Der Hauptgrund für die zuwartende Haltung der Konservativen liegt natürlich darin, daß sie zunächst sehen wollen, wie sich der neue Zolltarif gestalten wird. Der diplomatische Graf Limburg hätte sich dabei wohlweislich diesen Grund anzuschreiben und machte statt dessen finanzielle Bedenken geltend. Dabei entschloß sich ihm das reizende „China-Expeditionserfordere“, auf die Finanzlage Preußens ungünstig zurückzuführen, damit ist aus konservativem Munde die

Sonnenpolitik als Hemmnis jeglichen Kulturfortschritts zugestanden.

Der einzige Redner für die Vorlage, der nationalliberale Abgeordnete v. Eynern, erweckte den Eindruck des blamierten Europäers. Seine Parteigenossen haben neulich in ihrer großen Mehrheit für den konservativen Antrag auf Erhöhung der Getreidezölle gestimmt; als Lohn dafür erwartete Herr v. Eynern, der Vertreter der Großindustrie, eine entgegenkommendere Haltung der Konservativen zu der Kanalvorlage. Die Rede des Grafen Limburg hatte ihn enttäuscht, sein Konzept war verdorben, und so konnte er nur unter einigen berechtigten Ausfällen auf den Bund der Landwirte das hohe Lied von der Gemeinsamkeit der Interessen zwischen Industrie und Landwirtschaft anstimmen. Er suchte den Junkern zu Gerse zu reden, indem er ihnen vorstellte, daß sie, wenn sie den Arbeitern durch hohe Zölle das Brot verteuern, andererseits doch verpflichtet wären, für billige Verkehrsmittel zu sorgen. Schallendes Gelächter der Agrarier war die Antwort.

Nun nahm Miquel das Wort. Er war der Höhepunkt der Debatte. Wird er für oder gegen die Vorlage sprechen? — fragte man sich, als er begann. Und Miquel sprach für die Vorlage. Aber er sprach so für die Vorlage, daß ihre Gegner ebenso viel Freude an seiner Rede haben konnten als ihre Befürworter. Miquel beschwor die Konservativen in den zärtlichsten Tönen und unter fortwährender Betonung der Bedeutung des Kanals gerade für die agrarischen Interessen um mildernde Umstände. Er bat sie um verständliches Entgegenkommen, damit nicht eine Versöhnung zwischen den Parteien, deren festes Zusammenhalten die höchste politische Notwendigkeit sei, zurückbleibe. Und zum Ueberflus erklärte er den agrarischen Freunden, daß doch der wirkliche Schutz für die Landwirtschaft auf dem Gebiete des Zollwesens liege.

Es wird den Konservativen nicht allzu schwer werden, sobald der Kronwucher endgültig besiegelt sein wird, mit Herrn Miquel sich über den Kanal zu einigen.

Nachdem auch noch der einstige Seehandlungs-Präsident Freiherr v. Jedlich entsprechend seinem im Scheitern „Tag“ veröffentlichten Artikel die Stellung seiner freikonservativen Freunde von der Gestaltung des neuen Zolltarifs abhängig gemacht hatte, wurde die Beratung vertagt.

Der erste Tag der neuen Kanaldebate bedeutet ein weiteres Zurückweichen der Regierung vor dem junkerlichen Uebermut.

Die libische Streitposten-Verordnung vor dem Reichsgericht.

Vom Landgericht Hamburg ist am 10. Oktober v. J. der Reichstags-Abgeordnete Redacteur Hermann Wollenbuhr wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die vom Abgeordneten Senat erlassene Streitposten-Verordnung, begangen durch Veröffentlichung eines Artikels im „Hamburger Echo“, zu einer Geldstrafe von 100 Mark verurteilt worden. Reichstags-Abgeordneter Wollenbuhr hatte hiergegen Revision eingeleitet, die in der heutigen Verhandlung vor dem Reichsgericht durch Rechtsanwalt Dr. Eise (Hamburg) und dem Reichstags-Abgeordneten Rechtsanwalt Heine (Berlin) in langem Ausführungen begründet wurde. Beide beantragten Aufhebung des Urteils und Freisprechung des Angeklagten, da jene Verordnung zu Unrecht erlassen, also unzulässig sei und die Aufforderung zum Ungehorsam gegen eine solche Verordnung nicht unter den § 110 des Strafgesetzbuchs falle. Der Reichsanwalt beantragte dagegen die Verurteilung der Revision. — Nach längerer Beratung fällt das Reichsgericht (3. Strafsenat) folgendes Urteil:

Das Urteil des Landgerichts Hamburg wird aufgehoben und der Angeklagte von Strafe und Kosten freigesprochen. — Aus der Begründung ist folgendes hervorzuholen: Der § 110 St.-G.-B. setzt voraus, daß das Gesetz, die Verordnung, gegen welche zum Ungehorsam aufgefordert wird, eine rechtmäßige Norm darstellt. Die Rechtmäßigkeit kann folgen aus einer unzulässigen Formalität, unter der das Gesetz oder die Verordnung zu stande gekommen ist, wenn z. B. der libische Senat als solcher nicht zuständig gewesen sein würde, ohne Zustimmung der Bürgerchaft die Verordnung zu erlassen, oder es kann auch die Ungültigkeit folgen aus der materiellen Ungültigkeit, aus der Kollision mit anderen Gesetzen. Die erste Frage kam dahingestellt bleiben, weil die Frage, ob eine materielle Kollision vorliegt, an sich schon im Sinne der Revision zu bejahen war. Es kann daher dahingestellt bleiben, ob etwa anzunehmen wäre, daß die Abschnitte 6, 7, 18 des Strafgesetzbuchs eine Materie endgültig normieren dergestalt, daß von einem Verbot, wie es hier vorliegt, nicht mehr gesprochen werden könnte; es kann auch dahingestellt bleiben, ob aus dem Gesetzentwurf zum Schutze des gew. blichen Arbeitsverhältnisses (1899) ein Präjudiz für die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit dieser Verordnung hergeleitet werden kann. Entscheidend sind die gesetzlichen Normen in Art. 2 der Reichsverfassung und § 2 des Einführungs-gesetzes zum Strafgesetzbuch. Aus diesen Bestimmungen ist der Rechtsatz zu entnehmen, daß Reichsrecht vor Landesrecht geht, daß also, wenn die Reichsgesetzgebung ein bestimmtes Rechtsstoff endgültig normiert hat, daneben für die Landesgesetzgebung ein Raum nicht mehr gegeben ist. Ob das eine oder andere der Fall ist, wird im Einzelfall zu entscheiden sein. Man wird aber mit der in Rand X der „Entscheidungen“ abgedruckten Entscheidung annehmen haben, daß im Zweifel die Absicht des Gesetzgebers dahin ging, den betreffenden Rechtsstoff endgültig zu normieren und abzuwehren alle diejenigen Landesgesetzlichen Bestimmungen, die sich als Eingriffe in diesen Rechtsstoff ergebten. Wenn man die §§ 152 und 153 der Gewerbe-Ordnung vergleicht mit dem Inhalt der libischen Verordnung, so ergibt sich zunächst, was die Tendenz des Reichsgesetzes betrifft, daß es sich hier handelt

um die Aufhebung aller Verbote der Gewerbe-Ordnungen und Vereinigungen, welche den Zweck haben, bessere Lohnbedingungen herbeizuführen seitens der gewerblichen Arbeiter. Das ist völlig klar. Was die Auslegung der Verordnung betrifft, so ist sie nicht so einfach. Wenn man abseht von der Ueberschrift und sich nur an den Wortlaut hält, so würde das zu Konsequenzen führen, die offenbar vom Gesetzgeber nicht gewollt sind, wie dies zutreffend von der Verteidigung angeführt worden ist. Man wird also die Ueberschrift mit hinzunehmen müssen, um zur richtigen Auslegung zu kommen. Eine solche Herabnahme ist an sich zulässig. Dann würde zu sagen sein, daß die Verordnung voraussetzt einen Streit, bei welchem Posten gestellt werden. Was unter Streitposten zu verstehen ist, ist aus der Verordnung insoweit zu entnehmen, als es sich um planmäßige Beobachtung und Beeinflussung von Arbeitern an gewissen öffentlichen Orten handelt, im übrigen aber ist man angewiesen auf das, was sich nach den Erfahrungen, dem historischen Verlauf der modernen Lohnkämpfe als das richtige ergibt. Danach kann u. a. die Aufstellung von Streitposten den Zweck haben, einem bereits existierenden Streit eine weitere Ausdehnung in dem Sinne zu geben, daß der Ausbruch von arbeitsunwilligen und arbeitsfeindlichen Handlungen verhindert wird. Das kann geschehen durch Arbeitsnachweise, die Presse, Plakate usw., jedenfalls aber auch durch Streitposten, welche die Aufgabe haben, die zuziehenden Arbeiter von der Existenz des Ausstandes zu unterrichten und gegebenenfalls mit ihnen Verabredungen zu treffen, ob sie beitreten wollen oder nicht. Das würde dann der Versuch sein, dem bereits bestehenden Ausstande eine weitere, seinem Zwecke dienende Ausdehnung zu geben. Dann würden die Streitposten als Mandatäre dienen, mit den zuziehenden Verabredungen zu treffen über den Beitritt. Die Streitposten würden also die Aufgabe haben, seine bestimmte Form derjenigen Verabredungen einzugehen, die unterschiedlos in § 152 (mit 153) erlaubt und jedenfalls straflos sind. Die weitere Folgerung würde die sein, daß ein Landesgesetz, welches in Widerspruch mit dieser unterchiedslosen Straflosigkeit tritt, als unzulässig zu erklären ist. Es bleibt die Möglichkeit, daß die libische Verordnung auch andre Gesichtspunkte im Auge hat, etwa sich auf andre als gewerbliche Arbeiter bezieht. Es könnte auch in Frage kommen, ob sie etwa andre Zwecke im Auge hat als die Befestigung von Verabredungen und Vereinbarungen zum Zwecke der Erlangung besserer Lohnbedingungen, sie könnte auch im Auge haben Verhältnisse, in denen es sich um die Befestigung eines mißliebigen Wertmaßstabes handelt. Jedenfalls muß rechtsgrundsätzlich ausgesprochen werden, daß, solange der Inhalt der Verordnung einer Auslegung dahin zugänglich ist, daß die eben berührten Bestimmungen getroffen werden sollen, um eine bestimmte Form der Verabredung, auch die Erlangung günstigerer Lohnbedingungen zu verhindern, die Verordnung in toto für unzulässig zu erklären ist.

Es bleibt dem Gesetzgeber überlassen, neue Bestimmungen zu treffen, welche nicht kollidieren mit der Reichsgesetzgebung. Selbstverständlich ist dabei, daß die Streitposten sich an die Grenzen der Gesetze zu halten haben. Dabei würden ja in Frage kommen eine große Reihe von Gesetzen, so auch der § 306, 10 des St.-G.-B. In der That haben andre Polizeibehörden auf Grund dieses Paragraphen Bestimmungen getroffen, wonach, wenn nach der Auffassung des Aufsichtsbeamten eine Störung der Sicherheit auf Straßen und Plätzen zu befürchten steht, der betreffende Contrahent ausschließlich auf Anweisung des Aufsichtsbeamten den Platz zu räumen hat. Die Rechtsprechung des Reichsgerichts hat anerkannt, daß in einem solchen Falle unterschiedslos der Anordnung der Polizeibeamten Folge zu leisten ist. Es würde nichts im Wege gestanden haben, wenn der Abgeordnete Senat diesen Weg betreten hätte.

Nun ist zwar richtig, daß nach einer amtlichen Erklärung des Vertreters des Abgeordneten Senats gelegentlich einer parlamentarischen Verhandlung es die Absicht gewesen ist, bei Erlass der Verordnung, der Gefahr einer Verheerung zu begegnen. Es mag sein, daß das die äußere Veranlassung zum Erlass der Verordnung gewesen ist. So lange aber der Wortlaut der Verordnung an sich klar ist, ist es unzulässig, zumal es sich um eine ex post abgegebene Erklärung handelt, darauf eine Auslegung der Verordnung zu gründen.

Schließlich wird noch die Frage erörtert, ob diese Entscheidung etwa mit einer andern im Widerspruch stehe und dann diese Frage verneint.

Das Urteil war aus allen diesen Erwägungen aufzuheben und der Angeklagte, da im übrigen die Sache spruchreif war, freizusprechen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Februar.

Der Reichstag

war am Montag noch schlechter besetzt als in den vorigen Wochen. Die Kanalvorlage haant alle Doppelmandatäre in das preussische Abgeordnetenhaus. An sich verdient der Etat der Reichs-Justizverwaltung freilich die größte Beachtung der Volksvertreter. Nirgends ist der Stillstand aller Reformen so augenfällig wie hier. Das Reichs-Justizamt scheint seit dem Abschluß des Bürgerlichen Gesetzbuchs so einzutrocknen wie sein Leiter, der Staatssekretär Niederding verdrocknet ist. Es gelingt nichts mehr. An der Reform der Strafprozess-Ordnung müht man sich seit Jahren ab, ohne daß man einen Schritt weiter gekommen wäre. Und auch der Schritt oder richtiger der Sprung nach rückwärts ist nicht gegliückt: die lex Heinze, für die sich die Regierung so sehr ins Zeug legte, ist ihr vor die Füße geworfen. Seitdem scheint die Vähmung vollständig zu sein. Die Resolutionen, in denen der Reichstag nach Annahme des Bürgerlichen Gesetzbuchs die dringendsten Justizreformen als Gesetzentwürfe von der Regierung forderte, sind vom Bundesrat nicht ohne Zuthun des Reichs-Justizamts abgelehnt worden. An einen einseitigen Strafvolzug wird nicht gedacht. Die Entschädigung für unschuldig erlittene Unter-

suchungshaft wird nicht eingeführt, die Frage der bedingten Verurteilung ist nicht weiter gediehen.

Herr Nieberding fand im Reichstag auch bei den bürgerlichen Parteien eine sehr kühle Temperatur vor; aber diesem heiligen Bureaukratismus thut das nicht viel. Er bleibt immer gemessen würdig, korrekt und ideenlos. Dies Patent bewährte er besonders den energischen Angriffen gegenüber, die Genosse Stadthagen gegen seine Verwaltung erhob. Auf die Frage nach den Gründen, weshalb der Bundesrat die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts, eines Reichs-Berggesetzes, eines Wasserrechts, eines Jagd- und Fischereirechts, einer Neuordnung der Rechtsverhältnisse der Land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und des Gefindes und die Beseitigung der mittelalterlichen Partikularrechte abgelehnt habe, vergaß er überhaupt die Antwort. Einer Erörterung gewisser Vorgänge beim Sternberg-Prozess, in denen sich das Uebergewicht der Staatsanwaltschaft und der Polizei in der Justizpflege deutlich gezeigt hat, wich er aus, indem er den formellen Grund vorbrachte, daß der Prozess noch vor dem Reichsgericht käme. Die Ueberlastung der Richter, besonders in Berlin, auf die Stadthagen treffend hingewiesen hatte, gab er mit süßsaurer Miene zu, suchte aber die Schuld komischerweise auf den preussischen Landtag zu wälzen, der daran doch wirklich unschuldig ist. Die Folgen dieser Ueberlastung, auf die Stadthagen mit schneidender Schärfe hingewiesen hatte, suchte er dadurch aus der Welt zu schaffen, daß er sie bestritt.

Dienstag geht die Beratung weiter. Vielleicht wird der Koniger Nord erörtert werden, auf den am Schluss der Sitzung Herr Bödel in der Tonart der „Staatsbürger Zeitung“ eingegangen war, vermutlich um sein antimilitarisches Renommee wieder aufzufrischen.

Reichsrecht über Senatsverordnung.

Aus Leipzig wird telegraphisch gemeldet:

Das Reichsgericht erkannte auf Aufhebung des Urteils des Landgerichts Hamburg vom 19. Oktober 1900, durch welches der Redakteur Reichstags-Abgeordneter Wollkenbührer wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Lübecker Verordnung gegen das Streikpostensuchen zu 100 M. Geldstrafe verurteilt worden war, und sprach den Angeklagten von Strafe und Kosten frei, weil diese Verordnung als ungültig anzusehen sei, da sie im Widerspruch mit der Gewerbe-Ordnung und dem Strafgesetzbuch erlassen worden sei.

Der Senat von Lübeck hatte versucht, eine Bestimmung der verworfenen Zuschussvorlage für das seinem Verordnungsrecht unterstehende Gebiet einzuführen. Er verbot das Streikpostensuchen und machte sich damit eines seiner Kompetenz völlig entzogenen mißbräuchlichen Eingriffs in die von Reich wegen geordnete Koalitions-gesetzgebung schuldig.

Der Senat von Lübeck verfuhr bei diesem Versuche, das Reichsrecht durch einzelstaatliche Maßnahmen zu unterminieren, mit so besonderem Ungeschick, daß fast sämtliche Parteien des Reichstags gegen die Gültigkeit der Verordnung Einspruch erhoben. Nur die Reichsregierung selbst, der der Schutz der Reichsrechte besonders anvertraut ist, unternahm eine Verteidigung des Lübecker Senats und Herr Nieberding appellierte an die Entscheidung der Gerichte in einer Form, die keineswegs eine Neigung für Aufrechterhaltung der Reichskompetenzen betrubet.

Von sozialdemokratischer Seite wurde mehrfach zum Ungehorsam gegen die Verordnung aufgefordert, um die Entscheidung der Gerichte herbeizuführen. Ein derartiger Prozess, der zunächst beim Brandenburger Amtsgericht anhängig war und in dem das preussische Kammergericht in letzter Instanz zu entscheiden hat, ist noch in der Schwebe.

In Hamburg wurde die Gesetzmäßigkeit der Lübschen Verordnung unter den selbstsamsten Ausdeutungen des Kompetenzverhältnisses zwischen Reich und Einzelstaaten, die wir seiner Zeit eingehend besprochen, angenommen und Abgeordneter Wollkenbührer für schuldig befunden. Die nunmehrige Beseitigung dieser Hamburger Rechtsprechung durch das Reichsgericht ist erfreulich. Die politische Bedeutung des Urteils liegt darin, daß den immer dreifachen Versuchen einiger Einzelstaaten, die reichsrechtlich feststehenden Rechte der Arbeiterklasse zu unterhöhlen, immerhin doch ein wenig Einhalt geboten wird. Die Gründe, welche das Reichsgericht zur Ungültigkeitserklärung der Verordnung betrogen haben, finden unfer Leser an anderer Stelle eingehend mitgeteilt.

Ein Anarchistengesetz in Italien.

Als im Juli des vorigen Jahres König Humbert von Italien von der Hand eines jener Desperados gefallen war, die das unter der Ausbeutung und Anrechnung eines dieblaufendköpfigen schmarogenden Klerus und einer noch wenig entwickelten, aber um so brutaleren Kapitalistenklasse feuzende Land mit Notwendigkeit hervorbringen muß, wurde wieder einmal von der gesamten Scharfmacherpresse des Kontinents der Anarchistenschreden zu verbreiten versucht. Natürlich waren es Blätter vom Schlage der „Post“ und der „Berliner Neuesten Nachrichten“, die am eifrigsten dem Anarchisten die Vorstellung einer internationalen Anarchisten-Verdämperung und des Vorhandenseins veritabler Bomben-Anarchisten auch in Deutschland vorzuspiegeln suchten, um Deutschland zum Hauptteilnehmer an einem großen Nestelstreben gegen die anarchischen Verbrecher zu pressen. Diese Versuche scheiterten zwar kläglich an dem gesunden Menschenverstand der deutschen öffentlichen Meinung und der Thatsache, daß infolge der Ausbreitung der Sozialdemokratie in Deutschland der Anarchismus jede Daseinsmöglichkeit verloren hat, allein es erhielt sich doch die Meinung, daß die verschiedenen Regierungen Beratungen wegen einer internationalen Anarchistenpflögen. Ueber ein Resultat dieser Verhandlungen erfährt man nichts, bis jetzt dem italienischen Parlament ein Anarchistengesetz unterbreitet worden ist, bei dessen Erörterung auch der Thatsache internationaler Verhandlungen Erwähnung geschah. Ueber diese Vorlegung eines Anarchistengesetzes berichtet das Wolffsche Telegraphenbureau:

Rom, 2. Februar. (Senat.) Canevaro begründet seine Interpellation über die Ermordung des Königs Humbert. Redner erinnert an den Verlauf der in Rom abgehaltenen Konferenz gegen den Anarchismus, verlangt die Wiedereinführung der Todesstrafe in Italien für anarchische Verbrechen und fordert die Regierung zu erklären, was sie für die Zukunft zum Schutze der Person des Königs und der Einrichtungen des Landes zu thun gedenke. Der Minister des Aeußern Biscioni-Venosta erklärt, im Besorg der Konferenz gegen den Anarchismus habe sich die italienische Polizei mit den Polizei-Verwaltungen des Auslandes in Verbindung gesetzt, da sie ein planmäßiges, einheitliches Vorgehen der Polizei aller Länder gegen den Anarchismus für notwendig halte. Sie habe außerdem bei Unterhandlungen über Abänderung oder Erneuerung der Auslieferungs-Verträge stets auf der Forderung bestanden, daß das anarchische Verbrechen als gemeinsames Verbrechen angesehen werden soll.

Ministerpräsident Saracco erklärt sich mit dem Minister des Aeußern einverstanden. Er versichert, daß die Regierung, wie bisher, so auch fernerhin alles mögliche thun werde, damit die bereits ergriffenen und die noch zu ergreifenden Maßnahmen ihren Zweck erreichen. Nach der traurigen Ermordung des Königs Humbert habe die Regierung eine Einigung der Mächte herbeizuführen gesucht, um das von der Konferenz gegen den Anarchismus angestrebte Ziel zu verwirklichen. Justizminister Cantuoco betont, daß das anarchische Verbrechen keinen politischen Zweck verfolge, sondern auf den Umsturz aller gesellschaftlichen Ordnung gerichtet sei. Der Minister bringt den Entwurf eines Gesetzes über die anarchischen Verbrechen ein und verlangt die Dringlichkeit für die Vorlage. (Lebhafte Beifall.) Er bemerkt dazu, daß der Gesetzentwurf keineswegs reaktionär sei, sondern der Verteidigung der Gesellschaft diene und die Bestimmungen der Strafgesetze über die Vereinigung von Verbrechern zu ergänzen bestimmt sei. Canevaro erklärt sich von dem Vorgehen der Regierung befriedigt und die Sitzung wird darauf aufgehoben.

Der „Patria“ zufolge soll die Regierung zu der heute geschienen Einbringung des Gesetzentwurfs gegen die anarchischen Verbrechen durch neuerdings erfolgte Vorparatungen beangelt worden sein. Es soll ein Anarchist verhaftet worden sein, der mit der Ermordung des Herzogs der Abruzzen beauftragt war, und zwei andre in Genua, die einen Mordanschlag gegen den Präsidenten eines Gerichtshofs ausführen sollten, der einen ihrer Verfassungen verurteilt hatte.

Es scheint nach den Mitteilungen des Ministers des Aeußern, als ob die Anregung, ein internationales Polizeigesez gegen die Anarchisten zu schaffen, nicht das erwartete Entgegenkommen gefunden habe, so daß Italien jetzt dazu schreitet, ein Special-Anarchistengesetz zu stande zu bringen. Wenn nun behauptet wird, daß die Regierung unter dem Eindruck neuer schwarzer Anarchistenpläne mit ihrem Gesetzentwurf heranzutreten sei, so erscheint uns das ungläubhaft. Vielmehr wird die Absicht, ein derartiges Gesez einzubringen, bereits nach der Ermordung Humberts festgestanden haben, und die neuesten Entdeckungen an-gedlicher Anarchistenattentate werden nur dazu gemacht worden sein, um die Notwendigkeit eines solchen Gesetzes zu beweisen. Seit ein paar Tagen schwirrt es nur so von abenteuerlichen Mitteilungen über entfallte Mordverschwörungen und verhaftete Anarchisten. Jetzt wird es klar, weshalb Polizeispiegel und Reporter ihre Phantasie wieder einmal so sehr strapazierten. So plump die Märschen erfunden sein mögen und so furchtbar bisher auch jedesmal die geschäftlichen Verbreiter derartiger grotesker Erfindungen blamiert worden sind — man erinnert sich an den anarchischen Mordanschlag auf Wilhelm II. in Alexandria, an das Attentat auf den persischen Schah, an die läppischen Anarchistenmärschen, die vor ein paar Monaten von New York gemeldet wurden — so fraglich ist es doch, ob die bestellten Attentate nicht in der italienischen Kammer ihre Schuldigkeit thun werden.

Einen Schutz gegen die Mordanschläge verzweifelter, konfusier Fanatiker bietet natürlich auch das ideale Anarchistengesetz nicht. Eben weil es sich nur um Wahnsinnsfakten einzelner und nicht, wie man glauben machen will, um komplette ganzer Gesellschaften handelt, bietet auch die eifrigste Polizeischäuferei nicht die mindeste Sicherheit. Den Anarchismus in Italien müßte man ganz anders bekämpfen: durch soziale Reformen, durch Ausschneiden der furchtbaren Korruptionsbeulen in Kirche, Staat und im Wirtschaftsleben, durch Ausrottung der Mafia und Camorra, durch Hebung der Volksschule, Schutz des Proletariats, Erweiterung der politischen Freiheiten des Volks usw. Statt dessen will man sich in eine uferlose Flotten-politik stürzen!

Der wahre Zweck aller Ausnahmegesetze richtet sich ja freilich auch nicht gegen die Verbrecher sogenannter Anarchisten, sondern gegen die legalen Bestrebungen der um Beseitigung der Anechtung und Ausbeutung kämpfenden Masse! Ein Zweck, der freilich ebenso wenig erreicht wird.

Deutsches Reich.

Das Landesökonomie-Kollegium

hat in der zweiten Hälfte der vergangenen Woche eine Reihe von Sitzungen abgehalten, die einige immerhin bemerkenswerte Thatsachen zu Tage gefördert haben. Als Regierungsvertreter waren anwesend ein Unterstaatssekretär, ein Ministerialdirektor und drei Geheimräte von landwirtschaftlichen, je ein Geheimrat vom Handelsministerium und vom Ministerium des Innern, im ganzen also sieben hohe Beamte — ein Beweis, wie eng heute die Verbindung der agrarischen Bewegung mit den „maßgebenden“ Instanzen ist. Aber noch mehr: auch der Kaiser wird, wie angekündigt wurde, einer der nächsten Sitzungen beiwohnen, und der Landwirtschafts-Minister Freiherr v. Hammerstein begrüßt, unangefordert, das Kollegium in einer Rede, in der er der Hoffnung Ausdruck gab, daß im neuen Jahrhundert die Lage der Landwirtschaft sich günstiger gestalten werde als im vergangenen und daß er jedenfalls alles thun werde, um sie zu verbessern! Herr v. Hammerstein hat offenbar diese Gelegenheit benutzt, um den Eindruck der neulichen Erklärung des Grafen Bülow im Abgeordnetenhaus über den erhöhten Zollschutz auch seinerseits noch zu bekräftigen. Denn worauf anders als auf die Erhöhung der Getreidezölle wird man in agrarischen Kreisen dieses neue Stillversprechen des Ministers vornehmlich beziehen? Unter den Redenden, die soeben aus dem Landwirtschafts-Ministerium dem Landesökonomie-Kollegium zugeandt worden waren, ist vor allem einer von allgemeinstem Interesse, daß nämlich der von den Agrariern seit längerem verlangte, von Herrn v. Hammerstein auch schon verbrochene Gesetzentwurf zur Regelung des Verhältnisses der ländlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und der Sicherung vor Kontraktbruch nunmehr in der That ausgearbeitet ist und dem Igl. Staatsministerium zur Beschlußfassung vorliegt. Was unter dieser Sicherung des Kontraktbruchs von den Agrariern gemeint ist, haben die selbst schon des öfteren offen im Abgeordnetenhaus ausgesprochen; die Landproletarier haben sich also einer neuen Gefahr zu verzeihen: nach der Erhöhung der Getreide- und Wrotpreise die Sicherung der Agrarier vor ihrem angeblichen Koalitionsrecht — wobei, eine vorzügliche Aussicht auf Erhöhung ihrer Löhne, die ihnen ja nach Erledigung beider Ziele die Herren Agrarier versprochen haben.

Weiter hat das Igl. Landwirtschaftsministerium selbst eine sehr lange Debatte über die Prämierung des Gefindes angefaßt, obgleich selbst ein Regierungsdirektor sie als eine sehr nebensächliche Sache bezeichnete. Ein charakteristischer Zug sei auch aus dieser Debatte erwähnt, der die — Kollege der Landwirtschaft wieder einmal auf das schlagendste bewies; man war so sehr für Prämierung, daß nicht weniger als 16 Anträge dazu eingebracht wurden, aber mit der Ueberzeugung, der man Ausdruck gab, daß eine Aus-führung dieser Maßregel unbedingt einen Zuschuß staatlicher Mittel erheische. Also nicht einmal die paar Groschen für Prämien ihrer „besten“ Leute unter dem Gefinde vermag die notleidende Landwirtschaft zu leisten, auch hierfür bittet man den Staat an.

Endlich brachte noch eine Rede des Professors Ering über die bisherige Thätigkeit der An siedelungs-Kommission ein sehr interessantes und wertvolles Zugeständnis. Diese ist, wie er ausführt, in neuerer Zeit ins Stocken geraten; der Grund davon ist, daß der verkaufbedürftige Gutbesitzer durch die Kom-mission nicht das findet, was er braucht, eine

schnelle und sichere Abwicklung des Geschäfts“. Damit ist der Beweis geführt, daß, was wir immer behauptet und was die Agrarier immer bestritten haben, die ganze An siedelungs-bewegung in erster Linie als Hilfsfähigkeit für bankrott-gefährdete Gutbesitzer aufzufassen ist, die sofort versagt, wo die in Betracht kommenden Herren Agrarier kein „Geschäft“ mehr zu machen Aussicht haben! Die ganze innere Kolonisation ruht heute wieder vollständig in den Händen der regulären Güterhändler.“ In der That, ein wertvolles Material, das Herr Ering hier — uns — vorlegte.

Im Dunkel. Die Vorarbeiten für das neue Zolltarif-schemata sind, so wird mitgeteilt, im Reichsamte des Innern so geheimnisvoll betrieben worden, daß selbst diejenigen Beamten, die unmittelbar daran beteiligt waren, nicht mehr erfahren konnten, als sie unbedingt erfahren mußten. Um die Möglichkeit einer unbefugten Kenntnisnahme auf ein Mindestmaß einzuschränken, sind für die Vorarbeiten verschiedene farbige Papiere angelegt worden, von denen diejenigen, die Andeutungen über Zollsätze enthalten, unter strengstem Verschluß gehalten werden.

Central-Genossenschaftskasse und Hypothekenspiegel. In der „Allg. Ztg.“ wird mitgeteilt, daß die Central-Genossenschaftskasse der Pommerischen Hypothekensank Vorstände gemacht hat zur Vereinnahmung von Pfandbriefen und verurteilt dabei, daß ein Vorstandmitglied der Central-Genossenschaftskasse, Dr. Heßberger, das Amt eines Treuhänders bei der Pommerischen Bank verliest. Wir fügen hinzu, daß bis wenige Monate vor dem Zusammenbruch der jetzige Präsident der Central-Genossenschaftskasse, Dr. Heßberger, ein Treuhänder bei der Sandenschen Hypothekensank gewesen ist.

Kröcher's Kaffeetoast.

Wohl darf mit stauender Bewunderung selbst den Kenner des preussischen Abgeordnetenhauses und seines Präsidenten der Tiefinn und die Geistesfülle des Toastes erfüllen, den Herr v. Kröcher am Sonntag beim Festessen des Abgeordnetenhauses nach dem zweiten Gange andrachte und den die Korrespondenten der bürgerlichen Presse als „einen zündenden Kaffeetoast“ anläubigen. Der Präsident des preussischen Abgeordnetenhauses erhob sich also zum Adlersflug:

„Wenn schon am jährlich wiederkehrenden Königsgeburtstage Preußenherzen höher schlagen — wie viel mehr heute die unsrigen, die wir noch unter dem frischen Eindruck der erhabenen Festlichkeiten bei Gelegenheit des 200jährigen Kronungsjubiläums stehen. Der am 18. Januar dem Kronungs- und Ordensfest im königl. Schloße beigewohnt hat, der wird sich dem Eindruck nicht haben entziehen können, welchen zwei Erscheinungen in ihm hervorgerufen haben, Erscheinungen, so eigenartig und symptomatisch für das Verhältnis zwischen König und Volk in Preußen, daß sie sich jedem andrängen mußten und sich auch namentlich den ausländischen Gästen — von einem englischen und einem spanischen hohen Offizier weiß ich es aus eigener Kenntnis — aufgedrängt haben: die eine neue, daß die vornehmsten Kron- und Insignien von den jugendlichen Prinzen, Söhnen Ihrer Majestäten, getragen wurden, zuerst Prinz Adalbert mit dem Reichsapfel, dann Prinz Eitel Friedrich mit dem Scepter und zuletzt unmittelbar vor dem Herrscherpaar die königliche Krone, getragen von dem hochaußerirdischen einherstehenden, zum Manne heranreifenden Kronprinzen, dem Stolz des Landes und unser Hoffnung in einer, will's Gott, noch recht fernem Zukunft. Und dann die alte, historische, daß im Weißen Saal des Igl. Schloßes an einem Tische mit ihrem Könige Ritter und Inhaber aller Ordens-Klassen vom hohen Orden des Schwarzen Adlers bis zum Allgemeinen Ehrenzeichen stellten, Unteroffiziere, Post-boten, Kanzleidiener gegenüber von Fürsten, Ministern und Generalen. Meine Herren! Wir, die gewählten Vertreter des preussischen Volks, haben neulich in unserem Sitzungssaale gelobt, daß der Geist im Volk, welches es den erlauchten Monarchen aus dem Geschlecht der Hohenzollern ermöglicht hat, das zu leisten, was sie zum Wohle Preußens und Deutschlands geleistet haben, das alte bleiben soll bis in die fernsten, fernsten Zeiten. Erneuern wir dies Gelübde und erheben wir den Jubelruf: Se. Majestät der Kaiser, unser allergnädigster König und Herr, lebe hoch und nochmals hoch und abermals hoch.“

„Eigenartig und symptomatisch für das Verhältnis zwischen König und Volk“ ist Herrn v. Kröcher die Thatsache, daß die Prinzen Kroninsignien tragen. „Eigenartig und symptomatisch“ ist für den Präsidenten des Junkerparlaments die Thatsache, daß Unteroffiziere mit Generalen, Postboten und Kanzleidiener mit Ministern und leibhaftigen Fürsten an einem Tische sitzen dürfen. Welch gewaltiger Fortschritt der Zeit, der selbst die fabelhafte Thatsache übertrifft, daß in der preussischen Volksvertretung unter der Präsidentenherlichkeit des Herrn v. Kröcher einige gewöhnliche Bürgerliche sitzen dürfen! —

Hall Altona. Die „Münchener Post“ bestätigte das Gerücht Prinz Altona von Bayern sei aus seiner militärischen Stellung entfernt worden, weil er beim Begräbnis des Großherzogs von Sachsen-Weimar den Platz unmittelbar neben dem jungen Großherzog gegen den als Vertreter des Kaisers erschienenen preussischen General beantragt habe; es sei dann ein sehr scharfes kaiserliches Telegramm eingelaufen, worin auch auf den bekannten Moskauer Zwischenfall Bezug genommen wurde. Im Hinblick auf diese Auffassung der Maßregelung des Prinzen Altona wird der „Körn. Anz.“ von einem Leser darauf aufmerksam gemacht, daß in einem illustrierten Blatte der Zeichnung photographiert ist und Prinz Altona thätiglich unmittelbar zur Linken des jungen Großherzogs geht, während rechts von diesem sich der Fürst von Bulgarien und König Albert von Sachsen befinden und preussische Generale erst in der zweiten Reihe kommen. Daß Prinz Altona seinen Platz neben dem Großherzog eingenommen hat und der General, der als Vertreter des Kaisers gekommen war, zurücktreten mußte, sei, wie dieses photographische Zeugnis beweist, ganz unzweifelhaft richtig.

Die Hohenzollernburg. Man schreibt uns aus Elb-Lothringen: Unter den Ausgaben des dem Landesauschuss vorgelegten außerordentlichen Etats figurirt unter dem Titel „Verwaltung des Unter-richts, Erhaltung der historischen und Kunstdenkmäler“ ein Beitrag von 150 000 M. als erste Rate zum Ausbau der Hohenzollernburg. Ingesamt werden vom Landesauschuss hierfür 1 400 000 M. gefordert. Die oppositionelle Presse des Reichslands nimmt bereits Stellung zu dieser mehr prinzipiell als finanziell wichtigen Angelegenheit und fordert die elsch-lothringische Volksvertretung auf, den Versuch einer Transparenznahme von Landesmitteln zur Wiederherstellung einer im Privatbesitz des Kaisers befindlichen Burg unter allen Umständen zu vereiteln.

Die Seemannsordnungs-Kommission des Reichstags und das Reichs-Marine-Amt.

In der vorletzten Sitzung dieser Kommission, über deren Beratungen wir nach Abschluß der ersten Lesung der Regierungsvorlage einen Bericht bringen werden, spielte sich ein so befreudlicher Vorgang ab, daß wir es angezeigt halten, ihn durch Veröffentlichung der Vergehenheit zu entziehen. An den Verhandlungen der Kommission nehmen durchschnittlich sieben bis acht Regierungskommissare teil, darunter als Vertreter des Reichs-Marine-Amts der Kapitän z. S. Schmidt. Dieser Herr hat sich nun im Laufe der Zeit sehr häufig, oft sogar in recht lebhafter Weise an den gepflogenen Debatten beteiligt. Als seine Hauptaufgabe scheint er es zu betrachten — wahrlich im höheren Auftrage — die von den drei sozialdemokratischen Kommissionsmitgliedern im Interesse der Seeleute eingebrachten Verbesserungsvorschläge zu bekämpfen. Zum Leidwesen des Herrn Kapitän z. S. führte er jedoch bisher diesen Kampf mit ebenso wenig besonderem Geschick, noch mit übermäßigem Glück.

So z. B. wurden die socialdemokratischen Anträge, welche eine möglichst gesicherte Sonntagsruhe für die Seelente herbeizuführen wählten, freilich etwas abgemildert durch Amendements von den Konser-vativen und Centrumsmännern angenommen, obwohl Kapitän z. S. Schmidt sie mit der Behauptung belämpfte, daß in englischen Häfen und auf englischen Schiffen unbestimmt zum Sonn- und Festtage gearbeitet werde und um die deutsche Handelsmarine der englischen gegenüber nicht konkurrenzfähig zu machen, ein striktes Verbot zu arbeiten nicht erlassen werden dürfe. Der obigen Behauptung des Herrn stand freilich ein antiliches Schreiben des deutschen Generalkonsuls in London gegenüber, worin mitgeteilt wird, daß an Sonn- und Festtagen ebensowenig im Londoner wie in anderen englischen Häfen auf englischen Schiffen gearbeitet werde, freilich nicht infolge eines gesetzlichen Verbots der Sonntagsarbeit, aber zufolge alten Gewohnheits, das sich zu einem Gewohnheitsrecht ausgebildet habe. Damit stimmen auch die Angaben der socialdemokratischen und anti-semitischen Gewährsmänner völlig überein.

Einen viel entscheideneren Kampf wie gegen die absolute Sonntags-ruhe aber führte der Herr Kapitän gegen den zu § 34 der Vorlage gestellten Antrag, neben der Schiffsmanufaktur auch den Schiffsoffizieren, Steuerleuten, Maschinisten für geleistete Ueberarbeit eine Vergütung gesetzlich zu sichern, die mindestens dem Ueberstundenlohn der Schiffsmanufaktur gleich kommen muß. In diesem Antrag entdeckte der Herr die Ursache der Disziplinlosigkeit und Vernichtung der Autorität nicht nur der Offiziere der Handelsmarine, sondern auch der Kriegsmarine, und somit eine direkte Gefahr für das Vaterland. Die Mehrheit der Kommission verwarf jedoch den Gedankenfrage des Herrn nicht zu folgen und nahm trotz alledem den Antrag an.

Am 3. d. Mts. der die Verminderung der Mannschaft eines auf der Reise befindlichen Schiffe betrifft, ist die Bestimmung enthalten, daß die durch eine Verminderung der Mannschaft ersparte Feuer (Lohn) an denjenigen Teil der Mannschaft, welcher die entstandene Mehrarbeit leistete, verteilt werden soll. Wenn aber eine Verminderung durch Desertion herbeigeführt sei und die Sachen des bezw. der Desertierten sich nicht an Bord befinden, solle eine Verteilung nicht stattfinden.

Diese letztere Bestimmung hatten die Socialdemokraten zu streichen beantragt und drangen auch mit diesem Antrage durch trotz des heftigen Widerspruchs sämtlicher Regierungskommissare, vornehmlich des Kapitäns Schmidt.

Das war am Mittwoch. Am Donnerstag nun gab der Herr Kapitän vor Eintritt in die Tagesordnung eine Erklärung des Reichs-Marine-Amts ab, die dahin geht, daß sich das Reichs-Marine-Amt angesichts der gefassten Beschlüsse der Kommission, hauptsächlich der zu den § 34 und 46, nicht in der Lage sähe, die also gestellte Seemannsordnung zur Annahme empfehlen zu können, indem die Interessen der Seeschiffahrt nicht allein der Handels- sondern auch der Kriegsmarine aufs äußerste gefährdet seien, und sehr es sich genügt, sein energisches Veto dagegen einzulegen.

Nachdem das allgemeine Schicksal des Kopfes und das Erstaunen ob dieser Erklärung sich einigermaßen gelegt, erklärte der Vorsitzende, Hg. Kettig, daß er es nicht für angezeigt halte, die verlesene Erklärung zum Gegenstande der Erörterung zu machen, indem sie die Kommission im Grunde genommen gar nichts angehe, doch halte er dafür, daß sie zu den Akten gelegt werde.

Nachdem zwei Kommissionsmitglieder Widerspruch gegen Beifügung zu den Akten erhoben, da das Reichs-Marine-Amt mit der Kommission gar nichts zu thun habe und diese nicht mit ihm, wurde dieser Widerspruch jedoch zurückgezogen und mit dem Schriftstück nach dem Vorschlage des Vorsitzenden verfahren.

Es muß doch ziemlich wackelig mit der Marine und dem Deutschen Reiche stehen, wenn eine Vergütung für Ueberstunden an Schiffsoffiziere bezahlt und eine durch Desertionen verminderte und infolgedessen mit Mehrarbeit geplagte Schiffsmanufaktur die dadurch ersparten Feuer erhalten soll, schon geeignet sind, solche Wirkungen hervorzuwirken. Oder sollte die Erklärung nur ein Warnungsschrei sein, abgesetzt, um die Kommissionsmitglieder zu veranlassen, um beizutreten und den Behauptungen des Vertreters des Reichs-Marine-Amts mehr Beachtung zu schenken, als bisher?

Die Herren Redner werden sich bemühen, einen so schneidigen Verehrer ihrer Interessen erhalten zu haben, wie es das Reichs-Marine-Amt ist.

Ausland.

Die östereichische Thronrede.

Wien, 4. Februar. Die Thronrede zur Eröffnung des Reichsrats kündigt die Vorlegung der notwendig gewordenen Regierungsverordnungen zur verfassungsmäßigen Genehmigung an, ferner, sobald eine ernsthafte Bewußtsein eintritt, eine schärfere Fassung der bisherigen Verfassungsbestimmungen über die Vollmachten der Regierung in Fällen außerordentlicher Dringlichkeit, damit die Rechte der Volksvertretung voll gewahrt werden und die Verantwortlichkeit der Regierung fest begrenzt werde. Die Thronrede betont sodann die Notwendigkeit einer politisch unbeeinflussten Staatsverwaltung, die nur den Interessen des Staats und der Bevölkerung gemäß geföhrt wird. Die Thronrede kündigt den Vorschlag für das begonnene Verwaltungsjahr an, sowie außerordentliche Verfügungen für die ersten Monate, stellt das erfreuliche Gleichgewicht der Staatsfinanzen fest, bezeichnet aber eine besonders vorsichtige Verwendung der laufenden Mittel für geboten, da namhafte Ausgaben für unaufschiebbare Reformen und Investitionen aus den Beständen der Staatskasse und der laufenden Einnahmen befreit werden müßten. Angekündigt werden abschließende Maßnahmen zur Baluta-Regulierung. Die Notwendigkeit der Bahrung der Konkurrenzfähigkeit auf den erweiterten Weltmärkten ist, wie hervorgehoben wird, die wirtschaftlichen Fragen in den Vordergrund. Der Ablauf der meisten Handelsverträge und die damit zusammenhängende Zolltarifrevision bilden eine der ernstesten Aufgaben der Regierung.

Unter den angefügten Vorlagen befindet sich eine solche zur gesetzlichen Regelung des Auswandererwesens verbunden mit zweckmäßigen Einrichtungen zur Erlangung von Arbeitsgelegenheit im In- und Ausland, ferner eine Vorlage betreffend die Beschaffung von den städtischen und gesundheitlichen Forderungen entsprechenden Wohnungen für breite Schichten der Arbeiterbevölkerung, eine Vorlage betreffend die Belämpfung der Trunksucht.

Es wird weiter hervorgehoben, daß die Wahrung des Ansehens, der Machtstellung und der Interessen der Monarchie der Regierung gebiete, für die Wehrkraft wie in den anderen Staaten Sorge zu tragen, und der festen Hoffnung Ausdruck gegeben, der Reichsrat werde sich den unabwendbaren Erfordernissen nicht verschließen. Schließlich wendet sich die Thronrede mit einem dringenden Appell an den Reichsrat, in welchem die außerordentlich reichen Früchte des Verfassungsliebens in Bezug auf materielle Finanzen, hohen Staatskredit und allgemeine Bildung hervor-gehoben werden, welche letztere auch der Armee zu statten komme. Die Landtage hätten viel Nützliches schaffen können; die Staats-grundgesetze bilden somit einen wertvollen Besitz der treuen öster-reichischen Völker und seien nach außen hin das Sinnbild der Einheit und Stärke des Staats, unbeschadet der Autonomie einzelner Königreiche und Länder. Mit um so tieferem Schmerze habe den Kaiser die Erfolglosigkeit der letzten Reichsrats-sitzungen erfüllt. Viele wichtige An-gelegenheiten seien unerledigt geblieben, obwohl das Beispiel anderer Staaten einen mächtigen Antrieb hätte bilden sollen. Es wird sodann in der Thronrede aufs nachdrücklichste der Wunsch ausgesprochen, daß die Reichsvertretung ihren Ver-pflichtungen gegenüber der gesamten Bevölkerung gerecht werde. Die Regierung werde den Parteien die Sicherung einer normalen Tätig-keit des Parlaments mit allem durch die Lage gebotenen Ernst nahe-legen. Ein Stillstand der Gesetzgebung wäre um so beklagenswerter, als sociale Reformen, wie die Einführung einer Alters- und Invaliditätsversicherung des Reichsrats hatten.

England.

Die englischen Arbeiter gegen den Boerenkrieg. Seit Beginn des südafrikanischen Kriegs haben die englischen Arbeiter sich zu wiederholten Malen gegen denselben ausgesprochen. Nicht allein die beiden socialdemokratischen Parteigruppen, auch Gewerk-schaften haben in scharfer Weise Stellung gegen die Regierung genommen und die Herbeiführung des Friedens gefordert; die gesonnte organisierte Arbeiterschaft, vertreten durch den Trade-Unions-Kongress, hat durch Annahme einer entsprechenden Protestresolution gezeigt, daß sie nichts gemein haben will mit der Unterdrückung des Boerenvolks. Jetzt haben die englischen Arbeiterführer abermals ein umfassendes Flugblatt herausgegeben, das von 140 Präsidenten und Sekretären von Gewerkschaften und anderen Arbeiterverbänden sowie von verschiedenen Abgeordneten unterzeichnet ist. Unter den letzteren finden wir Henry Broadhurst, John Burns, Thomas Burt, E. Fen-wick, Benjamin Bidard, W. C. Steadman und John Wilson. Ferner haben von bekannteren Politikern unterzeichnet Jos. Arch, Geo. R. Barnes, Thos. Carter, Vote Curran und J. Kerr Hardie. Die Unterzeichner wenden sich an ihre Landsleute, um denselben an der Hand von Auslassungen verschiedener Kapitalisten, die bei der Agitation gegen die Transvaal-Regierung eine hervorragende Rolle gespielt haben, nachzuweisen, daß der wahre Zweck der an der Gold-industrie in Transvaal interessierten Kapitalisten ist, billige Arbeit durch Reg er zu erhalten.

Frankreich.

Die Erftwahl im 11. Pariser Bezirk ergab folgenden Re-sultat: Regis, der Kandidat der Radikalen und Rationalisten erhielt 2718, Allemane 2108, Faberot 1292 und Legrain 1579 Stimmen. Allemane wurde von der Pariser Gesamtorgani-sation der Allemanisten aufgestellt, während Faberot der Kandidat der allemanistischen Sozialorganisation des 11. Bezirks ist und Legrain von den Radikalen als Kandidat präsentiert wurde. Wenn dem ge-gedegebenen Versprechen gemäß die Wähler Faberots für Allemane eintraten, erscheint dessen Wahl als gesichert, obwohl die entrückten Radikalen sich der Hoffnung hingeben, aus den 4000 Wählern, die sich bei der Hauptwahl der Stimme enthalten haben, noch bedeutende Reserven für sich heranzuziehen zu können.

Sozialistischer Wahlsieg in Nimes. In Nimes wurde am Sonntag der Socialist Journalier mit 8792 Stimmen gegen den Republikaner de Bernis gewählt, der 6712 erhielt. — Gleichfalls eine Niederlage erlitten die Rationalisten bei der Senatswahl in Lot, wo ein Radikaler gewählt wurde.

Italien.

Eine Ministerkrise wird aus Italien abisirt. Ein Telegramm aus Rom meldet: In der Kammer-sitzung am Montag wird die Re-gierung wegen ihrer schwächlichen Haltung im Genueser Streik von verschiedenen Seiten angegriffen werden. Eine Kabinettskrise erscheint unvermeidlich.

Rußland.

Zur Russifizierung Finnlands. In Finnland steht demnächst die Entscheidung über höchst wichtige Maßnahmen bevor, die die Russifizierung Finnlands bezwecken und deshalb natürlich in der Bevölkerung große Erregung hervorgerufen haben. Zunächst handelt es sich nämlich um die Einführung des neuen Wehrpflicht-Gesetzes, das vor zwei Jahren vom Kriegsminister ausgearbeitet worden ist. Nach diesem Gesetz soll das finnische Militär, das bisher einen besonderen Truppenkörper bildete, beseitigt werden. Die finnischen Soldaten sollen unter die russischen Regimenter verteilt, zugleich soll auch die bedeutend längere allgemeine Dienstzeit für die finnischen Militär-pflichtigen eingeföhrt werden. Um nun den erwarteten Widerstand des finnischen Landtags zu brechen, soll zugleich das kaiserliche Manifest vom Februar 1899 in Kraft treten, wodurch alle Befehle des finnischen Landtags, die ein Reichsinteresse haben, der Entscheidung des russischen Reichsrates unterworfen werden. Man hofft indes, daß der allgemeine Widerstand in Finnland den Reichsrat bestimmen werde, das neue Wehrpflicht-Gesetz zu mildern. Der Reichsrat beschäftigt sich nämlich zur Zeit mit verschiedenen Ab-änderungsvorschlägen des Generalgouverneurs Sobrilow, nach denen die finnischen Truppen zwar in russische Garnisonen verlegt werden, jedoch ihre Sonderorganisation beibehalten sollen. Nach Finnland würden dann russische Garnisonen gelegt werden. Es bleibt abzu-warten, ob der Einfluß der finnischen Vertreter im Reichsrat stark genug ist, um wenigstens diese Milderung durchzusetzen.

Der Boeren-Krieg.

Eine englische Schluppe bei Modderfontein.

London, 3. Februar. Lord Kitchener meldet vom gestrigen Tage: Der Posten in Modderfontein am Gatsrand südwestlich von Krügersdorp wurde von 1000 Boeren angegriffen. Von Krügersdorp aus wurde eine Einsatztruppe entsandt, die jedoch den Fall des Postens nicht verhindern konnte. Die auf dem Posten von den Boeren ge-fangenen Offiziere und Mannschaften sind in Vereinigung eingetroffen. Weitere Einzelheiten fehlen.

Eine spätere Depesche Kitcheners ergänzt den Gefechtsbericht in folgender Weise: Unsere Verluste bei Modderfontein betragen zwei Offiziere tot, zwei verwundet. Danach muß die Zahl der ge-fallenen und verwundeten Mannschaften selbst beträchtlich sein. Es war finstere Nacht und dazu stürzte der Regen, als der Posten von den Feinde, der 1400 Mann stark war und ein Geschütz mit sich führte, angegriffen wurde. — Ferner meldet Lord Kitchener: Campbell's Kolonne verwickelte 500 Boeren in ein Gefecht und schlug sie mit Verlusten zurück; auf englischer Seite wurden 1 Offizier getötet, einer schwer verwundet und 18 Mann getötet bezw. verwundet. — French's Kolonne befindet sich in der Nähe von Bethel auf dem Marsche nach Osten, sie treibt den Feind, der nur schwachen Widerstand leistet, vor sich her.

De Weits Streitmacht

befindet sich dem Vernehmen nach südlich von Dewetsdorp. Ein älteres Telegramm aus Bloemfontein besagt: Die Vorhut des Obersten Marshall traf gestern zwischen Samas Post und Thabanaqu auf die Streitmacht De Weits, welche mit zwei Lastwagen und einer Anzahl Kap-Karren auf dem Marsche nach Süden begriffen war.

Britische Operation in Transvaal.

Sieben britische Truppenabteilungen führen nach dem Kenteischen Bureau zur Zeit eine kombinierte Bewegung aus, um das östliche Transvaal von feindlichen Truppen zu säubern; sie rücken von ver-schiedenen Punkten an der Linie Johannesburg-Pretoria und an der Delagoa-Bai-Eisenbahn vor und werden möglicherweise auf einem Punkte zusammentreffen.

Aus dem südwestlichen Freistaat

wird gemeldet: In der Nähe von Kofffontein stieß eine Abteilung britischer berittener Infanterie auf Boeren und griff die-selben unter dem Schutze von Artilleriefeuer an. 17 Boeren fielen, eine Anzahl wurden verwundet, drei wurden gefangen genommen.

Einsatz der Boeren in portugiesisches Gebiet?

Das „Neuerliche Bureau“ meldet aus Lourenco Marques: Etwa zweitausend Boeren unter dem Befehl des Obersten Glase befinden sich auf portugiesischem Gebiet, wie man annimmt zu dem Zweck, die auf diesem Gebiet befindlichen Boeren zu bekriegen. Die Portugiesen haben beschlossen, die auf portugiesischem Gebiet an-wesenden Boeren, welche sich weigern, sich den Engländern zu er-geben, nach Madeira zu senden.

Aus der Kapkolonie.

Clanvilliam, 3. Februar. Eine Patrouille der Kolonial-truppen stieß in der Nähe von Klipfontein gestern auf die Boeren. Nach einem fünfständigen Gefechte wurde der Feind aus seiner Stellung vertrieben. Eine Verfolgung des Feindes war wegen des

dichten Buschwerks nicht möglich. Die Boeren verloren 3 Mann, die Engländer hatten keine Verluste. (?) Eine Abteilung der Südafrikaner-Scouts traf gestern nahe beim Doornrusch auf den Feind.

Eisenbahnzusammenstoß.

Nach einer Depesche des „Neuerlichen Bureau“ aus Bethulie vom 3. d. Mts. stießen am Sonnabend in der Nähe dieses Orts zwei Eisenbahnzüge zusammen. Ein Offizier und drei Mann wurden getötet, mehrere Personen verletzt.

Ein Boerenurteil über die Kriegslage.

Sehr günstige Aussichten stellt dem Guerillakrieg der Boeren ein Privattelegramm des New Yorker Korrespondenten des „Berliner Tageblatt“.

Der Generalkonsul Pierce der Draupe-Republic hält die Aus-sichten der Boeren für günstige, da wieder 25 000 Mann im Felde ständen, wovon 8000 in der Kapkolonie. Die englischen Truppen seien demoralisiert, deshalb sei der Guerillakrieg erfolgreich. Munition und Lebensmittel seien durch Abfangen englischer Trans-porte genügend vorhanden. Die englischen Verluste seien enorm, die halbe Armee sei gefallen, verwundet, krank oder gefangen. General De Wet erbeutete in einer Woche 2000 Pferde, 100 000 Rinder (?) und machte 6000 Gefangene. Die englische Welt-macht sei in ihren Grundfesten erschüttert. (?) England müsse Frieden schließen, um seinen finanziellen Ruin abzuwenden.

Die Generalversammlung des Gewerkevereins christlicher Bergleute

fand am vergangenen Sonntag in Essen statt. Aus dem Bericht des Vorstands, den August Brust gab, ist hervorzuheben: Zu Anfang des vorigen Geschäftsjahres betrug die Mitglieder-zahl 22 000 und es war ein Kasseebestand von 19 263 M. vorhanden. In der gestrigen Vorstandssitzung wurde festgestellt, daß die Mitglieder-zahl auf 29 784 gestiegen und ein Kasseebestand von 67 308 M. vor-handen ist. Der Vorstand zieht infolge der günstigen Eingänge der Beiträge seinen Antrag: „Die Annahmestellen, welche im vorausgegangenen Monat dem Centralvorstand Abrechnung nebst Geld eingeliefert haben und welche nicht, in der darauf folgenden Nummer des Vereinsorgans bekannt zu geben, zurück.“ Ein Begrüßungstelegramm, welches inzwischen vom Ehrenratsmitglied Professor Dr. Hise eingelaufen, kam sodann zur Verlesung. Hise entschuldigt sein Nichterscheinen wegen seiner parlamentarischen Thätigkeit. Brust erklärte, daß, da Dr. Hise nicht anwesend sein kann, und daher nicht in der Lage ist, auf die in der letzten Nummer der „Berg- und Hütten-arbeiter-Zeitung“ gegen ihn gerichteten Angriffe zu antworten, so werde er, Redner, dem Verband jetzt die Antwort zu teil werden lassen. Auch auf die theologischen Abhandlungen, die in der „Berg- und Hüttenarb.-Ztg.“ erschienen, werde er sich das Recht nehmen, zu antworten. Soviel Säge wie die Polenik gegen Dr. Hise in der genannten Zeitung enthielt, soviel Unwahrheiten seien darin ent-halten. Dr. Hise hat sich nicht gedehert, daß ein Zusammengehen mit den freien Gewerkschaften unmöglich sei. Hise ist nicht der Ansicht, daß die christlichen Gewerkschaften zu den socialdemokratischen Gewerkschaften halten, auch habe er sich nicht gegen ihn (Brust) ausgesprochen, daß er das Zusammengehen mit dem Bergarbeiter-Verband von Fall zu Fall bei Anknüpfungswahlen z. nicht billige. Nur wenn wir sehen, führte Redner weiter aus, daß die socialdemokratischen Gewerkschaften die Arbeiter durch ihr Vorgehen schädigen wollen, dann sind wir verpflichtet, dagegen Front zu machen. Ein kleines Konkurrenzgeschäft existiere allerdings zwischen den beiden Verbänden, der alte Verband treibe in jeder Nummer Parteipolitik, einmal wendet sich der Redacteur gegen das Centrum, dann wieder gegen die Nationalliberalen, Konservativen usw. Nach dieser allgemeinen Auseinandersetzung wurde dann weiter in die Tagesordnung ein-getreten.

Das Resultat der Verhandlungen, die am selben Tage ihren Abschluß fanden, war die einstimmige Annahme nachstehender Resolution:

Die Generalversammlung beauftragt den Vorstand, an die königliche Staatsregierung sowie an das hohe Haus der Abgeordneten eine Petition zu richten, um Reform des preussischen Berggesetzes. Insbesondere entscheidet sich der Gewerkeverein für folgende Forde-rungen: 1. Der Aufenthalt der Arbeiter unter Tage darf pro Schicht acht Stunden nicht übersteigen. — Die Bergbehörden müssen verpflichtet werden, an solchen Betriebspunkten, welche durch Hitze oder Kälte die Gesundheit mehr als gewöhnlich schädigen, die Schichtdauer weiter einzuschränken. 2. Die Beschäftigung von weiblichen Arbeitern auf Bergwerken und deren Neben-anlagen muß ausnahmslos verboten sein. Durch Erhöhung der Löhne und Besserung der Anknüpfungsverhältnisse ist dafür zu sorgen, daß die Frauen nicht in die Nothlage versetzt werden, auf dem Bergwerk Arbeit zu nehmen. 3. Arbeiter unter 16 Jahren dürfen unter Tage nicht beschäftigt werden. 4. Auf Berg-werken sind ständige von der Bergbehörde in geheimer Wahl zu wählende Arbeiterausschüsse einzusetzen. 5. Vertreter der Arbeiter müssen mit zur Grubenkontrolle herangezogen werden. 6. Es erscheint notwendig, daß das Gesetz größere Garantien schafft, damit nur solche Bergarbeiter als Häuer thätig sind, welche die Arbeit selbst, die Ge-fahren des Bergbaus und die bezugpolizeilichen Anordnungen hinreichend kennen. 7. Es ist wünschenswert, daß die Bergbehörde wie bei der Einstellung so auch bei Entlassung von Beamten mitwirkt. 8. Im Hinblick an einen bereits von der königlichen Regierung vorgelegten Entwurf zur Abänderung des Titels 7 des Berggesetzes erwarten wir eine baldige einheitliche Regelung des Anknüpfungsdividens unter Berücksichtigung der Anträge, die unfer-seits wiederholt auf diesem Gebiete gestellt worden sind.

China.

Reformerklasse des Kaisers.

Der „Standard“ erhält aus Shanghai nachstehendes, von gestern datiertes Telegramm: Ein kaiserliches Dekret von ungewöhnlicher Länge führt die dem Kaiser vorgeschlagenen Reformmaßnahmen, ins-gesamt 98, bis ins einzelne ausgearbeitet, an. Das Dekret ersucht alle Beamten und Gouverneure, zu berichten, welche Reformen sie für geboten erachten, sobald der Friede abgeschlossen sei.

Waldersee's Pläne.

Nach in Wien eingetroffenen Peking Telegrammen be-streitet Graf Waldersee, daß er bereits endgültige Verfügungen betreffs der Räumung Pekings getroffen habe. Er habe nur die fremden Generale vertraulich erucht, ihre Meinung darüber zu äußern, ob dieselben einverstanden sind, daß, wenn China alle Forderungen erfüllt, die internationalen Truppen bis auf 2000 Mann zum Schutze der Gefangenen und 8500 zur Bewachung der Eisen-bahnen und der strategischen Punkte zurückgezogen sind. Die An-sichten seien aber sehr verschieden. Der amerikanische General Schaefer erklärte, Amerika werde für vorläufige Maßregeln 100 000 Mann zum Schutze der Gefangenen und eine entsprechende Truppenzahl für die Eisenbahnsicherung und die Sicherheit der amerikanischen Interessen zurückziehen.

Eine neue deutsche Expedition.

Feldmarschall Graf Waldersee meldet aus Peking: Ein kleines Detachement unter Major Cleve (Bataillon's Kom-mandeur im 6. Infanterie-Regiment) ist gestern von Tientsin nach Kofu (17 Kilometer westlich Taku) abmarschiert, um von dort längs des Ostseebahns nach Kanals und Kaiserkanals zurückzukehren.

Hungernot in China.

Der „Frankf. Ztg.“ wird aus New York telegraphiert: Nach einer Meldung der „Sun“ herrscht in den chinesischen Provinzen Schansi und Schensi eine entsetzliche Hungernot.

Gewerkschaftliches.

Verlin und Umgegend.

Tapetierer! Da in einigen Geschäften den Kollegen die bekannten Kontrollbücher zur Unterschrift vorgelegt wurden, beschloß die Vertrauensmänner-Sitzung, die Unterschrift so lange zu verweigern, bis eine demnächst stattfindende außerordentliche Sitzung der Vertrauensleute einen definitiven Beschluß gefaßt hat. Jeder Kollege, von dem die Unterschrift verlangt wird, hat dies sofort der Betriebsleitung, Engel-Müller 15, zu melden. Die Firma Töpler, Charlottenstraße 13, ist wegen Lohnhöherungen gesperrt.

Die Verbandsleitung.

Achtung, Kleber (Tapetierer). Bei der Firma Töpler, Wandstr. 1, haben sämtliche Kleber wegen Verweigerung der Tarifpreise die Arbeit niedergelegt. Der von der Firma auszuführende Bau befindet sich Spichernstraße 16 (Wannenernehmer Mayer). Die Firma ist hiermit bis auf weiteres gesperrt und werden die Banarbeiter hierauf besonders aufmerksam gemacht.

Die Lohnkommission der Kleber Verlin und Umgegend.

Deutsches Reich.

Der christliche Maurerverband hält gegenwärtig in Berlin eine von 30-40 Delegierten besetzte Generalversammlung unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit ab. Sowohl Berufs-Kollegen, die den Verhandlungen als Zuhörer beizuwohnen wollten, als auch ein Vertreter unseres Blattes wurden zurückgewiesen. Wir sind also nicht in der Lage, uns durch eigene Anschauung von der Bedeutung oder Bedeutungslosigkeit des christlichen Maurerverbands zu überzeugen. Was so ängstlich das Licht der Öffentlichkeit schenkt, der muß doch wohl irgend etwas, dessen er sich zu schämen hat, zu verbergen haben. Wenn es den christlichen Leuten mit der Vertretung von Arbeiterinteressen ernst ist, dann ist eine solche Furcht vor der Öffentlichkeit unverständlich.

Der Streik in Vetschau dauert unverändert fort. Die Direktion der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik (vorm. Lehnhoff) hatte den Streikenden bekanntlich 10 Proz. Abzug von den Lohn- und Accordsätzen zugemutet. Den Streikbrechern wurde bis jetzt der alte unbesetzte Lohn gezahlt. Am Freitag vergangener Woche hat die Direktion jedoch verfügt, daß der 10prozentige Abzug nunmehr auch den Arbeitswilligen distriert werden soll. Es wäre ein Schauspiel, wenn nunmehr ein Streik der Streikbrecher inszeniert würde. Jedenfalls sieht fest, daß eine ganze Anzahl der Arbeitswilligen den Ort verlassen werden. In wie weit dies auf den endlichen Ausgang des Streiks wirkt, läßt sich im Moment noch nicht feststellen. Fernhalten des Zugzugs ist wie bisher notwendig.

Unternehmerfreundlichkeit. Die Bresfelder Handelskammer beschloß den Gewerbetreibenden mitzuteilen, daß sie berechtigt sind, durch Vertrag mit den Arbeitern den § 16 des Bürgerlichen Gesetzbuchs aufzuheben. Es sei der Wunsch der Handelskammer, daß einheitlich in der Beziehung verfahren würde. So wird die kleine Vergünstigung, die der Gesetzgeber durch den Paragraphen den Arbeitern bieten wollte, jetzt allenfalls durch die Profitgier der Unternehmer illusorisch gemacht.

Massen-Protestversammlungen der Glasarbeiter werden gegenwärtig in allen Orten Deutschlands, wo Glashütten bestehen, einberufen, um zu dem von den Vereinigten Flaschenfabrikanten Deutschlands seit dem 2. Januar 1901 eingerichteten eignen, für Arbeitgeber und Arbeitnehmer obligatorischen Arbeitsnachweis, der in Hamburg seinen Sitz hat, Stellung zu nehmen. In allen Versammlungen wird eine Resolution angenommen, die die Arbeiter verpflichtet, diesen Nachweis unter keinen Umständen zu benutzen. Die Glasarbeiter erblicken in dem letzteren eine noch schärfere Organisation und Ausdehnung der schwarzen Listen und eine noch schlimmere Beschränkung der persönlichen Freiheit wie bisher. Dieser Arbeitsnachweis bezweckt nur, die Arbeiterorganisationen zu vernichten. Die Versammelten fordern die organisierten Kollegen Deutschlands auf, überall da, wo ihrerseits noch keine Arbeitsnachweise bestehen, unverzüglich solche zu gründen. In Provinzialblättern findet man gegenwärtig folgende Verlautbarung: Hamburg, Arbeitsnachweis der Vereinigten deutschen Flaschenfabrikanten. Die vereinigten deutschen Flaschenfabrikanten haben die Notwendigkeit eingesehen, den Arbeitsnachweis einheitlich selbst zu organisieren, um ihn nicht in die Hände der Arbeitnehmer und damit in die Hände der sozialdemokratischen Führer gelangen zu lassen. Sie haben vom 2. Januar 1901 ab in Hamburg, Kraienkamp 46/47, einen eignen, für Arbeitgeber und Arbeitnehmer obligatorischen, für letztere unentgeltlichen Arbeitsnachweis eingerichtet. Sie versprechen sich von diesem Nachweis, nach den Erfahrungen ähnlicher Einrichtungen bei anderen Industrien, eine besondere Wirkung auf die ruhigen fleißigen Arbeiter, die dadurch von den Agitatoren unabhängig werden, und zugleich ein Aufhören des zweifachen Hin- und Herbogens von Hütte zu Hütte. Die unruhigen Köpfe unter den Arbeitnehmern werden auf die wenigen Hütten gedrängt, die sich dem Arbeitsnachweis noch nicht angeschlossen haben.

Der letzte Satz besagt ausdrücklich, daß man sich die Arbeiter, die endlich am Ausbau der Arbeiterorganisationen teilnehmen, vom Halbe schaffen möchte, denn nur diese sind doch nach Meinung der Unternehmer „unruhige Köpfe“.

Große Anstrengungen macht die Bremerhavener Werft Seebeck, um Arbeitswillige heranzuziehen. Auch in Berlin wirbt sie, wie nachstehender Brief zeigt, den dieser Tage ein Metallarbeiter erhielt. Der Brief lautet:

Bremerhaven, den 31. 1. 1901.

Herrn G., Berlin.

Auf Ihr w. Schreiben vom 20. cr. erfordern wir Sie, an dem betreffenden Tag von dort abzufahren. Da es auf Ihrer Herkunft in aufdringlicher Weise versucht werden könnte, Sie von Ihrem Entschlusse abzurufen, schlagen wir Ihnen vor, sich einfach nicht als Metallarbeiter auszugeben, und nach Ihrer Ankunft hier selbst sofort zur Fabrik zu kommen.

Hochachtung

G. Seebeck & Co.

Bischof.

Die Firma hatte schon vorher ihr Glück in Hannover versucht. Es gelang ihr etwa 40 Arbeiter nach Bremerhaven zu locken. Als diese aber anlangten und erfuhr, daß sie als Streikbrecher Verwendung finden sollten, sind sie zum größten Teil wieder abgereist. In dem obigen Fall sollte der Arbeiter also zu Nutzen der Firma liegen. Der Empfänger des Briefes hat keine Lust, für die Unternehmer zum Streikbrecher zu werden.

Die Lackierer von München befinden sich in einem Abwehrstreik; Zugang ist fern zu halten.

Ausland.

Heber eine Streikbewegung in Gijon (Spanien) wird der „Woff. Zig.“ gemeldet: Die Zahl der Streikenden beträgt 12 000. Wäcker und Exer machen gemeinsame Sache mit den übrigen Arbeitern. Alle dortigen Zeitungen haben ihr Erscheinen eingestellt. Der Sozialistenführer Pablo Iglesias ging nach Gijon, um eine Weisung zu erteilen. Zahlreiche Truppen sind hingeschickt. Morgen wird wahrscheinlich der Kriegszustand erklärt. Der Streik auf der Eisenbahnlinie Madrid-Lissabon dauert fort. Der Verkehr ist fast ganz unterbrochen.

Montecau les Mines. Ein Versuch des Friedensrichters, zwischen den autonomen Grubenarbeitern und der Verwaltung eine Verständigung herbeizuführen, ist gescheitert. Die Grubenarbeiter beschloßen in einer Versammlung, im Auslande zu verharren.

Sociales.

Die Verschlechterung der geplanten, gegen die alte bereits weitaus verfehlteren Wäckerordnung wollen die Wäckerungen durchsetzen. Der Vorstand des Centralverbandes deutscher Wäckerungen hat in seiner letzten Sitzung in Berlin eine Eingabe an den Reichskanzler fertiggestellt. Es wird darin dringend um Abänderung und Milderung der Bestimmungen über die Einrichtungen und den Betrieb der Wäckerer ersucht, da die Verordnung auf große fabrikmäßige Betriebe zugeschnitten sei und bei strenger Durchführung notwendigerweise den Ruin des Kleingewerbes im Gefolge haben werde. Die baulichen Veränderungen, welche die Verordnung mit sich bringt, würden viele kleine Wäcker zwingen, den Betrieb nach der Peripherie der großen Städte oder in die Vororte zu verlegen. Damit gebe ihnen die zahlungsfähige Kundschaft verloren, welche dem Großbetrieb zugeführt werde. Die Hauswirte bereiten gleichfalls einen Protest gegen die drohende Entwertung ihrer Grundstücke vor.

Versammlungen.

Deutscher Metallarbeiter-Verein. Die Ortsverwaltung Berlin hielt am Sonntag im Jensonpalaß eine Generalversammlung ab, die so stark besucht war, daß der Saal und die Galerien vollständig gefüllt waren. Die Wahl des ersten und zweiten Bevollmächtigten, die außer dem Geschäftsführer und Kassenbericht auf der Tagesordnung stand, nahm das Hauptinteresse der Mitglieder in Anspruch und wurde auf Antrag aus der Versammlung zuerst erledigt. Die Wahl des ersten Bevollmächtigten, die schon im Dezember auf der Tagesordnung einer Generalversammlung stand, damals aber, weil das Abstimmungsresultat zweifelhaft blieb, verlagert worden ist, wurde jetzt ohne Debatte mittels Stimmzettel vorgenommen. Zum zweiten Bevollmächtigten ist Pawlowitsch in der Dezember-Versammlung gewählt worden, der Hauptvorstand hat aber von seinem statutenmäßigen Recht Gebrauch gemacht und Pawlowitsch nicht bestätigt. Die Gründe für die Nichtbestätigung, die der Hauptvorstand in einem längeren von Käther verlesenen Schreiben kundgibt, besagen im wesentlichen: Pawlowitsch ist für die anarchisierende Bewegung in Berlin hervorragender agitatorisch tätig. Das würde zwar an sich kein Grund sein, ihm die Bestätigung zu verweigern, da aber die Polizei in Anerkennung der anarchisierenden Bestrebungen die bekannten Anarchisten persönlich überwache, was auch bei Pawlowitsch der Fall sei, so könnte dessen Eintritt in das Bureau des Verbands die Folge haben, daß die Polizei, in der Annahme, Pawlowitsch werde seine anarchisierenden Ansichten im Verband propagieren, dem Verbands allerlei Scherereien bereiten würde, was einer erheblichen Störung der ruhigen Fortentwicklung des Verbands gleichkäme. Einen weiteren, wenn auch untergeordneten Grund für die Nichtbestätigung findet der Hauptvorstand darin, daß Pawlowitsch bereits wegen Aufruhr mit einer Woche Gefängnis bestraft sei. — Nach der Verlesung des Schreibens traten mehrere Redner unter lebhaftem Beifall eines erheblichen Teils der Versammlung gegen die Maßnahme des Hauptvorstands ein. Sie betonten, die Ortsverwaltung Berlin brauche sich eine solche Bevormundung nicht gefallen lassen, die Wahl bestehe zu Recht.

Pawlowitsch, der sich in längeren Ausführungen gegen das Schreiben des Vorstands wandte, suchte seine Bestrafung wegen Aufruhr als nicht sehr schwerwiegend hinzustellen. Diefelbe liege sechzehn Jahre zurück und habe ihren Grund darin, daß er damals für eine Prostituierte, mit der er ein Liebesverhältnis hatte, ein Zimmer auf seinen Namen mietete, in dem das Mädchen den unsittlichen Erwerb betrieb. Diese Strafe sei nur ein vorgehobener Grund. Der Hauptgrund, weswegen ihm die Bestätigung verweigert werde und worauf der Vorstand auch das größte Gewicht lege, sei seine (Käthers) politische Gesinnung. Die jetzt so stark betonte Neutralität der Gewerkschaften lege ihn in die Lage, ungeachtet seiner anarchisierenden Gesinnung, die er natürlich nicht ändern werde, die Interessen der Gewerkschaft zu vertreten. Die Angst vor einer schärferen polizeilichen Überwachung des Verbands sei ganz unbegründet. Wenn der Verband so ängstlich um die Gunst der Polizei bemüht sei, dann möge er sich den Namen beilegen: Königlich preussisch polizeilich konzessionierter Metallarbeiter-Verein. (Lebhafte Beifall.) Ich bin — sagte der Redner — mit großer Freude gewählt. Wenn nun der Protest von 10 oder 20 Mitgliedern genügt, um meine Wahl umzustossen, ist das Demokratie? (Beifall.)

Seigitz, der als Vertreter des Hauptvorstands anwesend war, führte aus, der Vorstand habe, indem er die Bestätigung verweigerte, von seinem statutenmäßigen Recht Gebrauch gemacht. Dagegen sei die Beschwerde an den Reichskanzler zulässig. Aber es sei nicht angängig, wenn man sage, die Wahl bleibe trotz der Nichtbestätigung bestehen. Was den Brief des Vorstands anlangt, so könnte es vielleicht scheinen, als ob der Vorstand Bestimmungsbefugnisse betriebe. Das sei jedoch nicht der Fall, vielmehr sei die Bestätigung nur wegen der Person Pawlowitschs verweigert worden. In Berlin seien die Verhältnisse der Organisation derart, daß es zur Leitung der Verwaltung ganz besonderer Ruhe, Ueberlegenheit und Besonnenheit bedürfe. In keinem anderen Ort wären in dieser Hinsicht so hohe Anforderungen an die Verbandsbeamten zu stellen wie in Berlin. Pawlowitsch habe durch sein heftiges Auftreten gezeigt, daß er nicht diesen Anforderungen genüge, und daher für den Posten nicht geeignet sei. Eine einzige unbedenkenliche Handlung, die der zweite Bevollmächtigte in Vertretung des ersten begeht, könne dem Verband den größten Schaden bringen. (Lebhafte Beifall.) Nachdem noch ein Redner gegen den Hauptvorstand gesprochen hatte, wurde das Resultat der Wahl des ersten Bevollmächtigten bekannt gegeben. Es haben Stimmen erhalten: Käther 1407, Wiententhal 832, zerstückelt und unglücklich 90. Käther wird unter großem anhaltenden Beifall als gewählt proklamiert.

Nunmehr wird die Diskussion über die Wahl des zweiten Bevollmächtigten geschlossen und die Zettelwahl vollzogen. Während der Auszählung der Stimmzettel wird dem Kandidaten P. e. g. o. l. d. nachdem er den Kassendbericht für das vierte Quartal 1900 erstattet hatte, Decharge erteilt, und Schaffler nach kurzer Diskussion als Arbeitsvermittler wiedergewählt. Nach langer Pause wird das Resultat der Wahl des zweiten Bevollmächtigten verlesen. Es haben Stimmen erhalten: Cohen 977, Pawlowitsch 766, Wiententhal 378, Hey 166, zerstückelt und unglücklich 56. — In der nächsten Generalversammlung findet die Stichwahl zwischen Cohen und Pawlowitsch statt.

Ins dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht der Ortsverwaltung Berlin ist folgendes hervorzuheben: Das Jahr 1900 schloß mit einem unverkennbaren Niedergang der bisherigen glänzigen Geschäftslage in der Eisen- und Metallindustrie ein. Im Laufe des Jahres, besonders in der zweiten Hälfte, hat sich dieser Niedergang noch beträchtlich gesteigert. Betriebsstörungen und Arbeiterentlassungen beeinträchtigten den Arbeitsmarkt in ungünstiger Weise. Der Verband hatte reichlich zu thun, um die Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuwehren, welche von einer großen Zahl der Betriebe eingeführt werden sollten. In etwa 200 Fällen gelang es, die entstandenen Differenzen zu schlichten, ohne daß es zu einem Auslande kam. Eine größere Lohnbewegung, die mit einem befriedigenden Resultat endete, hatten im August die Gas-, Wasser- und Heizungsrohrlager. Außerdem verzeichnet der Bericht neun weniger umfangreiche Arbeitsentstellungen, die teils mit, teils ohne Erfolg endeten. — Im Jahre 1900 hat die Bewegung für Verkürzung der Arbeitszeit weitere Fortschritte gemacht. Außer in den gesamten Betrieben der Gas-, Wasser- und Heizungsbranche ist der Neunstundentag in 28 Betrieben eingeführt worden, darunter im größten Betriebe Berlins, der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft. In 8 Betrieben wurde die Arbeitszeit auf 9½ Stunden herabgesetzt. Am 1. Juli trat die Arbeitslosen-Unterstützung in Kraft. Bis

31. Dezember erhielten 600 Mitglieder insgesamt 15 981,82 M. Ortsunterstützung. Im Arbeitsnachweis meldeten sich im Berichtsjahre 4396 Mitglieder gegen 2683 im Vorjahre. Offene Stellen wurden gemeldet 1894 gegen 1727 im Vorjahre. Die Agitation war im verfloßenen Jahre eine außerordentlich lebhaft. Die Einsetzung von Agitationskommissionen hat sich im allgemeinen bewährt.

Die Abrechnung mit der Hauptkasse balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 235 761,30 M. Die Ausgaben weisen unter anderem folgende Posten auf: Reisegeld 2440,82 M., Ortsunterstützung 15 981,82 M., Unterst. nach § 2 c 1418 M., Rechtshilfe 1373,90 M., Streit- und Genarregeln-Unterstützung 14 636,60 M., Agitation in der Provinz 4500 M., Bibliothek 2587,30 M. Die Lokalkasse zeigt in Einnahme und Ausgabe die Summe von 223 254,00 M. Von den Ausgaben ist hervorzuheben: Unterst. in an andre Gewerkschaften 13 200 M., an die Hamburger Berufarbeiter 5683,80 M., an die Streikenden in Bettsch 1200 M., Agitation in den Provinzen 1000 M. — Am Jahresabschluss betrug die Mitgliederzahl 21 517, gegen 16 683 im Vorjahre. Die Zunahme im verfloßenen Jahre beträgt somit 4834, während im Laufe des Jahres 16 428 Reuenahmen gemacht wurden. Somit sind 11 094 Mitglieder der Organisation wieder untern geworden. Diese Zahlen lehren — so schließt der Bericht — welche gewaltige Aufklärungsarbeit noch zu verrichten ist, um die Fernstehenden für den Verband zu gewinnen. Hierbei energisch mitzuarbeiten ist die Aufgabe aller im neuen Jahre.

In Lichtenberg-Friedrichsberg hielt der Socialdemokratische Wahlverein am 31. Januar eine außerordentliche Generalversammlung ab, in welcher Reichstags-Abgeordneter Albrecht einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag: „Aus dem Reichstage“ hielt. Nachdem er auf den Genossen ausseinandergesetzt, wie sie sich am Tage der Wahl nützlich machen könnten, und Vitja in die Interessen, welche für und bei der diesmaligen Wahl auf dem Spiele ständen, klargestellt, erfolgte nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten Schluß der gut besuchten Versammlung.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Zur Kanalvorlage.

Breslau, 4. Februar. (W. Z. B.) Die „Schlef. Zeitung“ aus Gleiwitz meldet, hat die Handelskammer des Oppelner Bezirks heute einstimmig eine Resolution gefaßt, in welcher es heißt: Nachdem neuerdings eine amtliche Erklärung abgegeben wurde, daß das von der Regierung gegebene Versprechen nach wie vor aufrecht erhalten werde, wonach bei Ausführung der Kanalvorlage die Aufrechterhaltung der gegenwärtig bestehenden Handelskosten-Parität für den Schnittpunkt Berlin zwischen Oberschlesien und Rheinland-Bestanden gewährleistet werden solle, läßt die Kammer die im Interesse Oberschlesiens gegen die Vorlage erhobenen Bedenken fallen. Dabei setzt sie voraus, daß die entsprechenden Maßnahmen, welche besonders auch auf dem Gebiet der Eisenbahn-Tarife zur Sicherung der bisherigen Wettbewerbsfähigkeit Oberschlesiens in den gefährdeten Absatzgebieten notwendig sind, in verbindlicher Form in das Gesetz aufgenommen werden und daß deren rechtzeitige und dauernde Erfüllung gewährleistet wird.

Botschaft des Königs Eduard VII.

London, 4. Februar. (W. Z. B.) Eine Botschaft des Königs „An mein Volk über See“ nimmt Bezug auf die zahlreichen Kundgebungen der Synagoge, die dem Könige aus allen Teilen des Reichs zugegangen seien, erwähnt der dankerfüllten Ausrufungen, mit denen die geliebte Mutter den stetigen Fortschritt ihrer Unterthanen unter der weit ausgedehnten Selbstregierung begleitet, sowie ihres Stolzes auf diejenigen, welche heldenmütig für die Reichs Sache in Süd-Afrika kämpften und starben, und sagte, der König werde fest vertrauen auf die Hingebung des Volks und seiner verschiedenen Vertretungen in den weiten Kolonialgebieten und werde mit so treuer Unterstützung für die gemeine Wohlfahrt und die Sicherheit des Reichs arbeiten.

Am Nachmittag war der Schlußakt der Reichsfeierlichkeiten in Windsor.

China im französischen Senat.

Paris, 4. Februar. (W. Z. B.) Bei der Beratung des Kriegsbudgets erklärt der Kriegsminister General Andros in Erwiderung auf Angriffe des Grafen Blois, alle Rationen hätten dem Rute und der Selbstverleugung des französischen Expeditionscorps in China Anerkennung gezollt. Er weise den Vorwurf zurück, daß es die moralische Einheit schädige. Eine Resolution, welche die Erklärungen des Ministers billigt, wird mit 466 gegen 36 Stimmen angenommen.

Das Vereinsgesetz in der französischen Deputiertenkammer.

Paris, 4. Februar. (W. Z. B.) Bei der Weiterberatung des Vereinsgesetzes tritt der Socialist Croussier für einen Abänderungsantrag zu Artikel 2 ein, wonach die Begründung von Vereinen ohne vorherige Anmeldung gestattet werden soll. Ribot spricht für diesen Antrag und erklärt, die Regierungsvorlage schränke die Freiheit ein. Ministerpräsident Waldeck-Rousseau erwidert, eine Anmeldung sei notwendig, damit die Regierung von dem Bestehen der Vereine Kenntnis habe. (Beifall.) Journier (S.) beantragt eine Abänderung dahinlautend, daß religiöse Vereine zur Anmeldung verpflichtet sein sollen. In dieser Fassung wird der Antrag unter Zustimmung des Referenten mit 292 gegen 237 Stimmen angenommen.

Nach Ablehnung weiterer Abänderungsanträge wird Art. 2 der Vorlage angenommen.

Streik der Damenschneider in Paris.

Paris, 4. Februar. (W. Z. B.) Zwölfhundert Damenschneider-Gehilfen haben heute die Arbeit eingestellt; dieselben verlangen die Einführung des Achtstundentags und einen Minimallohn von 10 Fr. täglich.

Serbische Justiz-Barbarei.

Belgrad, 4. Februar. (W. Z. B.) Der wegen Mordanschlags auf den serbischen Kaiserin-Präsidenten Ruzar Markowitsch wurde in der heutigen Schlussverhandlung zu 10-jähriger Gefängnisstrafe verurteilt, nachdem eine Untersuchung seines Geisteszustands die vollkommene Zurechnungsfähigkeit desselben ergeben hatte.

Der Boererkrieg.

London, 4. Februar. (W. Z. B.) Lord Kitchener telegraphiert aus Pretoria vom 3. d. Mts.: General French, der die Boeren ostwärts treibt, nahm denselben ein Fußschuß in der Wäsche weg und fand auf dem Wege wichtige Teile eines andern Geschüßes, das durch das Feuer der britischen Truppen unbrauchbar gemacht war. — Die Kitchener Scouts griffen an der Doornriver Brücke 100 Boeren an. Diese zogen sich mit Verlust eines Toten, vier Verwundeter, Wogen und Schirmdach zurück. Die Briten hatten zwei Verwundete. Das Wildland-Kommando wird durch Haig in der Richtung auf Steytlerville getrieben. — In den neuerlichen Scharampfeil verloren die Briten an Toten 16 Mann.

Lourenço Marques, 4. Februar. (W. Z. B.) Meldung des „Reuterischen Bureau“: Alle von den Boeren in Komatipoort übergebene Munition, welche seither in Moveni untergebracht war, ist von den Portugiesen weggeführt und in Leichter Schiffen, welche in der berrigen Bai anern, aufgestapelt worden.

Reichstag.

40. Sitzung vom Montag, den 4. Februar 1901, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Rieberding. Die zweite Etatsberatung wird beim Etat der Reichs-Justizverwaltung fortgesetzt.

Die Beratung beginnt mit den „Fortdauernden Ausgaben“. Titel Staatssekretär.

Abg. Wassermaun (natl.)

beklagt sich über Verschleppung der Prozesse seitens der Gerichte in der bairischen Pfalz. An Stelle des mündlichen Verfahrens, das die Zivilprozess-Ordnung vorschreibt, wird dort noch das alte schriftliche Verfahren geübt.

Weiter bitte ich, die Frage der internationalen Regelung des Schiffs-Pfandrechts nicht aus dem Auge zu lassen. Wie im Vorjahre möchte ich des Staatssekretärs Aufmerksamkeit auch heute wieder auf die kaufmännischen Schiedsgerichte lenken. Zahlreiche Petitionen kaufmännischer Verbände haben sich für diese Sondergerichte erklärt. Die Frage ist, ob sie den Amtsgerichten oder Gewerbe-gerichten angegliedert werden sollen. Ich bin für das letztere, damit möglichst viele solcher Sondergerichte errichtet werden können. Endlich möchte ich die Frage der Sicherung der Bauhandwerker nochmals anregen und frage den Herrn Staatssekretär, ob zu erwägen ist, daß der in Aussicht gestellte Gesetzentwurf noch in dieser Session an uns gelangt. Die beste Lösung der Frage wäre es, wenn die Bauhandwerker ein Anrecht auf die Liegenschaft bekämen. (Bravo bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär im Reichs-Justizamt Rieberding:

Auf die erste von dem Herrn Vorredner angeregte Frage bedauere ich fälschlich zur Zeit nicht eingehen zu können, da das erste Wort in dieser Angelegenheit dem bairischen Justizminister bleiben muß. Ich werde die Sache jedoch im Auge behalten. — Die Frage des Schiffs-Pfandrechts ist hauptsächlich zwischen dem Deutschen Reich und den Niederlanden bereits geregelt, ein besonderer Vertrag, der den bestehenden Zustand festlegt, ist in Aussicht genommen. Mit der Frage der kaufmännischen Schiedsgerichte ist das Reichs-Justizamt bisher noch nicht befaßt, ich kann den Herrn Vorredner in dieser Beziehung zur Zeit also nur an den Herrn Staatssekretär des Reichs-amtes des Innern verweisen. — Neben den Antrag der Bauhandwerker liegen der preussischen Regierung augenblicklich zwei verschiedene Entwürfe zur Verquickung vor.

Abg. Veich - Roburg (fr. Sp.):

geht sehr ausführlich auf die Zustände bei den Gerichten der bairischen Pfalz ein. Ob die kaufmännischen Schiedsgerichte Anhang finden werden, sei sehr zweifelhaft. Wo sollen in den kleinen Städten die Richter bei den Schiedsgerichten aus dem Handelsstande hergenommen werden? Die Kaufleute seien jetzt schon überlastet. Die Sicherung der Rechte der Bauhandwerker sei wichtig, aber auch sehr schwierig. Sie muß so vorgenommen werden, daß die Rechte der Grundbesitzer und der Hypothekengläubiger nicht geschädigt werden. Redner tritt für eine Verbesserung des Juristenstandes ein und tadelt die Keuregelung des Gerichtsvollzieherwesens, die aus fiskalischen Gesichtspunkten erfolgt sei und dem Justizamt einen ganz bürokratischen Charakter gegeben habe. Schon 1898 habe der Reichstag mit großer Mehrheit die Entschädigung für unschuldig Verhaftete verlangt. Der Bundesrat habe diese Resolution aber keine Folge gegeben, obwohl die Entschädigung für unschuldig Verhaftete ebenso berechtigt sei, wie die Entschädigung für unschuldig Verurteilte. Redner bringt eine Resolution ein, die wiederum das dringende Verlangen an die Regierung stellt, noch in dieser Session einen Entwurf über Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft einzubringen. Diese Resolution soll wegen der schwachen Bezeugung des Hauses erst bei der dritten Lesung zur Abstimmung gebracht werden.

Staatssekretär Rieberding:

Es ist mir nicht eingefallen, einen Eingriff in die bairische Justiz thun zu wollen. Die Staaten, die sich eine eigene Gerichtsvollzieher-Ordnung, wie Preußen, gegeben haben, werden auf sie nicht verzichten wollen. Ich muß es ablehnen, auf den Wunsch nach einer Reichs-Gerichtsvollzieher-Ordnung näher einzugehen, da der Gedanke mir völlig aussichtslos erscheint. Der Bundesrat hat in der Tat die Resolution des Reichstags für Entschädigung auf unschuldig erlittene Untersuchungshaft abgelehnt. Die gegenwärtigen Vorarbeiten scheinen ihm für eine gesetzliche Regelung der Frage ungenügend. Ob das sich in Zukunft ändern wird, ist mir unklar. Man kann große Sympathie mit der Entschädigung für unschuldig Verhaftete haben, ohne doch zu verkennen, daß die Regelung dieser Frage außerordentlich schwierig ist. Und kann umso weniger ein Vorwurf treffen, als auch andre große Staaten diese Entschädigung noch nicht erreicht haben.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Ich muß mich zunächst wieder dagegen wenden, daß der Bundesrat eine von uns eingebrachte Resolution, wonach diejenigen, die unschuldig in Untersuchungshaft gefesselt haben und wochenlang ihrer Freiheit beraubt waren, nach Möglichkeit eine Entschädigung hierfür zu gewähren ist, wieder vollständig unbeachtet gelassen hat. Während der Bundesrat dieser so wichtigen Sache näher getreten, so würde meines Erachtens die Zahl der Tausende, die unschuldig in Untersuchungshaft kommen, vermindert werden. Man kann ja ohne Statistik sich schon einen Begriff davon machen, wieviel Leute so unschuldig ihrer Freiheit beraubt werden, aber wenn man eine Uebersicht darüber geben würde, warum die Untersuchungs-haft verhängt, und ob dann eine Verurteilung erfolgt ist oder nicht, dann glaube ich, wird die Zahl der Unschuldigen eine noch weit größere sein, als ich bisher angenommen habe. Aber trotz unfrei- wiederholten Drängens ist eine solche Statistik immer noch nicht gegeben, und ich fürchte, daß, bevor nicht die Herren Mitglieder des Bundesrats einmal unschuldig in Untersuchungshaft gefesselt haben, eine Änderung wohl schwerlich kommen wird. Es ist dies ja nicht der einzige Punkt, wo der Bundesrat Beschlüssen, die der Reichstag einstimmig gefaßt hat, nicht nachgegeben hat. So bei den Resolutionen im Jahre 1896, die im Anschluß an den Abschluß des Bürgerlichen Gesetzbuchs gefaßt wurden, wo der Bundesrat sich den Interessen der arbeitenden Bevölkerung direkt entgegenstellte.

Zu erster Linie handelt es sich da um die Resolution zu Gunsten eines einheitlichen Arbeitsrechts. Sämtliche Parteien haben seiner Zeit dieser Resolution zugestimmt, aber der Bundesrat will die Einheitlichkeit des Rechts für die arbeitende Bevölkerung nicht, will ein einheitliches Arbeitsrecht nicht. Er drückt damit offen aus, daß die Wohlthaten des einheitlichen Rechts, das mit solchen Opfern des Volks bezahlet ist, nur für die Besitzenden vorhanden sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nicht einmal Gründe giebt der Bundesrat an. Natürlich, wer keine Gründe hat, kann keine nennen. (Heiterkeit.) Ich erkläre offen, daß ich jedem Ergänzungs-gesetz zum bürgerlichen Gesetz Schwierigkeiten in den Weg legen werde, bis die Regierung ihrer Pflicht nachkommt und die einstimmige Forderung des Reichstags nach einem einheitlichen Arbeitsrecht erfüllt. Wenn Verschärfungs-gesetz, beim Verlagsrecht, beim Autorenrecht werde ich versuchen, die berechtigten Wünsche der arbeitenden Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen, von der der Bundesrat anzunehmen scheint, daß sie nicht zum Deutschen Reich gehört.

Nicht Folge gegeben hat der Bundesrat den Resolutionen, die ein einheitliches Vergewaltigungsgesetz, ein einheitliches Jagd- und Fischereirecht, ein einheitliches Wasserrecht verlangten. Trotz vierjähriger Ueberlegung ist er nicht einmal im Stande gewesen, die Gründe für seine Ablehnung anzugeben.

Ueberaus notwendig erscheint mir ein einheitliches Wasserrecht, obwohl ich die Schwierigkeiten einer solchen einheitlichen Regelung nicht verkenne. Durch die Ueberschwemmungen werden gerade die kleinen Besitzer außer Acht gelassen, ohne daß gesetzlich für ihre Entschädigung gesorgt wäre. Am 11. März 1897 hat der Bundesrat beschlossen, von der Regierung baldigt einen Gesetzentwurf zu verlangen, wonach die Rechtsverhältnisse der land- und volkswirtschaftlichen Arbeiter und des Gefindes reichsgesetzlich geregelt werden. Auf die paritätischen Gefinde-Ordnungen und ihre ungenügenden Schiedsgerichte für die Armen will ich nicht näher eingehen und nur einen Fall nennen, wo durch die Paritätische geradezu die Gerechtigkeit geschädigt wird. Nach der Weimarer Gefinde-Ordnung darf das Gefinde den Dienst nicht verlassen, bis die Polizei den Grund für gerechtfertigt erklärt hat, oder bis der Polizei überhaupt eine Mitteilung geworden ist. Wenn das Gefinde anders handelt, dann muß es zurückgeführt und bestraft werden. In Weimarer Landen ist es nur trotz der Revision der Gefinde-Ordnung, daß ein Dienstmädchen, dem der Dienstherr unbillige Anträge stellt, wenn es nicht die Erlaubnis des Polizeibeamten zum Verlassen des Dienstes nachsucht, sondern vor dem Arbeitgeber flieht, erstens zurückgebracht und zweitens abgestraft wird. Das ist geradezu gesetzlicher Vorkauf der Unbilligkeit, und unsre Genossen haben im Weimarer Landtage eine Fülle solcher Fälle anführen können. Der Bundesrat möchte ein partikulares Gesetz beseitigen, dessen direkte Folge eine Begünstigung der gemeinsten Unbilligkeit ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Eine Beseitigung der sonderrechtlichen Gefinde-Ordnung der Bundesstaaten würde auch zur Abstellung der Leutenot dienen. Vielleicht ist dieser Grund für den Bundesrat wichtig, der auf die Klagen der Agrarier besonders hört.

Erforderlich ist auch endlich die Einführung eines einheitlichen Vergewaltigungsgesetzes. Der Bundesrat sollte wenigstens in einer Denkschrift die Gründe nennen, weshalb er durch die Ablehnung eines Reichs-Vergewaltigungsgesetzes die Wünsche des Centralverbands der Industriellen erfüllt, die Wünsche der Mehrheit des deutschen Volks aber unbeachtet läßt. Alle diese Beispiele sollten dem Reichstage klar machen, daß er dem Bundesrat nicht vertrauen darf und die Volkstreue die nötige Energie einflößen, die Forderungen, die sie für notwendig halten, gleich in Geleise hineinarbeiten, auf die der Bundesrat Wert legt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe noch einen andern Gegenstand hier zur Sprache zu bringen. Es handelt sich um die Volkstretung der Post. Wir können verlangen, daß wenigstens, so lange keine Reichs-Strafvollzugs-ordnung besteht, der Staatssekretär dafür sorgt, daß die paar Bestimmungen, die im Reichsgesetz über den Strafvollzug vorhanden sind, von den Bundesstaaten nicht verletzt werden. Das ist aber in Preußen geschehen. Während unter „Haft“ nur die einfache Freiheitsentziehung zu verstehen ist, ist es in Preußen die Willkür der einzelnen Gefängnisdirektoren, dem Gefangenen auch noch Wäcker, Zeitungen, Kurzweg jede Kostüre zu entziehen, im vollkommenen Gegensatz zum § 245 der Strafprozess-Ordnung. Es ist eine physische Qual, die gerade geistig strebsamen Leuten durch diese Entziehung des geistigen Gemüths bereitet wird. Die Strafprozess-Ordnung hat so tiefgehende Mängel gezeigt, daß es dringend notwendig ist, eine Gesamtrevision an Haupt und Gliedern der Strafprozess-Ordnung vorzunehmen. Wie soll man aber im Stande sein, irgend einem Straf-gesetz überhaupt zustimmen zu können, wenn man sich fragen muß, daß die Praxis dieses Gesetzes, von einem oder dem andern Gefängnis-direktor ausgeführt, eine völlig verschiedene ist.

Auf eins will ich ferner noch eingehen: Ich meine die bekannten Erscheinungen, die sich in jenem endlosen Prozeß, in dem Sternberg-Prozeß ergeben haben, und zwar will ich nur einen Punkt vorbringen. Ich muß sagen, es ist um so schwerer — an diesen Prozeß anzuknüpfen, als es sich ja zweifellos um einen Angeklagten handelt, der die ihm zur Last gelegten Verbrechen begangen hat. Aber in einem Verfahren ist dies zur Sprache gekommen, daß man, wenn dies Verfahren allgemeine Regel sein sollte, sagen möchte: Schade, daß wir nicht die Tortur des Mittelalters haben. Hier ist klar zu Tage getreten, wie mangelhaft unsere heutige Voruntersuchung ist. Es ist geradezu grauenvoll — ich hätte nie gedacht, daß so etwas vorkommen würde — wenn einem hier von Seiten eines Staatsanwalts mitgeteilt wird, er habe einen untergeordneten Beamten, einen Kriminalakzessormann Eitelhütter beauftragt, Vernehmungen vorzunehmen, und von ihm dann festgestellt, daß er, ohne daß irgend jemand zugegen ist, Zeugen zusammengelesen hat, in Familien Besuche gemacht hat, sie zu Protokoll vernimmt, ohne Protokollführer, und daß diese Vernehmung dann den Grund zur Verhandlung bilden soll. Das halte ich im höchsten Grade für ungebührlich. Die Reichs-Strafprozess-Ordnung hat einem einfachen Beamten eine solche Befugnis niemals gegeben. Wenn nun der einfache Schutzmann im Gehalt seiner Almacht etwas zu weit geht und selbst strafbare Handlungen begeht, so kann mich das nicht wundernehmen. Wenn nun noch konstatiert wird, daß derselbe Mann zu Frauenzimmern geht, die der Kuppelerei bezichtigt sind, um sie zu vernemen und dann geschlechtlichen Umgang mit ihnen pflegt, und dann dies noch fast ge- heimlich verantwortet wird, so ist das geradezu unerhörte. Meine Aus- fahrungen richten sich nicht gegen den einzelnen Mann, sondern gegen das ganze System, denn wenn diese Art und Weise bei Untersuchungen maß- gebend sein sollte, dann ist der einzelne Angeklagte ja vollständig schutzlos. Wie viel mehr muß man sich noch bei Prozessen, wo politische Motive mitspielen, dagegen verwahren! Da ist es ganz klar, daß hier, wo noch ein infames Chor von Spiegeln und Biglanten im Dienst der Polizei steht, mit Notwendigkeit ein der- artiges System dazu führen muß, die Wahrheit zu verhöhnen und Unschuldige als Schuldige hinzustellen. Da sollte man lieber in politischen Prozessen Polizei und Staatsanwaltschaft von jeder Einwirkung fern- halten. Wir haben weiter eine Fülle von Fällen vor Gericht sich abspielen sehen, wo Polizeibeamte nicht nur widerrechtlich stiftet hatten, sondern die widerrechtlich Stützten auch noch auf das schamlichste ge- heimhändelt hatten, und solchen untergeordneten Beamten soll die Untersuchung anvertraut werden. Das sind ungesetzliche Uebergriffe, das bedeutet die Ueberordnung des Staatsanwalts über die Gerichte und die Wahrheit. Ich bedaure es, daß aus Anlaß eines gemeinen Verbrechens derartige Schanden aufgedeckt worden sind, die so klar hier zu Tage liegen wie sonst nie.

Noch eine Bitte habe ich an den Staatssekretär zu richten: Rüge er dafür sorgen, daß die Richter auf der Höhe der Bildung bleiben können, die sie ein- nehmen müssen. Das ist aber unmöglich, wenn die Richter mit Beschäftigungen so überlastet sind, wie es hier in Berlin der Fall ist. Im Sternberg-Prozeß sagte der Staatsanwalt: „Wenn nicht ein reiches Angeklagter auf der Anklagebank säße, gegen den 50 Tage lang verhandelt worden ist, sondern nur ein einfacher Mann, dann wären wir in 1 1/2 Stunden mit der Sache fertig gewesen.“ Der Staats- anwalt muß die Verhältnisse doch am besten kennen. Seine Kennerung beweist, wie sehr alles über's Knie gebrochen wird. In diesem traurigen Zustand sind aber nicht die Richter schuld, sondern die preussische Justizverwaltung, so lange die Reichsgesetz- gebung ihr den Spielraum läßt, ihre Richter zu überlasten. Hier sollte endlich ein Regel vorgegeben werden. In den Strafhammern und bei den Schöffengerichten sind häufig 10—20 Fälle täglich zu erledigen, und die Verhandlungen müssen rasch geführt werden, weil die Richter dahinter steht, die Be- schwerden, der Prozeß habe zu lange gedauert. Wie soll ein Richter sich die völlige geistige Frische bewahren, wenn er von 9 Uhr vor- mittags bis 5 Uhr nachmittags verhandelt? Kommt er noch Hause, dann ist er noch lange nicht fertig. Er hat so kolossal zu thun, daß er Verge von Alken während der Verhandlung durch- sehen und mit Befragungen versehen muß. In Berlin haben die Richter eine tägliche Arbeitszeit von zwölf

bis vierzehn Stunden. Da müssen sie nervös werden; und wo bleibt die Möglichkeit für den Richter, sich geistig fortzubilden, besonders nach der psychologischen Seite hin? Gerade bei dem Sternberg-Prozeß hat sich der Mangel psychologischer Kenntnisse bei einigen Richtern außerordentlich verraten. Rüge der Herr Staatssekretär und doch einmal eine Statistik über die Tätig- keit der Berliner Richter vorlegen. Weil sie so überlastet sind, müssen sie unwillkürlich dazu kommen, den Angeklagten als einen Menschen anzusehen, der ihnen nur Mühe und Lasten macht, also von vornherein gegen ihn voreingenommen zu sein. Hier muß eine reichsgesetzliche Abhilfe geschaffen werden. In Preußen regiert ja doch nur der Finanzminister.

Es ist sehr leicht, die Güte einer Rechtspflege zu loben, wenn man sie selbst nicht am eignen Leibe zu spüren bekommt, wenn man der Hammer ist. Wer aber, wie wir, der Ambos ist, der wird die Ansicht der Mehrheit des deutschen Volks teilen: Es ist nicht die Regel, daß das Recht ge- funden wird, sondern die Ausnahme. Es sollte wirklich alles gethan werden, um dieses Urteil zu beseitigen. Auf die Ueberlastung der Strafrichter beim Reichsgericht habe ich schon häufig hingewiesen. Aus dieser Ueberlastung erklärt sich manche Ver- geßlichkeit, mancher Widerspruch in den Entscheidungen. Das Volk sagt dann: Die Herren da oben entscheiden, wie es gerade trifft. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Hier muß Abhilfe geschaffen werden. Wenn in Berlin dreimal so viel Richter angestellt würden als jetzt sind, hätten die einzelnen Herren gerade noch so viel zu thun wie 1877. Gewiß würden auch dann noch schlechte Urteile möglich sein. Der Hauptgrund dafür ist ja der, daß nicht Richter urteilen, die aus allen Teilen der Bevölkerung stammen und von der Bevölkerung selbst gewählt sind. Hier sollte der Herr Staatssekretär gesetzliche Maßregeln ertönen, die an Stelle der gelehrten Richter oder auch mit ihnen zusammen in be- stimmten Fällen wirkliche Volkrichter setzen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Rieberding:

Der Vorredner hat Vorgänge aus einem großen Berliner Prozeß hier zur Sprache gebracht und behauptet, daß deren beteiligte Beamte sich geschwundene Uebergriffe und eigentümliche Gesetzes- auslegungen haben zu Schulden kommen lassen, und gefragt, ob seitens der Justizverwaltung das Verhalten dieser Beamten gebilligt werde. — Ich kann darauf nur erwidern, daß eine Verurteilung der in einem Prozeß sich abspielenden Vorgänge nicht zu den Aufgaben der Reichs-Justizverwaltung gehört. Pflicht und Aufgabe der Reichs-Justizverwaltung ist es, sich jeder Einwirkung auf Prozesse zu ent- halten und nicht zu thun, was in das Gegenteil gedeutet werden könnte. Der erwähnte Prozeß befindet sich in der Revisionsinstanz, und meines Amtes ist es nicht, ein Urteil darüber abzugeben, was in der Revisionsinstanz geschehen soll, sondern abzuwarten, wie die Instanz erkennen wird.

In der Frage der Ueberlastung der Gerichte erkenne ich an, daß die Richter in Berlin eine ganz ungewöhnliche Arbeitslast zu tragen haben. Das erkennt wohl auch der preussische Justizminister und mit ihm die Staatsverwaltung und die Landesvertretung, die bei der Bemessung des Justizetat's mitzureden hat. Zum Teil beruht das in dem ungewöhnlichen Wachstum der Stadt. Es wird aber auch jährlich für Vermehrung der Gerichtshöfe gesorgt, und wenn das nicht ge- nügend geschieht, so ist das nicht ein Vorwurf gegen die Justiz- verwaltung, sondern gegen die Landesvertretung. Reinerseits kann jedenfalls nichts dazu geschehen. Wenn aber gesagt wurde, die Ueberlastung der Gerichte führe dahin, daß die Richter die Sache über das Knie brächen, so muß ich doch die Ehre der Richter entschieden wahren. Ich bin der An- sicht, daß die Richter trotz der starken Arbeit ihre Pflicht voll thun. Was die Verhältnisse beim Reichsgericht anlangt, so hat im vorigen Jahre die Mehrheit des Hauses nicht dem Herrn Vorredner, sondern mir darin recht gegeben, daß die Ueberlastung der Civilsenate dringender der Abhilfe bedarf. Daß man von einer Ueberlastung der Strafsenate nicht sprechen kann, dafür ist ein Anzeichen, daß der Präsident des Reichsgerichts in den letzten Jahren niemals den Antrag gestellt hat, die Senate zu vermehren. Das Reichsgericht hatte im Jahre 1895 über 5300 Strafsachen zu entscheiden, 1896 über 5000, 1897 über 4700 und in den letzten drei Jahren über je 5100. Es ist also kein Wachstum der Fälle und keine Ueberlastung eingetreten. Der Wunsch, daß unser höchsten Richter nicht überlastet werden, liegt um mindestens ebenso nahe, wie Herrn Stadthagen. Ich sehe aber keine andre Abhilfe als auf dem Wege der Ueberlastung der Straf- prozessordnung, die ganz gegen den Willen der Regierung sich so hinauszogezogen hat. Die Vermehrung der Senate würde ein großes Unglück sein, denn dann würden die Zweifel und etwaigen Wider- sprüche in den Entscheidungen der höchsten Instanz nur wachsen.

Abg. Dr. Szarlinski (Pole)

wiederholt seine schon beim Reichstag von dem Innern vorgebrachten Klagen über falsche Eintragung polnischer Namen in das Standes- amtregister. Es kommt häufig vor, daß die Beamten in den polnischen Provinzen willkürlich die weiblichen polnischen Namen mit dem Namen ihres Ehemanns aufrufen respektive schreiben, anstatt die Endung in in das la, welches für weibliche Namen gilt, umzuwandeln.

Staatssekretär Rieberding:

Dieses Vorgehen der Beamten respektiert nur den bestehenden Zustand. Solche weibliche Namen, die früher so geschrieben wurden, werden es auch jetzt und ebenso wird die Endung la nur bei den Familien angewandt, wo das seither der Fall war.

Sachl. Geh. Legationsrat Paulsen:

Herr Abg. Stadthagen hat behauptet, daß nach der weimarerischen Gefinde-Ordnung ein Dienstmädchen, das den Dienst verläßt, weil der Dienstherr unbillige Anträge an daselbe gestellt hat, von der Polizei in den Dienst zurückgebracht werden darf. § 46 der Gefinde-Ordnung bestimmt aber, daß die polizeiliche Zurück- führung erfolgen kann gegen Dienstboten, die ohne An- gabe eines wichtigen kündigungsgrundes rechts- widrig den Dienst verlassen haben. § 40 giebt weiter als solche wichtigen Gründe an: Tödtliche oder grobe Ver- leibung seitens der Dienstherrschaft, Verletzung des Dienstverhältnisses durch die Dienstherrschaft oder Familienangehörige derselben zu Handlungen, die wider die Gesetze oder guten Sitten verstoßen. Es ist also ganz klar, daß die polizeiliche Zurückführung nicht stattfinden kann, wenn das Dienstmädchen den Dienst verlassen hat, weil ihr unbillige Anträge gestellt wurden.

Abg. Dr. Müller-Weinigen

fragt an, wie es mit dem Reichsgesetz über den Privat- versicherungsvortrag und der Frage der bedingten Ver- urteilung steht. Man möge doch die erforderlichen Erzeugnisse des Auslands auf dem Gebiete der bedingten Verurteilung resp. bedingten Begnadigung beachten. Auch die Frage des Strafvollzugs darf nicht aus dem Auge verloren werden. Unser ganzes Strafsystem hängt vollständig in der Luft. Es bestehen gar keine genauen Bestim- mungen über den Unterschied zwischen der Behandlung in Justiz- häusern und Gefängnissen. Ein Strafprozess-Gesetz, das der Reichstag seit Jahrzehnten wünscht, ist deshalb dringend not- wendig. Eine Revision unserer Strafprozess-Ordnung, wie sie Herr Kollege Stadthagen verlangt hat, ist gewiß an Haupt und Gliedern notwendig. — Auf dem Sternberg-Prozeß will ich nicht näher ein- gehen, ich will nur die Frage an den Herrn Staatssekretär richten, wie er sich zu dem Ertrag des preussischen Ministers des Innern vom 15. Dezember 1899 stellt. Danach sollen die Kriminalbeamten vor allen wichtigen Maßnahmen die Ent- scheidung ihrer Vorgesetzten einholen und in besonders wichtigen Fällen dem Minister des Innern Vortrag halten. Das hat aber der preussische Minister des Innern mit der Strafverfolgung

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Dienstag, den 5. Februar.
Opernhaus. Margarete. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Der Kaufmann von Venedig. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Krohn). Geschlossen.
Deutsches. Der Oberpelz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Sessia. Johannfeuer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Ueber unsre Kraft. (2. Teil.) Anfang 7 1/2 Uhr.
Neubau. Frauen von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Die Liebesprobe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Der Hassenkämmer. Die ideale Galsitz. Anf. 7 1/2 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Seemannsbühne. Bunte Theater: Ueberdrei. Anf. 7 1/2 Uhr.
Schiller. Freiwild. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Amor von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Kyris - Pryis. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmshändisches. Der Damen Schneider. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weisk. Die zwei Daisien. Anfang 8 Uhr.
Velle - Alliance. Der Selbsth. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitätenvorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitäten - Vorstellung. Zwanzig Mädchen und kein Mann. Anfang 7 1/2 Uhr.
Palast. Spezialitäten - Vorstellung. Hummelstrie. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten - Vorstellung. Die zwölf unverbrennbaren Fakire. Anfang nachmittags 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theateraal) Abends 8 Uhr: "Aus dem Tagebuch der Erde". Im Hösaal: Dr. Schwahn: Die Bewegungen in der festen Erdrinde. Invalidenstr. 57/62. Tagl. Sternwarte. Nachmittags 5-10 Uhr.

Carl Weiss-Theater.
Or. Frankfurterstr. 132.
Zum letztenmal:
Zwei Waisen.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Lumpacivagabundus.
Donnerstag zum erstenmal: Eine leichte Person. - Sonnabend: Requimittag 4 Uhr: Kinder-Vorstellung. Keine Preise: Max und Moritz.

Apollo-Theater.
Kolossaler Erfolg:
Emmy Kröcher
Les Minstrels parisiens
Valentine Petit
The 3 Nightons
und die vorzüglichsten neuen Spezialitäten. Um 9 Uhr: 20 Mädchen und kein Mann
Burlische Operette von F. v. Suppé.
Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag, nachmittags 4 Uhr:
Grosse Zauber-Soirée von Ben-All-Boy. (Halbe Preise.)

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57.
Heute Dienstag, 5. Febr.
2. Gastspiel
Yvette Guilbert.
Um 7 Uhr 30:
Eine tolle Nacht
Berliner Ausstattungsposse.
Um 10 Uhr:
Aufstehen der Madame
Yvette Guilbert.
Ab 10 Uhr 30:
Mlle. Miéte
Greiner Sandor Trio
Paul Sandor etc.
Anf. 1/2, 8 Uhr. Rauch, überall gestatt.
Morgen Mittwoch, 6. Febr.:
3. Gastsp. Yvette Guilbert.

Palast-Theater
früher Peen-Palast, Burgstr. 22.
Durchweg neues Programm.
Brüche 8 1/2 Uhr:
Bummelstrie.
Posse m. Gesang in 3 Akten von Wilken Rodmanns, Adlerstr. 12.
12 neue Attraktions-Nummern.
Anfang: Wochen 7 1/2, Sonnt. 7 Uhr.
Entrée 50 Pf.
Sonnabend, den 16. Februar:
Grosser Masken-Ball.
Extra-Vorstellung.
Große Gratis-Preisverteilung.
Besucher der Bork haben Frei-Tanz.
Anfang 7 1/2 Uhr. Tanz 10 1/2 Uhr.
Entrée 50 Pf.

URANIA * *
Taubenstr. 48/49.
Im Theater
Dienstagabend 8 Uhr:
Aus dem Tagebuch der Erde.
Im Hösaal:
Dr. Schwahn: Die Bewegungen in der festen Erdrinde.
Invalidenstr. 57/62.
Tagl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

CASTANS
PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Neue aktuelle Serie
lebender Photographien.
Die sensationellen Gruppen
der alten Germanen.
Der schlesische Zecher und
der Teufel. Die Bernauer
Bierprobe. - Der Rothen-
burger Meistertrunk.
Im Restaurant: Konzert
einer russ. Damenkapelle.

Passage-Theater
Unter den Linden 22.
D-Vorstellung * *
Anfang: Sonntags 12 Uhr.
Wochentags 3 Uhr. Ende 11 Uhr.
Unbedingt das beste und inter-
essanteste Programm Berlins!
Die 4 Schwwestern Tui
in ihrer Neuheit
Ringelreia-Liebertanz
und die unvergleichliche
Tyrolienne-Excentrique
Hanny Luxa.
17 erstklassige Spezialitäten 17
Rosendienstag.
Feldwebeltragödie in 1 Akt
v. Otto Nebich Weichleben.

W. Noacks Theater.
Brannendstraße 16.
Der Rattenfänger von Hameln
Phantastisches Volksstück mit Gesang
in 7 Bildern von G. Broom.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
Rittwoch:
Keine Vorstellung.
Reichshallen
Stettiner Sänger.
Heute zum Schluss:
Eine Soirée
bei Lehmanns.
Anfang 8 Uhr.
Rittwoch:
Cavall. schufficann.

Cirkus Busch
Dienstag, den 5. Februar,
abends 7 1/2 Uhr:
Großer Sports-Gala-Abend.
Zum 69. Male:
Die eiserne Maske.
Or. historisches Manège: Schauspiel
in 4 Akten und 3 Hauptbildern.
Original-Pantomime des Cirkus
Busch. - Besonders hervorzuheben:
Der prächtigste Einzug König
Ludwig XIV. in Strahburg.
Ferner: Aufsehen erregend! Auftritte
des berühmten amerikanischen Verbe-
dlichers Professor Norton B. Smith.
Focher: Vorführung der vorzüg-
lichsten Programmnummern.
Sonntag, 10. Februar, nachmittags
4 Uhr: "Berliner Landparaden",
wobei jeder Erwachsene auf allen Eip-
plätzen 1 Kind frei hat; weitere Kinder
die Hälfte. - Abends 7 1/2 Uhr: Die
eiserne Maske.

Passage-Panoptikum
und Theater.
Die 12 unverbrennb. Fakire
Neu! General Boum,
der kleinste Mann der Welt.
Eintritt einschließlich Theater 50 Pf.
Sanssouci
Dienstag, Sonntag
und Montag:
Hoffmanns
Nordd. Sänger.
Nach jeder Soirée:
Tanzkränzchen.
Lustige
Bagabonden.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Dienstagabend 8 Uhr:
Freiwild.
Schauspiel in 3 Akten von H. Schnitzer.
Wittwochabend 8 Uhr:
Der Herr Senator.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Der Raub der Sabinerinnen.
Central-Theater.
Abends 7 1/2 Uhr: Zum 563. Male:
Die Geisha.
Mit vollständig neuer Ausstattung
an Kostümen und Dekorationen.
Mimosa: Mla Werber.
Morgen und folgende Tage:
Die Geisha.

Thalia-Theater
Dresdenerstr. 72.
Heute und folgende Tage:
Amor von heute.
Or. Ausstattungsposse m. Ges. u. Tanz.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Deutsche
Konzerthallen
An der Spandauer Brücke 3.
Täglich: Internationale
Künsler-Konzerte.
4 ausländische Kapellen.
Bock-Anstich.
Täglich grosse Spezialitäten-
Vorstellung.

Wedding-Park
Müller-Strasse 178.
Jeden
Dienstag
Original
Norddeutsche Sänger.
Blögler, Wolff, Hohenberg etc.
Nachher: Tanz. W. Trapp.

Bohnensthalen-Thee
(kein Gabeemittel)
ärztlich empfohlen bei 150/20°
Nierenkrankheiten,
Blasenleiden, Zucker-
harnruhr, Gicht und
Rheumatismus.
Probensendung 3,50 M. franco
Nachnahme durch Apotheker
Ernst Meyer, Quedlinburg a./S. 14.

Ziehung 26. Februar u. folg. Tage.
Genehmigt durch Allerhöchsten
Erlass 180/000 Loosen, dem unter
dem Protokoll Sr. Majestät
des Kaisers und Königs
Wilhelm II. stehenden Verein
f. d. Herstellung u. Ausschüttung d.
Marienburg
Loose à 3 Mk. Porto u. Liste
30 & extra.
9840 Geldgewinne, zahlbar
ohne Abzug, im Betrage von M.
365,000
Hauptgewinne:
1 x 60,000
1 x 50,000
1 x 40,000
1 x 30,000
1 x 20,000
1 x 10,000
4 x 2500 = 10000
10 x 1000 = 10000
20 x 500 = 10000
100 x 100 = 10000
200 x 50 = 10000
1000 x 20 = 20000
8500 x 10 = 85000
Loose versandt geg. Postanweisung
oder Nachnahme des General-Debit:
Lud. Müller & Co.
Berlin, Breitestr. 5.
Telegr.-Adr.: Glücksmüller.

Mecklenburg, Schwarz- u. Brandenburg. Landbrote
empf. Großfabrik Wittler, Müllerstr. 34. Niederlag. d. Plakate erteillich.

Ehrenerkklärung.
Nehme hierdurch die Befehligungen
zurück und erkläre Herrn Karl Krause
als Ehrenmann. 1942b
H. Müller, Ww., Wieserstr. 38.
Gegehühner,
1000er Frühbrut, garantiert. Ich
kauft frod. jed. Vorkauf. 1 Stamm
v. 13 Stk. mit Hahn, echte ital. Rasse
R. 19.50, Farbe nach Wahl, 10 Stk.
Rotti Naturbutter, frisch R. 5.75.
J. S. Schaefer, Burgacz Nr. 66,
142/5 via Breslau.

Stenographie.
Neue Unterrichtskurse
des Arbeit-Stenogr.-Vereins „Stolz“
in der Vereinfachten deutschen
Stenographie* beginnen:
Dienstag, den 5. Februar, abends
8 1/2 Uhr, bei Kleinert, Schulstr. 29.
Donnerstag, 7. Februar, abends
8 1/2 Uhr, bei Fischer, Waldstr. 8.
Freitag, den 8. Februar, abends
8 1/2 Uhr, bei Grupp, Ansenstr. 16.
Unterrichtsgeld 4 Mk.
Die erste Stunde ist kostenfrei.
Das Lehrbuch wird gratis geliefert.

Masken-Garderobe
von 5042*
Carl Ernst,
Köpenickerstr. 126 I.
Größte Auswahl!
Billigste Preise!
Vorzug dieser Annonce
erb. 10 Proz. Preisermäßigung.
Achtung, Vereine!
Umstände halber ist der Saal am
Sonnabend, 16. Februar, frei
geworden.
Fr. Kleinert, Schulstr. 29,
2441b) Wedding-Kaffee.

Marly-Cacao
vornehmste Marke * * *
* * * von Kennern bevorzugt
v. 5 Pfd. an
Perfekt. Versandt
Preise gratis
und franco.
garantirt rein und leicht löslich
pr. Pfd. 1.50, 2.00, 2.40 Mk.
A. Penitz,
Berlin, Rosenthalerstr. 59.

Masken-Garderobe.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Reine Preisermäßigung.
Fr. Panknin,
Cranienstraße Nr. 178
II. Oberberrische Pl.
Gde. Cranienstraße.

Gänsefedern 60 Pf.
pr. Pfd. (größer zum Waschen).
Schlafkissen, wie sie u. d. Hans
sollen, mit allen Daunen II. 1.50,
Küfener Gänsefedern III. 2.00,
bessere bannige Daunen III. 2.50,
3.00, beste schneeweiße III. 3.50,
russische Daunen III. 3.50, weiß
böhm. Daunen III. 5.00, ge-
reife Federn III. 1.50, 2.00,
3.50, Prima gereifene III. 3.00,
2.50. Versand gegen Nachnahme.
Gustav Lustig, Berlin S.,
Erb. Bettfedernfabrik m. elektr.
Denkbe. Viele Anerkennungsbriefe.

Bruch - Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchhan-
digen, Leibbinden, Geradhaltern,
Spritzen, Suspensoren, sowie sämtl.
Artikel zur Krankenpflege.
Eigene Werkstatt.
Vierkant 5232*
für Ort- und Hüft-Krankentafeln.
Berlin C.,
30. Finien-Strasse 30.

Paletot
38 Mark mit abgehepitem Kollid nach
Wasch liefert gegen bar Kasse
Temporwoll, Reanderstr. 16,
643L*) II. Etage.
Anzüge allerbilligste Preise, eignes
Stofflager. Bei teuren Garderoben
Teilzahlung monatlich 10 Pfd. gestattet.

Cirkus Schumann.
Heute Dienstag, den 5. Februar, abends prächtige 7 1/2 Uhr: Große außerord.
Gala-Vorstellung. Der interessanteste aller Renntage. Heute
Entscheidungskreuzen und Verteilung der ausgesetzten Preise. I. Preis
1500 Mk., II. Preis 1000 Mk., III. Preis 500 Mk. an die Sieger. Start-
berechtigt sind die Sieger der gestrigen Vorentscheidung. Heute starten:
Jacquelin Paris; **Müldner** Berlin; **Willy Brand** Hannover;
Thoby Robl München; **Vocquillon** Paris; **Geller** Wien. Jeder ganz
erkranktes Programm. Die neuen Februar-Spezialitäten. Direktor Albert
Schumanns neueste Original-Vorführung. Zum Schluss der Schläger der
Saison: **China**, größtes Manège- und Kofferchauffeur.
600 Mitwirkende. Sämtliche Einlagen.

Achtung! Turner. Achtung!
Die 10. Männer-Abteilung des Turnvereins „Fichte“
(Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes) ist in der Turnhalle
Petersburgerstr. 4 (an der Frankfurter Allee)
eröffnet worden. - Turnzeiten: Jeden Dienstag und Freitagabend
von 8-10 Uhr. - Um recht regen Besuch wird ersucht. Gebeten.
Der Vorstand.

Central-Verband der Maurer Deutschl.
Zahlstelle I Berlin (Putzer).
Laut Beschluss der Mitglieder-Versammlung vom 2. Februar beginnt die
Zahlung der Streifenbeiträge mit der Woche vom 4. bis
9. Februar und müssen von dieser Woche ab die Arbeitslosen-
Melbungen der Kollegen wieder regelmäßig erfolgen. 134/5
Der Deputierte auf jedem Bau hat sich, laut obigem Beschluss,
mit einer Liste zum Sammeln zu versehen, welche hiermit zur Kenntnis
aller Kollegen gebracht wird.
Im Auftrag der örtlichen Verwaltung.
Franz Schulz.

Achtung! Brauerei-Arbeiter! Achtung!
Der seiner Zeit mit den ringfreien Brauereien
vereinbarte Arbeitsnachweis, Blumenstr. 38, wird
von der Direktion des Münchener Brauhaus
Alt-Ges., Johannisstr. 18/19, nicht anerkannt. 41/6
Agitations-Kommission der Brauerei-Arbeiter Berlins
und Umgegend. J. A.: **Richard Schüler.**

Großer öffentlicher Vortrag
für Damen und Herren
im „Kolberger Salon“, Berlin N., Kolbergerstraße Nr. 23
(großer Saal)
am Mittwoch, den 6. Februar ex.,
abends 8 1/2 Uhr, über:
1. Der Schmerz,
seine Milderung, Beseitigung und Heilung durch Wasser, Dampf,
Massage, Hypnose, Gymnastik und Elektrizität.
2. Die Anwendungsformen des Naturheilverfahrens.
Dieselben werden praktisch vorgeführt und erklärt.
Referent: **Minna Kube,** Naturheilkundige. Entrée 15 Pf. 2448b
Um zahlreichen Besuch wird gebeten.
Abonnenten der „Neuen Heilwissenschaft“ haben gegen Vorzeigung der
alten Karte freien Eintritt.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige. Direktion:
Sonntags 5 Uhr. Spezialitäten. J. M. Hatt.
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Charlottenburg!
Uhrmacher Kunstmann, Wallstrasse 1.
Reparaturen schnell, durchaus zuverlässig und nicht teuer. (483L*)

Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie.
Teilkzahlung wöchentlich 7 Mark. 133/9*
Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1.50 M.
Reparaturen sofort. Umarbeitung schlecht sitzender Gebisse.
Zahnarzt Wolf, Leipziger Strasse 180,
(Haus Scharwächter). Sprechst. 9-7.

J. Brünn
(Bahnhof Börse) Hackescher Markt Nr. 4.
7432*
Wegen Umbau und Erweiterung
der Geschäftsräume gelangen große Lagerbestände meiner,
Zeppiche! Gardinen!
Steppdecken! Portieren!
zu außergewöhnlich billigen Preisen zum
Ausverkauf!
Einzelne fehlerhafte Exemplare
für die Hälfte des Wertes.

Victoria - Brauerei
Aktien-Gesellschaft
Hauptredner: **Berlin und Stralau** Hauptredner:
Zum VI. Rr. 228. Amt VII. Rr. 3835.
empfiehlt Ihre aus bestem Malz und Hopfen eingebrauten Biere:
Victoria-Lagerbier (halb hell) | **Victoria-Tafelbier** (ganz hell)
von vorzüglichem vollmundigen Geschmack. [7482*]
Victoria-Saazer-Bräu | **Victoria-Exportbier**
ganz leicht nach Pilsener Art. dunkles Gebraun nach Münchener Art,
sehr aromatisch schmeckend. besonders malzig.

Kranz- und Blumenbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Strasse 2.
Bereits-Kranze, Palmen u. Blumen-
Arrangements, Bouquets, Girlanden
u. s. w. werden fein u. preiswert geliefert.
Kohlen billiger!
Briketts in vorzüglicher
Qualität. (4179)
100 Stk. 6 Zoll lang . . . 75 Pf.
100 7 90
1 Ctr. von beiden Sorten 1 M.
Oberschlesische Steinkohlen.
1 Scheffel Ruhr II . . . 1.20 M.
1 Centner Ruhr II . . . 1.45
verkauf ab Platz Kohlengröblich.
Ritte
J. Fischer, Brombergerstr. 14.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin).

Mittwoch, den 6. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
Vertrauensmänner-Versammlungen

Westen und Süd-Westen: in Habels Brauerei, Bergmannstr. 5-7.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Vertrauensleute. 2. Verschiedenes.
Da wichtige Angelegenheiten vorliegen, muß jede Werkstatt vertreten sein.

Moabit: im Lokale des Herrn Jocksch, Turmstr. 81.

Tages-Ordnung:

1. Werkstattangelegenheiten. 2. Verschiedenes.

Wedding und Gesundbrunnen: bei Herrn Raabe, Kolbergerstr. 23.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Kommission. 2. Verbands- und Werkstattangelegenheiten.
3. Verschiedenes.
Die Kollegen aus der Bauhüttenerei von Herzer, Pflugstr. 6, werden ersucht, alle zu erscheinen.

Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt:

bei Herrn Raabe, Schwedterstr. 23.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Verbands- und Werkstattangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Osten und Nordosten: Straußbergerstr. 3.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Werkstattangelegenheiten.
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Es ist Pflicht, daß jede Werkstatt des Bezirks vertreten ist.

Südosten: bei C. Behrend, Mantuffelstr. 95.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Besprechung über die in nächster Zeit stattfindenden Wahlen der Delegierten zur Innungs-Kantontafel. 3. Werkstattangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Süden: bei Krieger, Dörfelstr. 68.

Jede Werkstatt muß vertreten sein.

77/15

Drechsler.

Osten und Nordosten: Koppenstr. 41 bei Matthes.

Südosten u. Südwesten: Admiralsstr. 18c bei Möhring.

Norden: Brunnenstr. 150 bei Neumann.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Kommission. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Werkstattangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Jede Werkstatt muß vertreten sein. Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

Modell- und Fabriktschler,

sowie **Metalldrechsler** im Lokal Dieke, Adlerstr. 123.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Vertrauensmänner. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen nicht entgegen.

Der Obmann.

Zähne 2 M., 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahnziehen

1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wöchentlich

1 M. Alfred Apenburg, Invalidenstrasse 33, Nähe Stettiner Bahn. Spr. 9-7. Reparatur sofort.

Erster Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 5. Februar, abends 8 Uhr, bei Herrn Cohn, Beuthstraße 20:

Öffentliche Versammlung.

L. D.: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten v. Vollmar: Socialpolitik in Deutschland und in Frankreich. 2. Diskussion.

Zahlreiches Besuch erwarten Die Vertrauenspersonen.

Achtung! Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 5. Februar, abends 1/9 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Hoch: Socialpolitik im deutschen Reichstag. 2. Diskussion. 3. Bericht des Vorstandes und des Kassierers. 4. Verschiedenes. 2 1/2

Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Arbeiter-Vertreter-Verein.

Donnerstag, 7. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit des Ausschusses der Landesversicherungs-Kasse Berlin. 2. Die geplante Errichtung eines Arbeitersekretariats für Berlin und die absehbende Haltung der Generalkommission in der Deutungsfrage. 3. Verschiedenes. 6 1/2

Gäste durch Mitglieder eingeführt haben Zutritt. Der Vorstand. J. K. Wahn.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin). Bureau: Engelstr. 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Dienstag, den 5. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

aller in den Bandagen-Geschäften beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen im Lokal des Herrn Schiller, Rosenthalerstraße 67.

Tages-Ordnung: 1. Wie verbessern wir unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse? 2. Wahl eines Arbeitsvermittlers. 3. Verschiedenes. 110/9

Die Ortsverwaltung.

Genossen! Rixdorf. Genossen!

Am Mittwoch, den 6. Februar 1901, abends 8 1/2 Uhr, im Apollo-Theater, Hermannstraße 48/50:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Socialreform und Brotwucher“. Referentin Genossin Steinbach-Hamburg. 2. Diskussion. 3. Bericht und Resolutionsentwurf der westlichen Vertrauenspersonen. 302/4

Um zahlreiches Besuch dieser Versammlung ersucht Die Vertrauensperson.

Stempel, Fabrik von (4829) Robert Hecht, Berlin S., Cranienstr. 142. Liefert schnell und billig alle Arten Stempel in bester Ausführung. Kautschuk-Typen „Perfekt“ zum Aufmalen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1.50 M. an

Centralverband der Maurer Deutschlands

(Zahlstelle Berlin II, Bezirk Norden.)

Dienstag, den 5. Februar, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Wernau, Schwedterstr. 23:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht aus der Sekretariatsung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Regen Besuch erwartet Die Verbandsleitung.

Verband deutscher Schneider u. Schneiderinnen

(Filiale Berlin).

Am Mittwoch, den 6. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal Arminhallen, Kommandantenstraße 20:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn H. Schütte über: „Mirabeau“. 2. Abrechnung vom 4. Quartal 1900. 3. Bestätigung der Kommission für die Damen-Mantelbranche. Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht Die Ortsverwaltung.

Achtung! Zimmerer. Achtung!

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer

(Central-Verwaltung Berlin).

Am Freitag, den 8. Februar 1901, abends 8 Uhr, im Lokal „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1900. 2. Wahl der Revisoren. 3. Kassengelegenheiten. - Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand. J. K. A. Gruss, Barnimstr. 41a.

Verein der Tischler Berlins und Umgegend

(Vertrauensmänner-Centralisation).

Heute, Dienstag, den 5. Februar, abends 8 Uhr, bei Franke, Pallasstrasse No. 9:

Sitzung der Vertrauensleute.

Jede Werkstatt muß vertreten sein. Der Vorstand.

Vereine, Fabriken!

Zu Sommerlichkeiten empfehle mein ca. 20 Morgen großes, an der Obersee herrlich gelegenes Erholungsgebiet

Schloßpark Wilhelminenhof.

2 große Tanzsäle. Constanter Bedingungen. Fr. Dolinski.

Jedes 5 Pfennig. Wort: 5 Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Reinigung, gutes Geschäft, wegen Krankheit meiner Frau jetzt zu verkaufen. Hier, Alte Jakobstr. 119. (4882)

Klempnerel. Gas- und Wasseranlagen preiswert zu verkaufen. Näheres Zimmerstraße 72. (20075)

Vorjährige elegante Herren-Winterpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonntag und Sonntag. Verbands-Germania, Unter den Linden 21 II.

Betten, Steppdecken, Gardinen preisbillig Verbands-Reanderstraße 6.

Teppiche, Kaminstrahlen, Regulator, preisbillig Verbands-Reanderstraße 6.

Werkstatt, Ruhbaum, preisbillig, aus eigenem Gartenstraße 148, I. links.

Betten, schöner Stand, neu, Umstände halber, 23 Mark, Adalbertstraße 28, I. rechts. (23985)

Nähmaschinen, Singer, Adler, Bobbin, Ringstich, die berühmten Durstopp, ohne Anzahlung, Woche 1.00. Diele's Nähmaschinen-Geschäft, Brunnenstraße 119. (4552)

Nähmaschinen, neue, Umstände halber billig, Kommandantenstraße 46, I. rechts. (23515)

Nähmaschinen aller Systeme verkauft Gustav Schmidt, Alexandrinenstraße 7, Hof 2 Treppen. (1435)

Nähmaschinen: Adler, Krana, Ringstich, Bobbin, Wasch- und Wringmaschinen auf Teilzahlung, Kolowich Brangelstraße 118. (4552)

Nähmaschinen, Adler, Krana, Schneidmasch., Ringstich, sowie Wasch- und Wringmaschinen auf Teilzahlung Krieg, Saitzgerstraße 136. (22335)

Gasföcher! Sparsysteme! 1.50, Zweifachföcher 6.-, Dreifachföcher 10.-, Gasföcher, Schneidbrot, Apparate billig! Gasbrotbacken 12.-, Waschaner, Wollwäscherstraße 32.

Kanarienvögel, Zugvögelchen, Deckener, Waldvogel, Fagelbauer, Gedächtnis, Vogelkutter, Fischfutter (Daphnien), Dohn, Brunnensstraße 101, Bahnhof Gesundbrunnen. (192)

Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1.00, Lieferung sofort, Postkarte. Louis Landberger, Landbergerstraße 35, kein Laden. (1130)

Walgstraßbier, blühend, für Winter, Brustkrank, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Verdauung, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2 Tonne 3.50 ersuche. Nicht Fischelzahl, Qualität entscheidet. Vorkauferei Ringler Bernauerstraße 119. (6011)

Mieter finden eine umfassende Darstellung des neuen Mietrechts in dem Buche: Die Rechte und Pflichten des Mieters. 32 Seiten, Preis 20 Pfennig. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Copierreue. Bisher abgesetzt 80 000 Exemplare. *

Erkundung, geleglich gesucht, verkauft Engel, Frankfurter Chaussee 136.

Fahrräder, veraltete, 25 Mark an Verbands, Neue Schönhauserstraße 11. (6014)

Fahrräder, Teilzahlung, mögliche Anzahlung, gebrauchte Fahrräder, meist vorzüglich, direkt Fabrik Dresdenstraße dreiunddreißig. (483K)

Vereinzimmer frei Montag bis Sonnabend. 30-40 Personen, Charlottenburg, Göttestraße 33.

Vereinzimmer mit Piano Brunnenstraße 72, Schuß. (117)

Damen- und Kinderkleider fertigt billig und sauber Frau Stecher, Mariannenstraße 2, 1 Treppe. (24088)

Maßchen, elegant, verleiht billig Stecher, Mariannenstraße 2. (24055)

Nähmaschinen aller Systeme ohne Anzahlung, wöchentlich 1.00, liefern sofort Lieble, Pflanzstraße 16, und Fischer, Quittenstraße 26. (24678)

Wegen Todesfalls meines Manns verkaufe Ruhbaum, Einrichtungen äußerst billig. Admiralsstraße 7, Hof, Tischler. (117)

Sobellbank verkauft heute, Greifenhagenstraße 77, abends. (150)

Neue Zeit, Jahrgang 99/100 bis ins 97/98, komplett und sauber, zu verkaufen. Kaufinteressenten wollen sich gef. melden bei Joh. S. Volles in Deum bei Bremen. (24888)

François Loçons 0,75. Professor Parisien Pommeret, Breitestr. 19.

Elektrotechnik, Abendkurse, monatlich 6 Mark. Jasion, Alte Jakobstr. 24. (21276)

Patentanwalt Dommann, Oranienstraße 57, Marienplatz. Erklären sofortester Rat abends bis neun

Infarktsachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Puffer, Steglitzerstraße 65. (2208b)

Augustabad, Köpenickerstraße 60. Jeder Arzt für sämtliche Krankheiten. (4718)

Bifidaktion! Wer sich über diese wichtige Kaufsamkeit unvert. Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Bifidaktion, welche unentgeltlich verleiht werden vom Arbeiterverein Berlin, Königsbergerstraße 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. Arbeitervereine, welche in ihren Versammlungen Vorträge wünschen über Bifidaktion, wollen sich um Referenten an dieselbe Adresse wenden. (9256)

Photographie, sechs Bist, ein Kabinett 2 Mark 50, ohne Preisermäßigung bei Kindergruppen. Schönhauser Allee 146, Ernst Dering.

Maßschneiderei verleiht, verkauft preisbillig Meyerstraße 31. (150)

Maßschneider, Herren und Damen. Große Auswahl, kostlicher Anzüge billig. Räder, Rheindorferstraße 62. (172)

Maßschneider empfiehlt billig Gebots, Marienstraße 9, Hof.

Anfertigung eleganter Herren-garderobe. Teilzahlung gestattet. Raricus, Kleine Frankfurterstr. 30.

Kunstschneiderei von Frau Kofolts, Steinwegstraße 48.

Kaufe jeden Vollen Kanarienvogel, weißen Oranienstraße 87, Vogelhandlung. (24116)

Platin, altes Gold, Bruchgold, Silber, alte Uhren, Gefäße, Kupfer, Messing, sämtliche Metalle, taucht, Blumenstraße 67, parterre. (4072)

Vereinzimmer, dreizehnzig zu vergeben. Georg Schülze, Gerichtstraße 90. (1624)

Vereinzimmer, großes, Reichensbergerstraße 24. (2225b)

Vereinzimmer zu vergeben. 50-100 Personen, bei Janowski, Marienstraße 18. (130)

Zaal und Vereinzimmer empfiehlt Langhans, Lichtbergstraße 21. *

Zaal, Saal, Vereinzimmer, Regelmäßig empfiehlt Pinger, Schützenstraße 18. (2429b)

Vereinzimmer Sonnenstraße 23. (444K)

Vereinzimmer mit Piano empfiehlt Blumenstraße 35. (2408b)

Zimmer für Vereine und kleine Feiern, Schützenstraße 10.

Vermietungen.

Wohnungen.

Zugstraße 46 (Friedrichsberg), 2 Wohnungen mit auch ohne Stallung. Näheres 50 II rechts. (1145)

Vorort, Königs-Weidenhagen, Wohnungen jeder Art, mit und ohne Gas, Wasserleitung, Kloset sofort oder später billig zu vermieten. Näheres beim Wirt, Amstgarten 2. (14045)

Zimmer.

Fremdlich möbliertes Zimmer für zwei Herren sofort zu vermieten. Poststraße 54, Euergebäude III, bei Witwe Rosenthal.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Minder Stillschreiber bittet um Arbeit. Stelle werden gut geschult, dieselben werden abgeholt und zurückgeleitet. Wälder, Blaulstraße 27.

Stellengesuche.

Durchaus tüchtiger Maschinen-tischler in dauernder, lohnender Stellung gesucht. Offerten unter postlagernd F. L. Königs-Weidenhagen.

Schlosserlehrling sucht August Penon, Friedenstraße 106. (1159)

Tüchtige Farbigenmacher verlangt Neumann, Hennig u. Co., SO, Brunnenstraße 21. (2455b)

Bücher Knabenanleihe verlangt Radom, Wienerstraße 16, II. (2464b)

Korbmacher auf Rohrlernen verlangt Polze, Oranienstraße 3. (2468b)

Goldbleichen - Gerber verlangt Knudsenstraße 150/151. (2460b)

Tüchtige Korbmacher auf Rohrlernen werden verlangt Marktstrassen-damm 29. (2463b)

Tüchtige Farbigenmacher und Webereierinnen verlangt Max Leonhard, Goldbleichenfabrik, Schönebergstraße 31. (2465b)

Goldbleichen - Gerber verlangt Bismarckstraße 21, I. (172)

Wamsfeld im und auherm Hauw Fruchstraße 52, II. (2435b)

Wamsfeld auf Kofolts - Räder Fruchstraße 52, II. (2435b)

Textilarbeiterin auf geputzte Seiden bei hohem Lohn verlangt Bloch, Grüner Weg 12. (2461b)

Kinderlose Herrschaft sucht Dienstmädchen, das bürgerlich kocht, hoher Lohn, gute Behandlung, kann Sommer mitreisen. Meldung Gartenstraße 149 Wenzl. (2457b)

50 Wamsfeld und Ausfertigerinnen auf Gapes und Sommerladen, gute Arbeit, sofort auch Handwerkerinnen Wilhelm Behrens, Dunderstraße 88 III. (150)

Monteure und Schlosser

für sofort gegen guten Lohn bei dauernder Beschäftigung gesucht. Angebote unter Chiffre N. U. 206 an Rudolf Mosse, Nürnberg.

Achtung! Stuccateure!

Bei den Herren Jäckel, Hertrich, Hüska haben sämtliche Kollegen auf Grund des Abgebots, Accord zu verzeihen, die Arbeit niedergelegt. Zugang ist streng fernzuhalten. 173/4 Die Lokalkommission.

Achtung! Tischler!

In der Möbelarbeit von Klinte, Charlottenstraße 78, haben sämtliche Tischler wegen Lohnminderungen die Arbeit niedergelegt. Desgleichen in der Möbelarbeit von Seelisch, Alpengstraße. Zugang sind beiden Verwaltungen streng fernzuhalten. 77/8 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Parkettbodenleger! Bauhandwerker!

Die Sperre über die Firma Götlicher Goldbearbeitungsfabrik zwischen Meißner Chaussee ist bis jetzt nicht aufgehoben und gilt dieselbe so lange als gesperrt, bis dieselbe in dieser Stelle als aufgehoben erklärt wird. 77/3 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Drechsler!

In der Möbelarbeit von G. Schmidt, Blumenstr. 20, haben sämtliche Drechsler wegen Lohnminderungen die Arbeit niedergelegt. Zugang fernhalten. 77/3 Die Ortsverwaltung.

Erster Redacteur,

bedürftige Kraft, per bald gesucht. Bewerbungen unter Angabe der Gehaltsansprüche an sofort an A. Fabian, „Weltkämpfer“, Magdeburger, Jakobstr. 49, erziehen. (7512)

Die Wohnungsnot im Stadtverordneten-Ausschuß.

Der zur Vorberatung des Antrags unserer Genossen betreffend die Wohnungsnot und die auf dem Gebiete des Wohnungswesens bestehenden Mißstände eingeleitete Ausschuß hielt gestern seine vierte Sitzung ab.

Es entspann sich zu Beginn eine längere Geschäftsordnungs-Debatte, weil von Seiten einiger Ausschußmitglieder gewünscht wurde, der Ausschuß möge zunächst nur theoretisch durch Beschluß erklären, ob er das Vorhandensein einer Wohnungsnot anerkennt oder nicht, um dann, je nachdem der Beschluß laute, entsprechend vorgehen zu können.

Der Ausschuß lehnte es aber ab, derartige theoretische Resolutionen zu fassen und trat auf Wunsch unserer Vertreter, um das Elendigste vorweg zu erledigen, gleich in die Beratung des von ihnen gestellten Antrags ein, welcher einer Verneinerung der den obdachlosen Familien im städtischen Familienobdach zur Verfügung stehenden Räume bezweckt. Zur Begründung des Antrags wurde ausgeführt, daß wir aller Wahrscheinlichkeit nach weit schlimmeren Verhältnissen entgegengehen, als wir sie im Herbst v. J. gehabt haben, und daß damals die Räume gerade knapp gereicht hätten, weil das nächtliche Obdach verhältnismäßig schwach besetzt gewesen war und man in jedem freien Raum soviel Menschen als nur irgend möglich hineingesteckt hätte. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Obdach-Verwaltung selbst in dem Etats-Entwurf für das nächste Etatsjahr eine durchschnittliche tägliche Belegung des Familien-Obdachs von 800 resp. 600 Köpfen angenommen hätte gegen 250 im laufenden Jahr, und daß dem Obdach-Kuratorium bei der Beratung des Etats-Entwurfs die inzwischen auf dem Geldmarkt eingetretenen Verhältnisse noch unbekannt waren, die sicherlich die Herstellung von Häusern mit kleinen Wohnungen erschweren, wenn nicht gänzlich hindern und so den Wohnungsmangel noch vergrößern werden. Die von der Verwaltung inzwischen erfolgte Fortschaffung der Kochkassachen und das dadurch bewirkte Freiwerden einiger weiterer Baracken würden als Vorbeugungsmaßregel sicherlich nicht genügen; man müsse daher dem Antrag entsprechend durch Belegung der unter demselben Dach befindlichen Krankenzimmer oder durch Herstellung geeigneter interimistischer Wohnräume oder durch Abapertur eines städtischen Gebäudes für die Aufnahme obdachloser Familien die zur Verfügung stehenden Räume schleunigst ausdehnen vermehren.

Vom Oberbürgermeister wurde die Wahrscheinlichkeit eines noch vermehrten Andrangs zum städtischen Obdach nicht in Abrede gestellt, dagegen die Inangriffnahme eines Erweiterungsbaus des Obdachs in der Fiedelsstraße aus mehrfachen Gründen als unzulässig bekämpft. Wenn die Krankeinstation verlegt sein würde, was hoffentlich in nicht allzu langer Zeit geschehen könne, dann hätte man geeignete Räume in genügender Zahl zur Verfügung. Für die Zwischenzeit wird man durch Aufstellung von geeigneten Baracken Vorvorkehrung treffen können. Nach längerer Debatte einigte sich der Ausschuß, der Stadtverordneten-Versammlung den folgenden Antrag zur Annahme zu empfehlen:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, einer etwa drohenden Ueberfüllung des Obdachs durch Vereinstellung von transportablen Baracken rechtzeitig vorzubeugen und sieht einer Vorlage über die etwa erforderlichen Geldmittel entgegen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Achtung, Parteigenossen! Am 13. Februar finden in Berlin und den Vororten wichtige Volksversammlungen statt. Die Leiter von Gewerkschaften und Krankenkassen werden gebeten, an diesem Tage keine Versammlungen einzuberufen.

Die Vertrauensleute.
Erster Berliner Reichstags-Wahlkreis. Heute, Dienstag, den 5. Februar, abends 8 Uhr, bei Cohn, Beuthstr. 20: Öffentliche Versammlung. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten v. Vollmar: „Socialpolitik in Deutschland und in Frankreich“. Zahlreichen Besuch erwarten.
Zweiter Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten). Eingetretener Umstände halber kann die Wahlvereins-Versammlung nicht heute, sondern erst am 26. Februar stattfinden. Der Vorstand.

Der Socialdemokratische Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis hält heute, Dienstag, im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23, seine Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Hoch.

Steglich. In der heute, abends 8 1/2 Uhr, bei Scheibele stattfindenden Versammlung des Socialdemokratischen Wahlvereins wird Redacteur Wegler über das Thema: „Aus dem Zimparlamenten“ sprechen.

Kommunales.

Die Umgestaltung der Straße Unter den Linden nach dem neuesten Entwurf des Stadtbaurats Krause ist jetzt vom Magistrat beschlossen worden. Der Entwurf ist gestern mit einer Magistratsvorlage der Stadtverordneten-Versammlung vorgegangen. Die Kosten der gesamten Anlage sind auf 755 000 M. veranschlagt worden. Für die Asphaltierung der beiden Fahrdämme, Herstellung und Verbreiterung der Bürgersteige, Befestigung der Promenade und des Reitwegs, Einfriedigung und Bänke werden 680 000 M., und für die Befestigung und Bepflanzung von Bäumen, Einrichtung von Rasenstücken werden 75 000 M. gefordert. Weitere Kosten entstehen durch die Ergänzung und Veränderung der Kanalisation in Höhe von 81 000 M. und durch die Wiederherstellung der Wasserleitung.

Ueber die Bewilligung dieser Mittel soll erst nach Annahme des neuen Entwurfs bei der Etats-Beratung beschlossen werden. Nach diesem Entwurf wird die Mittel-Promenade in ihrer jetzigen nugharen Breite von 11 1/2 Meter, d. i. die Entfernung zwischen den Randelabern, beibehalten. Der Weg für die Koffstuhweiche wird mit den Bäumen an diesem Wege und dem Reitwege kasirt. Die beiden äußeren Baumreihen fallen hiernach fort. Der Reitweg wird von 7,11 Meter auf 4 Meter eingeschränkt. Der südliche Bürgersteig soll um 3 Meter verbreitert und mit dem nördlichen Bürgersteig mit Bäumen bepflanzt werden. Die beiden Rasenstreifen zu Seiten der Mittelpromenade sollen mit einem niedrigen Tiergatter eingefaßt und auf 3/4 Meter eingeschränkt werden. Um den äußeren Eindruck der Straße zu heben, ist eine Verpflanzung der wesentlich verbreiterten Bürgersteige vorgesehen. Dabei mag nicht unerwähnt bleiben, daß durch die Entfernung der beiden äußeren Baumreihen sich die auf den Rasenstreifen verbleibenden inneren Baumreihen viel günstiger entwickeln werden.

Lokales.

Unter Staatsaufsicht.
Wie es scheint, wird ein systematisches Vorgehen geübt, um den Einfluß der städtischen Schuldeputation von Berlin als Schulaufsichts-

behörde herabzumindern. Vor einiger Zeit ist dieser Behörde die Befugnis entzogen, Strafverfügungen über Schuldverhältnis zu erlassen, jetzt wird berichtet, daß das Brandenburgische Provinzial-Schulkollegium beschloß, die Schuldeputation sei künftig beim Disziplinarstrafrecht gänzlich anzuschalten. Die Kreis-Schulinspektoren sollen die selbständige Befugnis erhalten, Warnungen und Verweise auszusprechen sowie Geldbußen bis zum Betrage von 9 M. zu verhängen. Falls sie die Verhängung einer höheren Geldbuße oder die Eröffnung des Verfahrens auf Dienstentlassung für erforderlich halten, sollen sie an das Provinzial-Schulkollegium zu weiterer Entscheidung unmittelbar berichten; der Bericht soll nur „bezüglich Information“ durch die Schuldeputation geleitet werden, eine Verhandlung derselben im Disziplinarverfahren jedoch ausgeschlossen sein.

Obwohl nun die Schuldeputation gewiß nicht das Lob verdient, daß sie gerade eifrig für gesunde Reformen unserer Schule gestrebt hat, ist es ihr dennoch keineswegs gelungen, das Wohlwollen aller Mütter und bildungsfeindlichen Elemente zu erwerben. Deshalb ist auch die „Kreuz-Zeitung“ sofort bereit, ihre Zustimmung zu dem Beschluß mit folgendem zu bekräftigen:

„Wir müssen nun sagen, daß die Berliner städtischen Organe in neuester Zeit ihr möglichstes gethan haben, um der Staatsbehörde die Gewährung eines Anteils an dieser Verwaltung zu erschweren. Wir erinnern nur an die Wahl des Stadtverordneten Singer in die Schuldeputation. Der Staat konnte nach unserer Auffassung unmöglich zugeben, daß einer Behörde, die verpflichtet war, für die Erziehung der Schulfugend auf christlicher Grundlage und in treuer Liebe zu König und Vaterland Sorge zu tragen, ein ausgesprochenes Mitglied einer religionsfeindlichen, auf den Umsturz unserer Staats- und Gesellschaftsordnung hinarbeitenden Partei angehört. Aber auch durch die damalige Nichtanerkennung des Beschäftigungsrechts der Staatsbehörde gegenüber jener Wahl haben die Berliner städtischen Körperschaften einer wirksamen Teilnahme der Schuldeputation an der Schulaufsicht entgegengehandelt. Denn diese Teilnahme kann nur darauf gegründet werden, daß die Schuldeputation keine rein städtische Verwaltungs-Deputation, sondern ein Glied in dem Organismus der vom Staate eingesetzten Schulbehörden ist. Ist sie ein solches, so ist das Bestätigungsrecht der Staatsbehörde selbstverständlich.“

Also trotz der schwächlichen Haltung der städtischen Behörde bei der Bestätigungsfrage für die Mitglieder der Schuldeputation nachträglich der Mäkel. Ob nicht die Herren bald selbst einsehen werden, daß ihr Duden auf der andern Seite nur den Uebermut steigert und nach und nach ein Stück nach dem andern von Selbstverwaltung verschwindet, weil es sich die freistündige Verwaltung ohne Widerstreben aus der Hand nehmen läßt?

Wie lächerlich nimmt sich nicht gerade jetzt die Betonung der christlichen Grundlage in der „Kreuz-Zeitung“ aus. Sollen etwa die christlichen Grundzüge des Herrn Sanden, des Herrn Hammerstein oder die untrübe Minderheiten in China bei den Mitgliedern der Schuldeputation die leitenden sein?

Die einkommensteuerpflichtige Bevölkerung Berlins im Jahre 1899/1900. Die Personenstands-Aufnahme für das Steuerjahr 1899/1900 (bezug für das Vorjahr 1898/99) ergab eine Civilbevölkerung von 1 735 100 (1 603 289) Personen. Davon zählten 795 349 (780 797) Personen als nicht persönlich zu besteuernde Angehörige von vornherein aus. Es blieben somit 939 811 (912 472) Haushaltungsvorstände oder Einzelpersonen übrig, deren Einkommen zwecks eventueller Besteuerung geschätzt werden mußte. Bei der Schätzung ergab sich, daß von diesen 939 811 (912 472) Personen 560 496 (544 922) nur ein Einkommen bis zu 900 M. hatten. Sie konnten mithin nicht zur Staats-Einkommensteuer herangezogen werden. Mehr als 900 M. hatten nur 379 315 (367 550) Personen, aber auch unter diesen mußte noch eine gewisse Anzahl aus besonderen Gründen von der Staats-Einkommensteuer frei gelassen werden. Die wirkliche Zahl der der Staats-Einkommensteuer unterliegenden Haushaltungsvorstände bezw. Einzelpersonen stellte sich schließlich auf 553 238 (542 114). Zur Gemeinde-Einkommensteuer wurden außer diesen noch 199 420 (193 570) Personen herangezogen, die ein Einkommen von 600-900 M. hatten. Im ganzen waren also 552 658 (535 634) Personen überhaupt einkommensteuerpflichtig (abgesehen von den nicht pöblichen Personen, den Gesellschaften, Genossenschaften usw.). Nur 47 476 (45 017) Personen, in beiden Jahren etwa 9/10 Proz. aller Einkommensteuerpflichtigen, hatten über 3000 M. Jahreseinkommen. Von diesen hatten 603 Personen über 100 000 M., von diesen aber 14 Personen über 1 Million. Der Höchstbesteuerte hatte ein Jahreseinkommen von 2 490 000 M. angegeben. — So spiegelt sich in den Steuerlisten der Klassegegenüber wieder: ein Häuflein von Besizenden, ein Heer von Besitzlosen!

Stadtschulrat Gerstenbergs Programm. Herr Gerstenberg hat in einem an den Stadtverordneten-Vorsteher gerichteten Schreiben, das jetzt mit dem Protokoll der letzten Stadtverordneten-Sitzung veröffentlicht wird, sich bereit erklärt, das ihm übertragene Amt anzunehmen, und hat darin gleichzeitig der Stadtverordneten-Versammlung seinen Dank für das in ihn gesetzte Vertrauen ausgesprochen. „Durch langjährige Erfahrung in der Versammlung selbst“, heißt es in dem Schreiben, „habe ich gelernt, wie sehr dieser Versammlung das Wohl und das Gedeihen der städtischen Schulen am Herzen liegt. Diese Erfahrung giebt mir den Mut zu hoffen, daß dieselbe auch meine Bestrebungen, die Schule zu fördern, wohlwollend aufnehmen wird.“ Herr Gerstenberg glaubt also die Erfahrung gemacht zu haben, daß der Berliner Stadtverordneten-Versammlung — er meint: demjenigen Teil der Versammlung, dem er selber bisher angehört und dem er jetzt seine Wahl zum Stadtschulrat zu verdanken hat — „das Wohl und Gedeihen der städtischen Schulen am Herzen liegt“. Sowohl die Volksschule in Betracht kommt, haben wir bis jetzt noch nicht viel davon gemerkt. Wenn Herr Gerstenberg von diesem Teil der Versammlung hofft, daß auch seine Bestrebungen, die Schule zu fördern, eine wohlwollende Aufnahme finden werden, so giebt er von vornherein an, daß er sich in großen und ganzen in dem alten Geleise bewegen will, das wir aus der Vertrauenszeit zur Genüge kennen. Herr Gerstenbergs Programm dürfte kein andres sein als das Vertrauenszeitalter: „Ammer langsam voran!“ Etwas andres war allerdings, wie wir wiederholt hervorgehoben haben, nicht zu erwarten. Die Stadtverordneten-Versammlung hätte Herrn Gerstenberg nicht gewählt, wenn sie ihn nicht längst von dieser Seite gelannt hätte.

Au das Attentat auf das Niederwald-Denkmal erinnert eine Persönlichkeit, welche in den nächsten Tagen der Strafanstalt Moabit zugelassen werden wird. Es ist dies der Schuhmacher Rupp, der im Jahre 1884 bei den Vorbereitungen zu dem Attentat auf das Niederwald-Denkmal mit Reindorf und Schäfer beteiligt war. Alle drei wurden zum Tode verurteilt, die beiden letzteren hingerichtet, während Rupp zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt wurde. Jetzt, nachdem M. bereits 16 Jahre im Zuchthaus zu Sonnenburg zugebracht hat, wird er wegen Umbaus desselben der Moabiter Strafanstalt zugelassen werden.

29 000 Jahren Schnee = 65 000 Kubikmeter dieser Masse wurden in der verflohenen Woche durch die Mietzwagen der städtischen Straßenreinigung abgefahren. Die Schneelasten, die nach den Abfahrstellen Stralauer Allee, Grefenwalderstraße, Müllerstraße, Alt-Moabit usw. gebracht wurden, erforderten einen Kostenaufwand von rund 71 000 M. An Hilfskräften zum Zweck der Freimachung der Straßen waren etwa 1000 Mann beschäftigt, an welche in der selben Woche 15 000 M. Löhne gezahlt wurden. Da die Abfuhr noch nicht beendet ist, vielmehr in vielen Straßenzügen der Außenstadteile noch erhebliche Schneemassen lagern, so dürfte sich die Gesamtausgabe für die letzten Schneefälle auf nahezu 100 000 M. beziffern. — Hierzu kommen noch die Kosten, die der Straßenbahn-Verwaltung durch die Unwetter in der vorigen Woche entstanden sind. Nach dem Betrage mit der Stadt Berlin ist die Gesellschaft verpflichtet, in den mit Geleisen belegten Straßenzügen den Fahrdamm vom Schnee frei zu machen. Zur Durchführung dieser Arbeit waren für die Dauer von 4 Tagen je 1500 Arbeiter erforderlich. Zur Reinigung der Geleise von Eis und Schnee wurden in den folgenden Tagen noch durchschnittlich je 200 Hilfskräfte gebraucht. Die Gesamtausgaben für Löhne und Taumittel (Eis) betrugen ca. 18 000 M. Die Ausgaben wurden ganz erheblich dadurch reduziert, daß bei dem ziemlich anhaltenden Unwetter in der vorigen Woche große Schneemassen schmolzen. Bei andrer Witterung würden die Mehrkosten für die erste Schneeweche in diesem Winter sich mehr als verdoppelt haben.

Die Besitzer und Pächter der künstlichen Eisbahnen hatten gestern nach längerer Pause wieder ihren ersten guten Tag zu verzeichnen. Als am Sonnabend bei Eintritt der Dunkelheit das Thermometer unter den Gefrierpunkt sank, wurde schleunigst „gegriffen“. Die Arbeit wurde auch belohnt, denn am Sonntagvormittag zeigte sich in den Biergärten, auf den Radfahr- und Reitbahnen und den sonstigen Terrains, die im Winter in eine Eisbahn umgewandelt werden, eine glatte, feste Eisdecke, auf der sich alsbald eine große Menge von Schlittschuhläufern, alten und jungen, eintrafen. Obgleich um die Mittagszeit etwas Thauwetter eintrat, blieb die Eisdecke den ganzen Tag über vollständig fest, so daß die Pächter eine ganz gute Einnahme erzielten. Reges Leben herrschte auch auf den natürlichen Eisbahnen, besonders im Tiergarten und auf dem Müggelsee, wo die Eisdecke seit Anfang Januar bis jetzt ununterbrochen so stark gezeiten ist, daß sie von Schlittschuhläufern ohne Gefahr betreten werden konnte.

Ein stärkeres Auftreten der Influenza ist seit Mitte Januar wahrzunehmen. In der Zeit vom 18. bis 19. Januar starben zu Berlin 14 Personen an Grippe und auch die folgende Woche hat eine gleiche Zahl von Opfern gefordert. Inzwischen bewegt sich die Influenza gegenüber dem Vorjahr noch in engen Grenzen.

Die aus dem Sternberg-Prozess bekannte Margarete Miller-Hischer, welche so schleunigst Deutschland wieder verlassen und sich mit ihrem Gatten nach Amerika zurückbegeben hat, soll trotzdem von Sternberg eine ziemlich erhebliche Summe als Schweigegeld erhalten haben. Man führt diese vorher nicht betätigte Freigebigkeit Sternbergs darauf zurück, daß die ehemalige Kupplerin Sternbergs noch so manches Düstere wußte, dessen Geheimhaltung nur im Interesse Sternbergs liegen würde.

Kommerzienrat Wolff wird demnächst das Altkönig-Verfahren verlassen, nachdem er dort die zehn Jahre Gefängnis verbüßt hat, die ihm im Jahre 1890 wegen betrügerischen Bankrotts die 9. Strafkammer zubilligte. Wolff, der ehemalige Inhaber der großen Bankfirma Hirschfeld u. Wolff, verläßt die Anstalt als ein gedrogener Mann. Jadelang schon ist er in der Lazarett-Abteilung interniert, bedingt durch eine hartnäckige Quaderkrankheit. Trotzdem der Geheim-Sanitätär Dr. Waer als erster Gefängnisarzt mehrfach die vorzeitige Entlassung des W. befristet hatte, waren alle Entlassungs- und Begnadigungsversuche an dem ablehnenden Verhalten der Staats-anwaltschaft gescheitert. Wie berichtet wird, genoh Wolff noch während seiner Strafzeit viele Vergünstigungen. Wir wünschten sehr, wir könnten das letztere auch von den Proffändern sagen.

Eine Regenpöllerin will die Straßenbahngesellschaft nun endlich ihren Wagenführern verschaffen. Es hat einer sehr langen Ueberlegung bedurft, ehe die Direktion zu dieser großen Reform griff.

Der Schluß einer Liebestragödie spielte sich am Sonntagvormittag gegen 6 Uhr am dem Platz des Hauses Danzigerstraße 95 durch einen Mordversuch und einen Selbstmord ab. Seit dem vorigen Jahr unterhielt die 19 Jahre alte Tochter Hedwig des Hausbesizers Werner ein Liebesverhältnis mit dem 25 Jahre alten Kaufmann Max Eisenhardt, Kottbuserdamm 52. Die Eltern des jungen Mädchens bildeten die Liebeli anfangs, später aber erfuhr die Mutter, daß E. leichtsinnig sei und Schulden habe. Sie untersagte daher den Verkehr und derties auch dem E. ihre Wohnung. Der junge Mann wollte aber von dem Mädchen nicht lassen und hatte es dreifach auf Sonntag nach der Konditorei von S. gegenüber der Wernerischen Wohnung bestellt. Dort trafen sich beide und führten nach der Wohnung des E. Hier kam es zu Auseinandersetzungen und E. wollte seine Braut erschrecken. Sie entwich ihm schnell, zog ihr Jodet in einem Redenshans an und fuhr in einer elektrischen Eisenbahn heimwärts. E. bestieg mit dem Revolver eine Droikate und legte sich, als er in der Wohnung der Werner erfuhr hatte, daß Hedwig nicht zu Hause war, auf die Lauer an der Ecke der Danzigerstraße und Schönhauser Allee. Beim Aussteigen aus der Bahn empfing er sie mit der Frage, ob sie zu ihm halten wolle oder nicht. Anstatt zu antworten, wandte sich Hedwig W. an den Schuttmann Schneider vom 28. Revier, den sie um Schutz gegen einen Judringlichen bat, der sie schon mit dem Tode bedroht habe. Während dieser Zeit war E. verschwunden. Als der Beamte das junge Mädchen auf den Hausflur gebracht hatte, feuerte E. hinter einem Mauervorsprung einen Schuß auf seine Braut ab, der aber fehlging. Als der Schuttmann nun blank zog, erhielt er von E. zwei Schüsse, die die Lunge und die linke Körperseite trafen. Während Hedwig W. in ein Lokal entfloß, schoß sich E. in die rechte Kopfseite und brach leblos zusammen. Nachdem diesen zusammen und benachrichtigten das Polizeirevier, das den verwundeten Beamten nach einem Krankenwagen bringen ließ. E. kam nach der Anfallstation. Vor der That hatte E. einen Brief an den Vater der Braut geschickt, in dem er sich rechtfertigt und mittelt, er sei der Sohn eines Staatsbeamten, habe vergeblich versucht, sich selbständig zu machen und sei dann in die Welt gegangen. Das sei der dunkle Punkt in seinem Leben. Einen zweiten Brief an Frau W. hatte er bei sich. Er lautet: „Hier ist der Lohn für Ihren Hohn; kommen Sie nach meiner Wohnung, dann finden Sie mich und Hedwig für ewig vereint. Meine Liebe war zu groß und zu aufrichtig, um sie ohne Kampf aufzugeben. Wer der Sieger in diesem Kampf ist, sehen Sie jetzt. Sie allein haben es so gewollt, wie es gekommen ist, Sie würdig Denkende.“ Eine Nachschrift an den Vater des Werner heißt dann: „Verzeihen Sie, Herr Werner, meine That, aber Ihre Gattin hat es nicht anders gewollt. Sie hat den Sieg erzwungen und für uns das Todesurteil gesprochen. Ein Fluch dieser Venden, die das Glück in Scherben brach.“ Aus diesem Schreiben geht deutlich hervor, daß Eisenhardt den Plan gefaßt, seine Braut zu ermorden und dann sich zu erschließen. Dadurch, daß er das Mädchen in seine Wohnung lockte, scheint er die Abfuhr gehabt zu haben, die That als im beiderseitigen Einvernehmen begangen hinzustellen.

Ein Volk, welche in zwei Instanzen siegreich gegen die Beschuldigung der ihr vom Oberfaktor Ostentatoff geschenkten 80 000 M. durch den Fiskus angeklagt hatte, ist beim Reichsgericht, an welches der Fiskus appelliert hatte, in die Defensive gedrängt worden. Der Civilsenat des Reichsgerichts erkannte, daß das auf Freigabe der beschlagnahmten Wertpapiere lautende Erkenntnis des Land- bezw. Kammergerichts aufzugeben und die Angelegenheit in die Vorinstanz, das Kammergericht, jedoch an einen andren Senat, zurückzuverweisen sei.

Hohe Patrone haben sich ein Vergnügen daraus gemacht, mehrere der in der besten Entwicklung befindlichen Linden am Prenzlauer Thor umzulagen, so daß die Bäume an der Wurzel brachen. Trotz des am Prenzlauer Thor fast die ganze Nacht hindurch herrschenden ziemlich starken Westwindes ist es leider nicht gelungen, einen der Schandbuben zu fassen.

Bei einer Schlägerei erstochen wurde am Sonntagabend um 8 Uhr der 16 Jahre alte Arbeiter Alfred Kellner aus der Hochstädterstraße 6. In der Schulstraße 29 liegt ein Tanzlokal, in dem vielfach junge Burken verkehren. In diesen gehört auch der am 2. September 1880 geborene Tischler Karl Rolke aus der Koloniestraße 11, ein Sohn anständiger Eltern, der aber arbeitslos ist und beim Nichtstun in schlechte Gesellschaft geraten ist. Rolke mit einer Anzahl anderer junger Leute war auch vorgestern erschienen. Vor dem Hause, in dem das Tanzlokal liegt, stand der Sohn der hier wohnenden Witwe Finster. Rolke begann mit ihm einen Streit, der bald zu Tätlichkeiten führte und sich durch das Einmischen verschiedener rauschender Elemente zu einer Schlägerei gestaltete. Während diese ausgefochten wurde, ging Kellner gerade auf das Haus los, um den Tanzboden ebenfalls zu besuchen. Hierbei erhielt er von Rolke, der sein Messer bereits gezogen hatte, einen Stich in den linken Oberarm, so daß er nach einigen Schritten zusammenbrach. Eine große Wundlade bezeichnet noch jetzt die Stelle. Da sich K. nicht wieder erheben konnte, wurde er nach der Unfallstation in der Lindowstraße gebracht. Ärztliche Hilfe konnte aber sein Leben nicht mehr retten. Der infolge einer durchschmittenen Schlagader eingetretene furchtbare Blutverlust führte bald den Tod herbei. Rolke und seine Helfer versuchten zu entfliehen, um sich den Folgen des schweren Vergehens zu entziehen, wurden aber von Schutzmannern ergriffen und eingesperrt. Der erstochene Kellner war die Stütze seiner alten Mutter.

Selbstmorde. In der Gegend am Floraplatz im Tiergarten fand am Sonntagmorgen ein Schuttmann die Leiche eines etwa 40 Jahre alten Selbstmörders. Die Persönlichkeit konnte nicht festgestellt werden.

Am Sonntagabend sprang der 52 Jahre alte Schlächter Fritz Nidel aus der Rindstr. 38 in der Nähe des Humboldthafens ins Wasser. Aufcheinend ist die That in geistiger Umnachtung geschehen. Die Feuerwehr, die schnell herbeigerufen wurde, zog den Unglücklichen aus dem nassen Element und brachte ihn in das Krankenhaus.

Im Tiergarten erschof sich am Sonntagabend der 20 Jahre alte Kaufmann Richard Neumann aus der Waldemarstr. 68.

Mit Sublimat versuchte sich die Krankenschwester L. zu vergiften. Ihr Verrücktheit war ihr ungetreu geworden, und sie bemühte eine dienstfreie Nacht, um auf ihrem Zimmer das Gift zu nehmen. Am nächsten Morgen wurde sie dort in bedenklichem Zustande gefunden. Obgleich sofort alle Gegenmittel angewandt wurden, schwebt sie noch in Lebensgefahr.

Nach ehelichen Zwistigkeiten hat sich am Sonntagabend um 10 Uhr der 44 jährige Klempner Franz Fuhrig in der Wohnung Admiralstr. 14 erhängt.

Das Passage-Theater bietet für den Monat Februar ein ganz ausgezeichnetes Programm, wie man es an der kleinen Bühne kaum erwartet. Die Aufführungen im einzelnen können ohne Ausnahme als hervorragende Leistungen getrost mit denen erster Spezialitäten-Bühnen in Konkurrenz treten. Geradezu überraschend sind die waghalsigen Kugelläufe auf abschüssiger Bahn, die von Gasson und Janny ausgeführt werden und die eleganten Akrobatentumstücke der Franklin-Gruppe werden mit einer Sicherheit ausgeführt, wie man sie selten beobachtet. Unter den Sängern sind besonders G. A. L. u. z. u., die mit so heller jubelnder Stimme ihre Lieder ertönen ließ, freudige Aufnahme, während Ella Stella mit trefflicher Komik sich die Gunst der Zuhörer sicherte. Daneben wirkte eine große Zahl tüchtiger Kräfte mit, die alle anzuhören wir uns leider verweigern müssen.

Die kleine Feldweibel-Tragödie „Der Rosenkranz“, eine recht allgütige Parodie auf Hartlebens „Rosenmontag“, wurde mit trefflichem Humor gespielt. Es war eine recht gelungene Satire des Kaiserlebens, die kräftig belacht wurde.

Bereit Berliner Presse. Donnerstag, den 7. Februar: Dramatisch: A. B. u. D. (Hamburg); Dr. Rudolf Preßler (Berlin); Erich Schläpfer (Wroslawitz).

Der Orgelvortrag des Musikdirektors Otto Dienel in der Marienkirche am Mittwoch, den 6. Februar, mittags 12 Uhr, bringt nur Kompositionen von Seb. Bach. Unter Herrn Dienel beteiligen sich an der Ausführung des reichen Programms P. dar-Tocatta, Passacaglia, Duett und Arioso und Kantaten u. a. m. Herr Marie Lindner, Fräulein Schiefer, Herr Rich. Klüppel, Herr Konzertmeister E. Hartmann, Herr R. Schwickelmann und Herr W. Ripp. Der Eintritt ist frei.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania, Lindenstraße, soll der neue dekorative Ausstattungsvortrag „Aus dem Tagebuch der Erde“, der in zahlreichen prächtigen, farbenreichen Dramen und Wandbildern die einzelnen Abschnitte des Bergbaus unserer Erde veranschaulicht, nicht nur die Donnerstag, sondern die ganze Woche hindurch abendlich zur Aufführung gelangen.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg. Die Auffschließung des südlichen Gebiets von Westend beantragt der Magistrat bei der Stadtverordneten-Versammlung. Die Deutsche Bank will ein etwa 500 Morgen großes Gelände erwerben und der Bebauung erschließen. Ein Teil des Terrains, das Privatbesitz gehört, liegt zu beiden Seiten der verlängerten Bismarckstraße, der andere zwischen Hornallee und Spandauer Chaussee, parallel zur Berlin-Spandauer Anhalterbahn. Die Bismarckstraße bezw. ihre Verlängerung soll in einer Breite von 46 Metern nach Westen weitergeführt werden, und zwar einmal in den Grunewald hinein nach der Bickelsberger Chaussee und zweitens nach der Spandauer Chaussee in die Nähe der Spandauer Bergbauerei. Die Kanalisierung dieser Teile ist in einzelnen Entwürfen bereits vorbereitet. In der Nähe von Kirschenbrunn wird eine Pumpstation errichtet. Für das Gebiet zwischen Hornallee und Spandauer Chaussee ist die landhausmäßige Bebauung vorbehalten, für das Terrain zu beiden Seiten der verlängerten Bismarckstraße ist die großstädtische Bebauung zugelassen. Der Magistrat hat es für geboten erachtet, die bestehende Baupolizei-Verordnung für die Berliner Vororte in der Weise abzuändern, daß an den Straßen und Plätzen, welche zwischen den Straßenabschnitten wenigstens 38 Meter breit sind, eine Bebauung zugelassen wird, wie sie in der Baupolizei-Verordnung für Grundstücke der ersten Klasse zulässig ist und nach welcher Gebäude mit vier über einander liegenden bewohnbaren Geschossen errichtet werden dürfen.

Der von der Allgemeinen Orts-Krankenkasse für die vereinigten Gewerbebetriebe Charlottenburgs veranstaltete Kursus hygienischer Vortragsabende findet am Dienstag, den 5. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in der Aula der Ober-Realschule Schloßstraße 27, und Freitag, den 8. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in der Aula der Gemeindefschule Goethestr. 22 statt. Am Dienstag spricht Herr Dr. Roslowitz über „Aufsiedende Krankheiten“ und am Freitag Herr Dr. Bloch über „Die Tuberkulose und deren Bekämpfung“.

Schon wegen der gerade für die arbeitende Bevölkerung hochwichtigen Vortragshefte empfehlen wir unsern geschätzten Lesern den zahlreichen Besuch dieser Abende, der für jedermann kostenlos zugänglich ist.

Die Leiche eines Soldaten vom 84. Infanterie-Regiment schwamm am Sonntagabend in der Ruchte bei Nowawes-Neuendorf an, gleichzeitig auch die Leiche einer von dort seit einigen Tagen verschwundenen Arbeiterin. Der Soldat war seit einigen Tagen aus dem Potsdamer Kadettenhaus, wo er als Offizierskandidat abkommandiert war, verschwunden. Er ist, wie man annimmt, als er von seiner Frau aus Neuendorf abends über das Eis der Ruchte zurückkehrte, an einer unsicheren Stelle eingebrochen und ertrunken.

Durch den teilweisen Einsturz der Brücke, die den Verkehr nach der Havelinsel Fichelswerder vermittelt, ist diese auf eine Zeitlang fast gänzlich von der Außenwelt abgeschnitten. Die aus Holz gebaute Brücke führt belamitigt von der Schildhornchaussee über den

Stöhensee. Infolge der Eisbewegung beim Thauwetter haben einzelne Pfeile Beschädigungen erlitten, und am Sonntagabend, als kurz vorher mehrere Wagen hindübergefahren waren, brach die Brücke etwa in der Mitte zusammen; ein Fuhrwerk hatte die gefährliche Stelle gerade passiert, als der Einsturz erfolgte. Reisende sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen; da sich bei den jetzigen Eis- und Wasserverhältnissen eine Wiederherstellung des beschädigten Brückenteils nicht ausführen läßt, so ist der Wagenverkehr nach der Insel vorläufig aufgehoben. Der Personenverkehr wird über die Brücke durch einen provisorisch hergestellten Fußsteig, sonst aber auf dem stufenweise noch starken Eise des Stöhensees und auf der anderen, nach Fichelsdorf und Spandau zu belegenden Seite der Insel durch Fährboote über die Havel vermittelt, die an dieser Stelle wegen der starken Strömung kurz vor dem Gemüde nur selten zufrucht. Die Insel ist übrigens nur von vier Gastwirtsfamilien nebst ihrem Personal und einem Villenbesitzer, der Bankier in Berlin ist, bewohnt.

Aus Hilders. Auf offener Straße und am helllichten Tage hat der 20 Jahre alte Arbeiter Otto Hohensee aus der Rosenstr. 10 ein neunjähriges Mädchen überfallen und verewaltigt. Die That geschah an dem wenig frequentierten und noch ungebauten Kronoldplatz. Der Thäter entkam, wurde aber nachträglich ermittelt und zur Haft gebracht.

In der Nähe von Rudow wurde ein unbekannter Mann im Alter von ca. 35 Jahren am Wege erfroren aufgefunden. Die Persönlichkeit des Unglücklichen konnte noch nicht festgestellt werden.

Der Arbeiter Wilhelm Waldow aus Brigg stahl in der Prinz Handjerystraße hier selbst dem Handelsmann Kober Pferd und Wagen. Den letzteren ließ er in der Reichenbergerstraße stehen, während er das Pferd an den Hofschlächter Krauts verkaufte. Als es dort von der Kriminalpolizei beschlagnahmt werden sollte, war es bereits zu „Knoblaendern“ u. verarbeitete. Waldow wurde als Dieb ermittelt und in Haft genommen.

Gerichts-Beitrag.

Theaterkonzession. Herr Bruchhof vom Velle-Alliance-Theater hatte im Jahre 1897 die Konzession zum selbständigen Betriebe des Schauspielunternehmens nachgekauft. Der Berliner Polizeipräsident wies den Antrag zurück, weil B. nicht den Besitz der nötigen Mittel nachgewiesen habe. Auf seine Klage entschied der Bezirksauswahrscheinlich zu B.'s Ungunsten. Nachdem das Ober-Verwaltungsgericht wegen Mängel des Verfahrens dieses Urteil aufgehoben und die Sache in die Vorinstanz zurückverwiesen hatte, hob der Bezirksauswahrscheinlich den ablehnenden Bescheid des Polizeipräsidenten auf. Das Gericht war jetzt infolge einer neuen Beweiserhebung zu der Ueberzeugung gekommen, daß B. nicht finanzielle Unzuverlässigkeit sei und auch die erforderlichen Mittel besitzen habe. Nunmehr legte der Polizeipräsident die Revision ein. Das Ober-Verwaltungsgericht bestätigte aber die letzte Entscheidung des Bezirksauswahrscheinlich mit der Maßgabe, daß B. die Konzession für den Betrieb des Velle-Alliance-Theaters zu erteilen sei. In der Urteilsbegründung nahm der Senatvorsitzende auch Bezug auf eine Ausführung des Polizeipräsidenten, wonach er bei einem für den Kläger günstigen Ausgang dieses Streits noch nicht verpflichtet sei, die Konzession zu erteilen, da es sich ja nur um die Aufhebung einer Veräußerungsverfügung handelte. Es lägen gegen B. noch andere als finanzielle Bedenken vor. Das Ober-Verwaltungsgericht erklärte diese Rechtsauffassung für verfehlt. Es handelte sich hier nicht um ein Streitverfahren zum Zweck der Aufhebung einer Verfügung, sondern um ein Verfahren, das auf die Erteilung einer Konzession abzielt. Deshalb sei, da die Revision nicht für begründet erachtet werden könne, im Gegensatz zur Tenorierung des Urteils des Bezirksauswahrscheinlich die Erteilung der Konzession auszusprechen. Wenn der Polizeipräsident glaube, noch andere als finanzielle Bedenken geltend machen zu können, dann hätte er das in der Vorinstanz oder schon in seinem Bescheide thun müssen.

Der Prozeß gegen den Kurpfuscher Kuhne in Leipzig hat nach mehrjähriger Verhandlung mit einer Freisprechung geendet. Wie schon mitgeteilt, hatte der Angeklagte für alle Leiden seine sogenannten Reibstempel verordnet. Die medizinischen Sachverständigen gaben über die Wirkung dieser Heilmethode ohne Ausnahme ein absprechendes Urteil ab. Zudem wurde betont, daß Kuhne ein Mann ist, dem jede Kenntnis des Heilberufs fehlt; er erklärt mit Stolz, nie ein Lehrbuch der medizinischen Wissenschaft in die Hand gefaßt zu haben. Bei andern Kurpfuschern finde man wenigstens ein Bemühen, in die Wissenschaft einzudringen, das fehlt bei K. gänzlich. Kuhne habe die Dummheit eines Zonitfers. Trotzdem mußte der Angeklagte freigesprochen werden, weil ihm der Nachweis eines Betrugs nicht geführt werden konnte. Der Angeklagte konnte nur bestraft werden, insofern er seine Anpreisungen im Bewußtsein ihrer Verlogenheit ertiehe und dadurch das Vermögen anderer beschädigte. Man ist nun zu der Meinung gekommen, daß dadurch, daß die Behandlungsweise in allen dem Bericht vorgelegten Fällen eine fast gleichartige gewesen ist und auch die dreifachen Verordnungen ganz schematische waren, ein Betrug begangen sei. Es ist ohne weiteres zugegeben, daß diese Handlungsweise eine höchst oberflächliche war und daß deshalb der Verdacht des Betrugs nicht unberechtigt ist. Auf der anderen Seite muß in Betracht gezogen werden, daß die Lehre des Angeklagten eine Theorie ist, von der er geglaubt haben will, daß er danach zu behandeln vermöge. Es kam hinzu, daß er in seinen Verordnungen geradezu gewissenlos war, denn er hat dieselben Vorschriften gegeben, ob es sich um Jung oder Alt, um Stimmritzenkampf oder Lungenschwindsucht handelte. Das Gericht hat aber doch gemeint, daß es nicht ausgeschlossen ist, daß der Angeklagte an die Wirksamkeit seiner Heilmethode geglaubt hat; des ferneren hat es angenommen, daß seine Rathschläge auch manchem Kranken Linderung gebracht haben mögen und daß demnach seine Behandlungsweise eine zweckentsprechende war. Das Gericht ist demnach zu der Ansicht gekommen, daß der Angeklagte in keinem Falle das Bewußtsein hatte, falsche Rathschläge zu erteilen. Allerdings ist ein Verdacht produziert worden, daß der Angeklagte bei seinen verschiedenen Reklamen verwandt hat und das nach der Unterschrift einen Knaben vor und nach 1/2-jähriger Behandlung zeigen soll, während beide Bilder thatsächlich an ein und demselben Tage aufgenommen worden sind. Man würde kein Bedenken gehabt haben, auf den Angeklagten in diesem Falle die Bestimmungen des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb anzuwenden. Es fehlte aber an dem dazu notwendigen Antrage der Staatsanwaltschaft. Man hat deshalb den Angeklagten von der Anklage des Betrugs freigesprochen und die Kosten des Verfahrens auf die Staatskasse übernommen.

Ein trotz seiner Jugend bereits höchst gemeingefährlicher Taschendieb wurde gestern der III. Strafkammer des Landgerichts I in der Person des 20-jährigen Nordmachers Josef Kurzmann vorgeführt. Der Angeklagte ist im verflochtenen Frühjahr aus Warschau nach Berlin gekommen. Es wird angenommen, daß er zu den internationalen Taschendieben angehört, die ein ehrliches Gewerbe überhaupt nicht betreiben. Er wurde hier bereits zweimal wegen Taschendiebstahls bestraft. Jetzt liegen vier neue Fälle gegen ihn vor. Die Kriminalbeamten Hilprecht und Wand beobachteten den Angeklagten, wie er sich in der Leipzigerstraße an Damen herandrängte, die vor den Schaufenstern standen. Als man ihn festnahm, fand man in seinen Taschen drei Portemonnaies und eine goldene Damenuhr nebst Kette. Der Zufall wollte, daß die Eigentümerin der Uhr gerade in dem Polizeibureau war, um ihren Verlust anzumelden, als der Angeklagte eingeliefert wurde. Die Dame erhielt ihre Uhr sofort zurück. Im Termin räumte der Angeklagte ein, auch die drei Portemonnaies gestohlen zu haben. Widernde Umstände wurden ihm trotzdem verjagt, das Urteil lautete nach dem Antrag des Staatsanwalts auf zwei Jahr Zuchthaus, Erwerbs- und Polizeiaussatz.

Das Messer spielte wieder eine Rolle in einer Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung, die gestern vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I gegen den Arbeiter Karl Kopja verhandelt wurde. In der Nacht zum 24. September vorigen Jahres kam der Arbeiter Kopja mit seiner Frau von einem Tanzabend nach dem Prenzlauer Thor in Arm durch die Landbergerstraße ging, drängte sich der hinter ihnen gehende Angeklagte in rüpelhafter Weise zwischen beide Personen durch, so daß sie beinahe zu Falle gekommen wären. Als der Ruffler dies Bemerkte, trieg, brachte der Angeklagte ihm mittelst des bereit gehaltenen Messers einen tiefen Stich in den Arm bei. Der Verletzte ist noch nicht völlig wieder hergestellt. Der Vorsitzende fragte den Angeklagten, ob er nicht aus den Zeitungen erfahren habe, daß das Gericht Messerstecher besonders hart bestraft. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 9 Monaten, der Gerichtshof erkannte auf ein Jahr Gefängnis und ordnete die sofortige Verhaftung des Angeklagten an.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 18. Heft des 19. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Eine zwölfstündige Debatte. — Die sozialistische Krise in Frankreich: Die Taktik Jaurès' und der Radikallösung. Von Rosa Luxemburg. — Die gegenwärtige Finanzlage Rußlands. Von Parvus. — Die Elektricität in der Landwirtschaft. Von R. Kantsch. — Freiwirtschaft: Dem neuen Jahrtausend entgegen. Eine naturwissenschaftliche Umriss von Dr. Friedrich Krauer.

Preisungstechnik gegen Kohlennot von Dr. Hermann Meißner. Leipzig 1901 (Buchdruckerei und Verlagsanstalt der „Leipziger Volkszeitung“). **Kampfmeyer.** Paul. Wobin zuerst die ökonomische und soziale Entwicklung? Berlin 1901 (Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“). — Preis 1 M.

Centralverein der Bildhauer Deutschlands. (Verwaltungsstelle Berlin.) Heute abend 8 1/2 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses: Vortrag des Malers Herrn Prof. Max Seliger zum Kunstgewerbe-Museum über: Klarheit ist eine große Tugend in der bildenden Kunst.

Berliner Hinterschaft. Dienstag, den 5. Februar: „Staatswissenschaftliche Abteilung“ im Restaurant Gasse, Friedrichstr. 133, Herr cand. cam. Gasse über: Die Geschichte der Gesellschaften.

Vermischtes.

Heber die Lepra-Erkrankung in Merseburg wird der „Holl. Zig.“ gemeldet: Es ist kein Zweifel mehr möglich, daß es Lepra-Erkrankung ist, von der die Frau St. und ihr 13-jähriger Sohn befallen sind; die Krätze in Halle haben es nunmehr endgültig konstatiert. Beide Kranke werden über kurz oder lang in das unweit Remel gelegene Lepra-Heim gebracht werden. Die Desinfektion der hiesigen Wohnung ist heute mittag durch mehrere Beauftragte, darunter ein Beamter aus Halle, vorgenommen worden. Der Arbeitsraum, wo St. beschäftigt war, wird ebenfalls desinfiziert, obgleich dies nicht erforderlich gewesen wäre, weil St. auf Grund wiederholter ärztlicher Untersuchungen als völlig gesund befunden worden ist und jede Gefahr im persönlichen Verkehr mit ihm absolut ausgeschlossen ist. Infolgedessen wird St. seinen Dienst in den nächsten Tagen wieder übernehmen.

Marktpreise von Berlin am 2. Februar 1901
nach Ermittlungen des zgl. Polizeipräsidenten.

*) Weizen, gut D.-Gr.	15,25	15,24	*) Roggen, gut	14,15	14,14	*) Butter, gut	15,40	14,70	*) Milchstroh	7,--	6,82	*) Weizen, neue D.-Gr.	6,--	5,--
mittel	15,23	15,22	mittel	14,13	14,12	mittel	14,90	13,90	gering	7,80	5,20	Rindfleisch, 1 kg	1,60	1,30
gering	15,21	15,20	gering	14,11	14,10	gering	13,80	13,10	Weizen, 1 kg	40,--	25,--	do. Band	1,30	1,--
*) Hafer, gut	14,15	14,14	*) Gerste, gut	14,13	14,12	*) Hafer, gut	15,90	15,30	Roggen, 1 kg	40,--	25,--	Schweinefleisch	1,90	1,10
mittel	14,13	14,12	mittel	14,11	14,10	mittel	15,20	14,60	Weizen, 1 kg	40,--	25,--	Kalbfleisch	1,80	1,--
gering	14,11	14,10	*) Mais, gut	14,10	14,10	gering	14,50	13,90	Roggen, 1 kg	40,--	25,--	Hammelfleisch	1,60	0,90
*) Gerste, gut	14,10	14,10	mittel	14,00	14,00	*) Weizen, gut	15,20	14,60	Weizen, 1 kg	40,--	25,--	Butter	2,00	2,--
mittel	14,08	14,08	gering	13,90	13,90	mittel	15,10	14,50	Weizen, 1 kg	40,--	25,--	Eier	60 Stck	5,50
gering	13,80	13,10	*) Hafer, gut	15,90	15,30	gering	14,50	13,90	Weizen, 1 kg	40,--	25,--	Kalb	2,80	1,40
*) Hafer, gut	15,90	15,30	mittel	15,20	14,60	*) Hafer, gut	15,20	14,60	Weizen, 1 kg	40,--	25,--	Rindfleisch	2,50	1,30
mittel	15,10	14,50	gering	14,50	13,90	mittel	14,50	13,90	Weizen, 1 kg	40,--	25,--	Schweinefleisch	2,--	1,--
gering	14,50	13,90	*) Mais, gut	14,10	14,10	gering	14,00	13,40	Weizen, 1 kg	40,--	25,--	Kalbfleisch	2,--	1,--
*) Mais, gut	14,10	14,10	mittel	14,00	14,00	*) Mais, gut	14,10	14,10	Weizen, 1 kg	40,--	25,--	Hammelfleisch	1,60	0,90
mittel	14,08	14,08	gering	13,90	13,90	mittel	14,00	14,00	Weizen, 1 kg	40,--	25,--	Butter	2,00	2,--
gering	13,80	13,10	*) Hafer, gut	15,90	15,30	gering	13,80	13,10	Weizen, 1 kg	40,--	25,--	Eier	60 Stck	5,50
*) Hafer, gut	15,90	15,30	mittel	15,20	14,60	*) Hafer, gut	15,20	14,60	Weizen, 1 kg	40,--	25,--	Kalb	2,80	1,40
mittel	15,10	14,50	gering	14,50	13,90	mittel	15,10	14,50	Weizen, 1 kg	40,--	25,--	Rindfleisch	2,50	1,30
gering	14,50	13,90	*) Mais, gut	14,10	14,10	gering	14,00	13,40	Weizen, 1 kg	40,--	25,--	Schweinefleisch	1,60	0,90
*) Mais, gut	14,10	14,10	mittel	14,00	14,00	*) Mais, gut	14,10	14,10	Weizen, 1 kg	40,--	25,--	Butter	2,00	2,--
mittel	14,08	14,08	gering	13,90	13,90	mittel	14,00	14,00	Weizen, 1 kg	40,--	25,--	Eier	60 Stck	5,50
gering	13,80	13,10	*) Hafer, gut	15,90	15,30	gering	13,80	13,10	Weizen, 1 kg	40,--	25,--	Kalb	2,80	1,40
*) Hafer, gut	15,90	15,30	mittel	15,20	14,60	*) Hafer, gut	15,20	14,60	Weizen, 1 kg	40,--	25,--	Rindfleisch	2,50	1,30
mittel	15,10	14,50	gering	14,50	13,90	mittel	15,10	14,50	Weizen, 1 kg	40,--	25,--	Schweinefleisch	1,60	0,90
gering	14,50	13,90	*) Mais, gut	14,10	14,10	gering	14,00	13,40	Weizen, 1 kg	40,--	25,--	Butter	2,00	2,--
*) Mais, gut	14,10	14,10	mittel	14,00	14,00	*) Mais, gut	14,10	14,10	Weizen, 1 kg	40,--	25,--	Eier	60 Stck	5,50
mittel	14,08	14,08	gering	13,90	13,90	mittel	14,00	14,00	Weizen, 1 kg	40,--	25,--	Kalb	2,80	1,40
gering	13,80	13,10	*) Hafer, gut	15,90	15,30	gering	13,80	13,10	Weizen, 1 kg	40,--	25,--	Rindfleisch	2,50	1,30
*) Hafer, gut	15,90	15,30	mittel	15,20	14,60	*) Hafer, gut	15,20	14,60	Weizen, 1 kg	40,--	25,--	Schweinefleisch	1,60	0,90
mittel	15,10	14,50	gering	14,50	13,90	mittel	15,10	14,50	Weizen, 1 kg	40,--	25,--	Butter	2,00	2,--
gering	14,50	13,90	*) Mais, gut	14,10	14,10	gering	14,00	13,40	Weizen, 1 kg	40,--	25,--	Eier	60 Stck	5,50
*) Mais, gut	14,10	14,10	mittel	14,00	14,00	*) Mais, gut	14,10	14,10	Weizen, 1 kg	40,--	25,--	Kalb	2,80	1,40
mittel	14,08	14,08	gering	13,90	13,90	mittel	14,00	14,00	Weizen, 1 kg	40,--	25,--	Rindfleisch	2,50	1,30
gering	13,80	13,10	*) Hafer, gut	15,90	15,30	gering	13,80	13,10	Weizen, 1 kg	40,--	25,--	Schweinefleisch	1,60	0,90
*) Hafer, gut	15,90	15,30	mittel	15,20	14,60	*) Hafer, gut	15,20	14,60	Weizen, 1 kg	40,--	25,--	Butter	2,00	2,--
mittel	15,10	14,50	gering	14,50	13,90	mittel	15,10	14,50	Weizen, 1 kg	40,--	25,--	Eier	60 Stck	5,50
gering	14,50	13,90	*) Mais, gut	14,10	14,10	gering	14,00	13,40	Weizen, 1 kg	40,--	25,--	Kalb	2,80	1,40
*) Mais, gut	14,10	14,10	mittel	14,00	14,00	*) Mais, gut	14,10	14,10	Weizen, 1 kg	40,--	25,--	Rindfleisch	2,50	1,30
mittel	14,08	14,08	gering	13,90	13,90	mittel	14,00	14,00	Weizen, 1 kg	40,--	25,--	Schweinefleisch	1,60	0,90
gering	13,80	13,10	*) Hafer, gut	15,90	15,30	gering	13,80	13,10	Weizen, 1 kg	40,--	25,--	Butter	2,00	2,--
*) Hafer, gut	15,90	15,30	mittel	15,20	14,60	*) Hafer, gut	15,20	14,60	Weizen, 1 kg	40,--	25,--	Eier	60 Stck	5,50
mittel	15,10	14,50	gering	14,50	13,90	mittel	15,10	14,50	Weizen, 1 kg	40,--	25,--	Kalb	2,80	1,40
gering	14,50	13,90	*) Mais, gut	14,10	14,10	gering	14,00	13,40	Weizen, 1 kg	40,--	25,--	Rindfleisch	2,50	1,30
*) Mais, gut	14,10	14,10	mittel	14,00	14,00	*) Mais, gut	14,10	14,10	Weizen, 1 kg	40,--	25,--	Schweinefleisch	1,60	0,90
mittel	14,08	14,08	gering											